

THOMAS
JAHN

KRISE
ALS
GESELL-
SCHAFT-
LICHE
ERFAH-
RUNGS-
FORM

UMRISS
EINES
SOZIAL-
ÖKOLO-
GISCHEN
GESELL-
SCHAFTS-
KONZEPTS

Errata

Seite 32: In der Zwischenüberschrift fehlt der Verweis auf Anmerkung 5.

Seite 43: Statt Anmerkung 4 muss es Anmerkung 5 heißen.

Seite 47: In der Quellenangabe muss es Becker 1987b statt Becker 1987 heißen.

Seite 125: Die Anmerkungen 5 und 6 sind in der Nummerierung vertauscht.

Seite 127: Statt Anmerkung 5 muss es Anmerkung 3 heißen.

Seite 129: Statt Becker, E. et al. (1988) muss es Becker, E. et al. (1987) heißen.

Thomas Jahn

Krise als gesellschaftliche Erfahrungsform

Krise als gesellschaftliche Erfahrungsform

Umriss eines sozial-ökologischen
Gesellschaftskonzepts

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek:

Jahn, Thomas:

Krise als gesellschaftliche Erfahrungsform : Vorarbeiten zu
einem sozial-ökologischen Gesellschaftskonzept / Thomas

Jahn . – Frankfurt (Main) : Verl. für Interkulturelle

Kommunikation, 1991

(Forschungstexte des Instituts für Sozial-Ökologische Forschung ; Nr. 2)

Zugl. : Frankfurt (Main), Univ., Diss., 1991

ISBN 3-88939-251-2

NE: Institut für Sozial-Ökologische Forschung <Frankfurt, Main>:

Forschungstexte des Instituts ...

© Verlag für Interkulturelle Kommunikation

Postfach 900965

D - 6000 Frankfurt 90

Umschlagentwurf: OPAQUE, Frankfurt 1

Herstellung: F.M.-Druck, 6367 Karben 1

»Fortschritt ist nicht in der Kontinuität
des Zeitverlaufes sondern in seinen
Interferenzen zu Hause; dort wo ein
wahrhaft Neues zum ersten Mal mit der
Nüchternheit der Frühe sich fühlbar
macht.«

Walter Benjamin, Passagenwerk

INHALT

Vorbemerkung	9
Einleitung	11
1. Kapitel: Die ökologische Krise als historische Aktualität - Das ökologische Defizit der Sozialwissenschaften	17
2. Kapitel: Der Krisenbegriff - Krise als politisch-historische Kategorie gesellschaftlicher Selbstreflexion	35
3. Kapitel: Die ökologische Krise und die Veränderung des gesellschaftlichen Krisenbewußtsein - Das Krisenverständnis in der Ökologiebewegung; Krisen der Erfahrung und der Identität	45
4. Kapitel: Die Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse und die Veränderung des Politischen Zum Zusammenhang der ökologischen Krise und der Krise des Politischen	57
5. Kapitel: Der ökologische Krisendiskurs - Die Thematisierung der ökologischen Realgefährdungen; die neue Abriegelung des Politischen; die Historizität des Krisenbewußtseins	71
6. Kapitel: Der politisch-institutionelle Krisendiskurs Vom 'Staatsversagen' zur 'ökologischen Modernisierung'	87
7. Kapitel: Krisenkonzepte in den Sozialwissenschaften - Die Verdrängung des katastrophischen Kerns des gesellschaftlichen Krisenbewußtseins in den sozialwissenschaftlichen Krisentheorien	97
8. Kapitel: Umriss einer kritischen Theorie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse	117
Anmerkungen	125
Literaturverzeichnis	129

Vorbemerkung

Seit Mitte der 80er Jahre hat sich in Frankfurt - mit dem Ziel der Gründung eines Instituts für sozial-ökologische Forschung - ein Arbeitszusammenhang gebildet, in dem im Rahmen einer gemeinsamen Forschungsprogrammatisierung und -praxis arbeitsteilig zu spezifischen Themen einzelne Beiträge ausgearbeitet werden. Der vorliegende Text ist ein Ergebnis davon.

Er wurde Ende 1989 abgeschlossen und als Dissertation am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main angenommen. Nur in Ausnahmefällen konnte die seitdem erschienene Literatur noch bei der Überarbeitung für die Veröffentlichung berücksichtigt werden.

Seit 1989 sind wir Zeugen tiefer politischer und historischer Einschnitte, die vor allem durch das Ende der poststalinistischen Regime in Osteuropa und in der DDR sowie durch den Golfkonflikt markiert sind. Auch wenn diese Ereignisse in den vorliegenden Text nur indirekt aufgenommen werden konnten - mit dem wachsenden Abstand zu den dramatischen Tagen nach der Öffnung der Mauer und des Krieges am Golf wird deutlich, daß damit die politischen, sozialen und ökologischen Probleme, die im Mittelpunkt meiner Überlegungen stehen, nicht geringer geworden sind; sie haben sich im Gegenteil noch verschärft. Die neue Weltlage verlangt - gerade mit Blick auf die gewachsene Verantwortung der erweiterten Bundesrepublik - eine theoretische und wissenschaftliche Umorientierung, wie sie ein verändertes und aktualisiertes Krisenkonzept leisten können soll: eine neue Konkretisierung der Problemlagen die zu bearbeiten sind, und eine stärkere Konzentration von theoretischen Reflektionen auf diese neue Problemlagen. Das häufig beschworene »Schweigen« der Intellektuellen in den letzten Monaten hat, wo es nicht feuilletonistisch überspielt wurde, möglicherweise auch damit zu tun, daß die Suche nach Mitteln, die neue Situation zu begreifen, bereits vorzeitig aufgegeben wurde.

Ohne das gemeinsame Projekt der Institutsgründung und der Entwicklung eines neuen Forschungs- und Theorieansatzes wäre diese Arbeit nicht geschrieben worden. Ich möchte mich deshalb insbesondere bedanken bei Egon Becker, Thomas Kluge,

Engelbert Schramm, Irmgard Schultz und Peter Wehling. Besonders bedanken möchte ich mich auch bei Uli Jähner (Berlin). Viele meiner Überlegungen sind während unserer zahlreichen Diskussionen angestoßen, korrigiert und präzisiert worden.

Frankfurt am Main
im August 1991

Einleitung

Das Projekt einer neuartigen Forschungsrichtung und eines neuen Theorieansatzes, wie ihn die Gründung des Institutes für sozial-ökologische Forschung darstellt, bildet nicht nur den Hintergrund dieser Arbeit; ihm verdankt sich zugleich ein zentrales Motiv: nämlich gegen die in den Sozialwissenschaften vorherrschende Tendenz zu argumentieren, die das Krisenkonzept verabschieden und es durch andere Konzepte - wie das Risikokonzept - ersetzen möchte. Oder die - etwa in systemwissenschaftlichen Ansätzen - »Krise« als eine historische Kategorie gleichsam in der Black-box eines losgelassenen, selbstlaufenden Evolutionsprozesses zu einem Formalbegriff systemischer Steuerung implodieren lassen.

Denn derart wird der Begriff der Krise (und damit ein anspruchsvolles Krisenkonzept) um seinen spezifischen Bedeutungsgehalt gebracht - als geschichtliche Kategorie, als politische und soziale Entscheidungskategorie, als Zusammenhangskategorie von objektivierten (wissenschaftlichen) Wirklichkeitsaussagen und subjektiven (alltagssprachlichen oder politischen) Deutungen; Bedeutungsgehalte, durch die erst ein Krisenkonzept sich als Darstellungsform der neuartigen Problemen der ökologischen Krise und ihrer gesellschaftlichen Wahrnehmung geeignet erweisen kann.

Paradoxerweise erfolgte die sozialwissenschaftliche Verabschiedung des Krisenkonzeptes zu einem Zeitpunkt und in einer Situation, in der die Krisensemantik wieder stärker zur Interpretation aktueller Erfahrungen und Stimmungslagen herangezogen wurde, als dies in den Jahren nach dem Abflauen der sozialen Bewegungen der 70er Jahre der Fall gewesen ist. Ich habe deshalb den Versuch unternommen, unter Rückgriff auf die umfassenden Bedeutungen des Krisenbegriffs und mit Blick auf die Veränderungen des gesellschaftlichen Krisenbewußtseins in den sozialen Bewegungen das Krisenkonzept zu aktualisieren - statt es modisch zu verabschieden.

Als fruchtbar müßte ein solches Konzept sich in der Entfaltung eines sozial-ökologischen Forschungsprogramms und bei der Erarbeitung einer

kritischen Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse erweisen, deren Umriss ich im Schlußkapitel zu skizzieren versucht habe.

Im engeren Sinne habe ich mit der Arbeit vor allem zwei Absichten verfolgt:

Einmal wollte ich aufzeigen, wie in den Sozialwissenschaften durch theorie-immante Vorentscheidungen - und dazu zähle ich neben der Verabschiedung des Krisenkonzeptes auch die unreflektierte Übernahme systemtheoretischer Modelle in die Gesellschaftstheorie - die historische Aktualität der ökologischen Krise auch dort, wo 'ökologische Probleme' in den Blick genommen werden, verfehlt wird (vgl. Kap.1). Und ich wollte zeigen, wie in diesem Zusammenhang die gegenwärtig zu beobachtenden Veränderungen des Politischen, d.h. die Veränderung von Handlungsbezügen und Rahmenbedingungen von Politik - etwa in der Rede von der »Pluralisierung der Lebensstile«, dem »Wertewandel« oder der ökologisch orientierten Ausdifferenzierung staatlicher Umweltpolitiken, systematisch verfehlt werden.

Wie ich dann vor allem in den Kapiteln sechs und sieben versucht habe zu umreißen, liegen die Gründe dafür in der systematischen Ausklammerung oder zumindest Marginalisierung der stofflich-materialen Seite ('äußere Natur') und der sinnlich-gegenständlichen Seite ('innere Natur') des Gesellschaftsprozesses.

Gesellschaft wird im Hauptstrom der Sozialwissenschaften als symbolischer Zusammenhang, vermittelt über Sprachspiele, kommunikative Akte oder symbolische Zeichen, begriffen, oder aber sie erscheint als diffuse 'Umwelt' des politischen Systems. Auf diesem Hintergrund wird mit der Verabschiedung des Krisenbegriffs als einer gehaltvollen Kategorie gerade das Besondere und Neue der gegenwärtigen Krisensituation verfehlt: daß es ja die Zerstörung der material-stofflichen und biologisch-körperlichen Voraussetzungen von gesellschaftlicher Reproduktion ist - und nicht die Störung von Kommunikationsprozessen - die sich in der ökologischen Krise heute auf so destruktive Weise zeigt; und daß der sich ausbreitende politische Sprachverlust gegenüber den neuen technologischen Vergesellschaftungsprozessen wie gegenüber den Realphänomenen der globalen Gefährdungen nur das Symptom einer tieferliegenden Krisenstruktur ist, aber nicht die Krise selbst.

Diese tieferliegende Krisenstruktur sehe ich, wie vor allem im dritten Kapitel näher ausgeführt, zum einen in der Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse - in der Krise der Formen, in denen auf historisch verschiedene Weise Menschen die kulturellen Symbolisierungen mit der materiellen Reproduktion verknüpfen: von Essen und Trinken über Sexualität und Fortpflanzung bis zu Arbeit, Produktion und Spiel; zum anderen in der Krise des Politischen - also in der Krise der Sprach- und Reflektionsformen, in denen die Gesellschaft sich als Handelnde entwirft und als geschichtliche sich auf dem Weg zu einer »zivilen« Welt-Gesellschaft befreit.

Damit grenze ich mich von Vorstellungen der ökologischen Krise als Krise der 'Umwelt' oder der 'Natur' ebenso ab wie von einer sozialwissenschaftlichen, auf den Wechsel politischer Inhalte und politischer Verfahrensweisen reduzierten Analyse der sogenannten 'neuen' sozialen Bewegungen. Ebenso halte ich es für nicht zutreffend, die ökologischen Krisenphänomene lediglich vergangenen (wissenschaftlich-technischen) Entscheidungen zuzurechnen, um dann, was gegenwärtig neu am Horizont der technisch-wissenschaftlichen Möglichkeiten auftaucht, als Krisenlösungen zu diskutieren, wie es die Modernisierungstheorien in unterschiedlichen Varianten suggerieren.

Demgegenüber versuche ich zu zeigen, daß wir in einer Situation des gesellschaftlichen Umbruchs leben, die erst zu begreifen ist, wenn der Zusammenhang, die Überschneidungen und gegenseitigen Durchdringungen der Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse und der Krise des Politischen in den Blick genommen werden. Die Krisenbeschreibung darf also nicht nur die industrielle Zerstörung von einzelnen 'Naturstücken' oder großen Ökosystemen umfassen, sondern muß auch die neuen wissenschaftlichen Modellierungen von 'Natur' und 'Gesellschaft' und ihre technisch-industriellen Realisierung einbeziehen.

Denn seien es die globalen Gefährdungen (wie atomare Waffenarsenale, Treibhauseffekt, Ozonloch) oder Einzelkatastrophen wie Tschernobyl oder Bhopal; seien es die schleichenden Vergiftungen von Nahrungsmitteln, von Boden, Wasser und Luft oder neue Krankheiten wie AIDS oder das Wiederaufkommen von Seuchen, die als 'besiegt' galten, seien es die täglich berichteten regionalen Gesellschaftskatastrophen in den abhängigen Ländern der 'dritten Welt': die bis in ihre mediale Vermitteltheit hinein neuen, dispa-

raten Krisenerfahrungen haben sich auf dem Hintergrund fortdauernd prekärer, alltäglicher Lebensbedingungen aufsummiert zu der Erfahrung der politischen Unverfügbarkeit der Entstehungsbedingungen dieses Gefährdungspotentials, und darin zu der Erfahrung der Unverfügbarkeit des geschichtlichen Entwicklungsprozesses insgesamt. Diese Erfahrung schlägt sich, wie ich vor allem im vierten Kapitel deutlich zu machen versuche, als »katastrophischer Kern« im Gegenwartsbewußtsein nieder. Für dessen Herausbildung halte ich mehrere Entstehungsbedingungen für entscheidend:

- Der Widerspruch zwischen der wachsenden Definitionsmacht der (Natur-)wissenschaften bei der Ermittlung von Eintrittswahrscheinlichkeiten der globalen Selbstzerstörung (Gefährungsgrad, Risikopotentialen etc.) und der Zugehörigkeit von Naturwissenschaft und Technik zu dem Ursachenkomplex dieser Gefährdungen.
- Das Zerbrechen historischer Sinnentwürfe und Großideologien; in den letzten Jahren verschärft durch den Bankrott der poststalinistischen Gesellschaften.
- Die Gleichzeitigkeit des Schwindens von Politik im Sinne von konkreten, wirksamen Eingriffen in die krisengenerierenden Prozesse und die Entgrenzung von Politik in symbolische Politik und Ethik.
- Die Aktualisierung unbewältigter, kollektiver Erinnerungen historischer Gesellschaftskatastrophen, wie sie in der Rede vom »atomaren Holocaust« oder jüngst während des Golf-Krieges in der Gleichsetzung von Saddam Hussein mit Hitler zum Ausdruck kam.

Diese disparaten - teils gewußt, teils erahnten oder verdrängten - Erfahrungsgehalte verdichten sich im apokalyptischen Kern des politischen Bewußtseins zu der Vorstellung von der Nichtausschließbarkeit einer gesellschaftlich erzeugten Selbstzerstörung, eine Vorstellung, die unausgesprochen noch an den kleinsten Krisenphänomenen aufscheinen kann.

Wissenschaftliche Beschreibungen der Welt sind nur eine von möglichen Beschreibungen. Sie neigen ihrer inneren Konstruktion nach zur Vereindeutigung von Aussagen - und damit zu eindeutigen Vorstellungen von der Welt, wie wir sie erfahren.

Das Krisenkonzept, wie ich es versucht habe zu entwickeln, ist dem entgegengesetzt.

Es soll die Beobachtung und Beschreibung von Phänomenen als mehrdeutige, noch nicht vereindeutigte und doch unter dem Zwang zur Vereindeutigung stehende ermöglichen; es versucht, ihre Gegenstände in Bezug auf die Seite ihrer subjektiven Wahrnehmung zu konzipieren und hält so den Ausgang der untersuchten Prozesse prinzipiell offen, d.h. historisch noch nicht vorentschieden; und es ist selbstreflexiv, soweit es den Prozeß und die Folgen der Vereindeutigung wissenschaftlicher Aussagen darstellbar macht.

Wenn meine Ausgangsthese stimmt, daß wir uns inmitten eines Transformationsprozesses globaler kapitalistischer Vergesellschaftung und der technisch-wissenschaftlichen Revolutionierung aller Lebensverhältnisse befinden, so kommt einem solchen Krisenkonzept die Bedeutung zu, aufzuklären, wie in der destruktiv gewordenen Verschränkung symbolischer und materieller Welterzeugung die Realphänomene und ihre Deutungen zu Sachzwängen eines quasi-natürlichen Evolutionsprozesses verdichtet werden. Es hat seine Bedeutung darin, in diesem Prozess hegemonialer Wirklichkeitskonstruktionen die nicht-hegemonialen, gleichwohl real-existierenden Alternativen sichtbar zu machen, offen zu halten und zu stärken.

1. Die ökologische Krise als historische Aktualität

Das ökologische Defizit der Sozialwissenschaften

»Die Nachkriegssoziologie in Deutschland hat sich um alles gekümmert und gestritten. (...) Doch die Frage, was bedeutet die drohende Selbstvernichtung für die Gesellschaft, ihre Institutionen, ihr Fortschritts- und Selbstverständnis, für das Rechts-, Wissenschafts- und Wirtschaftssystem, für Politik und Kultur, ist von den Gesellschaftswissenschaften sträflich vernachlässigt worden.« (Beck 1988: 128)

Ein Blick auf die angesprochenen Disziplinen, vor allem auf Soziologie und Politikwissenschaften, zeigt zwar eine schier unendliche Ausdifferenzierung von Themen, Problemen, Schulen und Theoriezweigen. Deren Relevanz für die zentralen Probleme der gegenwärtigen Gesellschaft als *Gesamtzusammenhang*, ihre Krisen und Handlungsperspektiven wird aber immer fragwürdiger, obwohl doch die Frage nach der 'Einheit der Gesellschaft' (Soziologie) und die Frage nach den Weisen, wie 'die Gesellschaft handelt und sich als Handelnde entwirft' (Politikwissenschaft), zum Kernbestand der jeweiligen Disziplinen gehört. Zunehmend beschränken sich die Sozialwissenschaften als Systemwissenschaften auf die Ausdifferenzierung von Kontroll- und Steuerungswissen. Oder sie werden als 'Kulturwissenschaften' zu Hintergrundmoderatoren einer kulturellen Umwelt der zentralen, technisch-naturwissenschaftlichen Innovationsprozesse verflacht. So droht die gegenwärtige gesellschaftliche - und das heißt soziale, politische, kulturelle *und* ökologische - Entwicklung begrifflich verengt und zugleich beschleunigt und in ihren Destruktionspotentialen (system)wissenschaftlich entgrenzt und entproblematisiert zu werden. Einsprüche gegen eine kulturalistische Entschärfung von Widersprüchen und Protesten, die diesen gesellschaftlichen Real-Prozeß, der ein Umbruchsprozeß ist, begleiten, sind von den Sozialwissenschaften gegenwärtig kaum zu erwarten.

In den soziologischen Großtheorien - z.B. von J. Habermas, oder N. Luhmann - wird Gesellschaft immer mehr zu einem symbolisch verfaßten

Gebilde ausgedünnt, während die materiell-stofflichen Seiten des Gesellschaftsprozesses dem Zuständigkeits- und Definitionsbereich der Natur- und Technikwissenschaften überlassen bleiben. Kategorien wie 'Kommunikation', 'Sinn', 'Information', 'Symbol' sollen die unvermeidlichen Konstituenten von »Gesellschaft« benennen - und fungieren dabei als Grundbegriffe einer Theorie von Gesellschaft ohne Natur.

Gestützt wird diese Aufspaltung durch eine Grundentscheidung innerhalb des modernen wissenschaftlichen Denkens: die Vorstellung einer Einheit von Natur und einer ihr entgegengesetzten Einheit von Gesellschaft, ausgedrückt im jeweiligen Begriff von Natur und Gesellschaft, welche dann eine allgemeine Differenzbestimmung ermöglichen. Die Natur ist subjektfrei, objektivierbar, gesetzesförmig konzipiert; die Gesellschaft subjektbezogen, symbolisch strukturiert, kommunikativ. Der 'Natur' des Naturwissenschaftlers als der nicht-subjektiven Natur konnte so seit dem 19. Jahrhundert die 'Gesellschaft' der Soziologen und Sozialphilosophen gegenübergestellt werden.

Die Schwierigkeiten, die sich heute aus dieser Aufspaltung ergeben, zeigen sich insbesondere, seitdem die Sozialwissenschaften auf eine neue Problemkonstellation reagieren müssen: auf die Herausforderung durch die ökologische Krise und der damit einhergehenden Verschärfung der Krise der Verfügung der Gesellschaft über ihren Herstellungsprozeß.

In mehrfacher Hinsicht zwingt die ökologische Krise zu der Einsicht, daß das klassische Differenzschema zwischen Natur und Gesellschaft zerfällt: »Natur kann nicht mehr ohne Gesellschaft, Gesellschaft nicht mehr ohne Natur begriffen werden« (Beck 1986: 107); das 'Gesellschaftliche' und das 'Natürliche' lassen sich nicht länger als eine äußerlich vermittelte Beziehung konzipieren, sondern geben sich in der Krise als intern vermittelt zu erkennen.

Die klassische schematische Differenz von Natur und Gesellschaft löst sich aber auch von der Naturseite her auf. Was schon immer galt, daß der Gegenstand der Naturwissenschaften eine immer (auch) sozial konstituierte Natur ist, wird nun zu einem der zentralen Krisenmomente der Gesellschaft. Die Unterscheidung von 'Natur' und 'Gesellschaft' wird begrifflich unscharf und technisch in einem neuen Umfang überschritten. Als 'gefrorene Momente' sozialer Interessen, als begriffliche und technische Instrumentarien zur Unterscheidung von Gesellschaft und Natur und als diskursive Erzeugungsstrukturen von Welt- und Selbstinterpretationen geben

die Naturwissenschaften in der ökologischen Krise ihre soziale Seite auf eine bisher nicht dagewesene Weise zu erkennen.

Vorbereitet wurde die Auflösung der Trennung zwischen Natur und Gesellschaft in den Entwicklungen innerhalb der Naturwissenschaften selbst; die ökologische Krise verweist auf die Grundlagenkrise der Naturwissenschaften seit Beginn dieses Jahrhunderts.

So wurde es mit der Etablierung der Quantentheorie innerhalb der Physik in dieser Disziplin unmöglich, die Naturseite des Differenzschemas weiter in der klassischen Form zu bestimmen. Man begann den »Beobachter« in den Gegenstandsbereich der Theorie hineinzunehmen und damit eine zentrale metaphysische Voraussetzung der klassischen Physik aufzulösen: den Beobachter, der den »Standpunkt Gottes« außerhalb der Welt einnehme. Damit ist der traditionelle objektivistische Naturbegriff unhaltbar geworden: »Natur« wird auch theoretisch in Abhängigkeit von gesellschaftlicher Praxis gedacht.

Verallgemeinernd läßt sich sagen, daß sich hier das Ende jedes Theorieentwurfes andeutet, der von der eindeutigen Gegenüberstellung von Natur und Gesellschaft ausgeht. Wenn demgegenüber noch immer darauf insistiert wird, daß Gesellschaft lediglich das 'umfassende soziale System aller aufeinander Bezug nehmenden Kommunikation' sei, dann bedeutet das, die Krise der (Sozial-)wissenschaft durch eine Sozialontologie aufhalten zu wollen. Tatsächlich aber zeigt sich darin viel eher die Zugehörigkeit zu einem umfassenderen gesellschaftlichen Krisenmoment, der Krise des gesellschaftlichen Unterscheidungsvermögens, die sich eben nicht nur als politischer Sprachverlust oder als individuelle Überforderung, sondern auch in wissenschaftlichen Entproblematisierungsstrategien Ausdruck verschaffen kann.

Gegenüber dem naturwissenschaftlichen Objektivismus und den sozialwissenschaftlichen Theorien der gesellschaftlichen Ausdifferenzierung von »Subsystemen« oder »Geltungssphären« beginnt gleichwohl nach und nach von den Rändern der Disziplinen her die innerwissenschaftliche wie die politische Aufmerksamkeit sich langsam auf das eigentümliche Mischverhältnis, auf die Durchdringung und Durchmischung von Natur und Gesellschaft zu richten.

Damit drohen aber weitere Grundüberzeugungen im gegenwärtigen Wissenschafts- und Gesellschaftsverständnis ins Wanken zu geraten: einmal die der Debatte um die Moderne/Postmoderne bzw. der sozialwissen-

schaftlichen Modernisierungsdebatte zugrundeliegenden Vorstellungen einer immer weiter sich ausdifferenzierenden Gesellschaft; zum anderen das nach wie vor dominante, evolutionstheoretisch reformulierte Ideal der vollständigen wissenschaftlich-technischen Naturbeherrschung - Quantifizierbarkeit, Isolierung, Reproduzierbarkeit, Kausalität - als Zielpunkt des gesellschaftlichen Fortschrittsprozesses.*

Die Ökologiebewegung hat den beginnenden Prozeß dieses »Umdenkens« durch ihre Kritik an Naturzerstörung, ihren Protest gegen Zivilisations- und Modernisierungs'risiken' mit ausgelöst und verstärkt, indem sie die Gefährdung der natürlichen Lebensbedingungen zum Thema machte. Dabei erwies es sich zunächst als ausgesprochen wirksam, Menschen zunächst einmal als reine Naturwesen zu begreifen - also die reduzierte Sichtweise der Ökologen zu teilen - und auf die »Trivialität« zu verweisen, daß auch Menschen nur existenzfähig sind, wenn sie genügend Luft zum Atmen, Wasser zum Trinken, eine angemessene Ernährung, Schutz vor Hitze und Kälte bekommen, gesunde Nachkommen erzeugen und ihren Platz in der Biosphäre behaupten können: Die »ökologischen Gefährdungen« - so die Einsicht - zeigen sich gerade als tiefgreifende Störungen im Vollzug biologisch-leiblicher Funktionen.

Sie umfassen lokal beschränkte und 'alltägliche' Phänomene wie z.B. den steigenden Pestizidgehalt im Grundwasser oder gesellschaftlich erzeugte regionale Naturkatastrophen bis hin zu der Möglichkeit einer planetaren ökologischen Selbstzerstörung. Sie umfassen aber auch die unkalkulierbaren Folgen eines einmaligen »Unfalls« in der Kern- oder gentechnologischen Forschung wie die zunehmende Unbeherrschbarkeit von technologischen Großanlagen im industriellen Normal- und Routinebetrieb - »normal risks« (Perrow 1988) - generell.

Anders als noch Anfang der 70er Jahre - zum Beispiel in den Reaktionen auf die Studie des 'Club of Rome', als noch die These von der Knappheit der Ressourcen im Mittelpunkt stand - hat sich die Wahrnehmung der 'Gefährdungslagen', nicht zuletzt unter dem Eindruck von Katastrophen wie in Bhopal, in Tschernobyl oder in der Sahelzone, verschoben: Nicht nur »wieviele« Eingriffe des Menschen die Natur ertragen kann, sondern »welche« Eingriffe, steht in Frage. Selbst die ökosystemaren Gefährdungen der na-

* Später wird deutlich werden, daß damit auch die jeweiligen Gegenpositionen brüchig werden: Naturwissenschaft und Technik als reiner Ausdruck instrumenteller Vernunft; die Gesellschaft als reiner Herrschafts- und Verblendungszusammenhang.

türlichen Umwelt erscheint in einem anderen Licht: Die Groß-Ökosysteme der Erde, z.B. die Weltmeere und Regenwälder, sind - ebenso wie die Atmosphäre - dramatisch in ihrer Reproduktionsfähigkeit bedroht.¹ Mit dem 'Überleben' der Natur ist jetzt auch das 'Überleben' der Menschheit gefährdet: die ökologische Krise ist zu einer Überlebenskrise der Menschheit geworden, die vor allem die Menschen in den abhängigen Ländern der dritten Welt treffen wird, und bereits trifft.

Durch die ökologische Kritik - und je näher die Wahrnehmung der globalen ökologischen Gefährdungen in das alltägliche Bewußtsein dringt, wird die Diskrepanz zwischen der gesellschaftsprägenden, universalisierenden Macht des »Systems« der Wissenschaften insgesamt und dem spezialisierten, partikularen Wissen in den einzelnen Disziplinen und Subdisziplinen als Teil der bedrohlichen Entwicklung interpretiert. Der ökologisch orientierten Wissenschaftskritik verhilft dieser Befund - scheinbar paradox - zu zwei entgegengesetzten Kritikperspektiven: einmal zur Radikalisierung zu einer fundamentalen Zivilisationskritik (vgl. etwa Bahro 1982; Bahro 1980), zum anderen zu dem Rückzug in den Bereich der anwendungsorientierten »Alternativ-Forschung« (vgl. etwa das Selbstverständnis der in der Arbeitsgemeinschaft für ökologische Forschungsinstitute (AGÖF) zusammengeschlossenen Einrichtungen) oder der Forderung nach einer Ausweitung des bereits existierenden Disziplinen-Spektrums in Richtung der sog. Technikfolgenforschung oder einer 'vorsorgenden' Umweltforschung.

Obwohl in einigen dieser Ansätze durchaus eine Fokussierung auf die Thematisierung des gesellschaftlichen Naturbezuges beobachtet werden kann, werden darin die »gesellschaftlichen Naturverhältnisse« (zur Einführung dieses Begriffes vgl. unten) nicht in ihrer Krisenhaftigkeit zum Gegenstand der Kritik gemacht. Vielmehr ist die Konzeptualisierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse in der Regel in den zugrunde gelegten Theoriekonzeptionen bereits katastrophisch oder pragmatisch vorentschieden. Insbesondere die ökologische Zivilisationskritik teilt - bei aller inhaltlichen Entgegensetzung - das Problem der gängigen sozialwissenschaftlichen Konzepte, in denen Gesellschaft als ein rein symbolischer Zusammenhang, und darin 'Entwicklung' als selbstlaufender Gesamtprozeß erscheint, der durch diese Reduktion als »Zusammenhang« nicht mehr (wissenschaftlich) repräsentiert, sondern lediglich symbolisch fingiert werden kann -

etwa in holistischen Weltdeutungen oder bio-kybernetischen Maschinenmetaphern.

Anders gesagt: Sowohl in der ökologischen Kritik als auch in den system- oder kommunikationstheoretischen Gesellschaftstheorien wird - wenn die gegenwärtigen Krisenphänomene zur Sprache kommen - die Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse in der Regel nur als Komplexitäts-, als Rationalitäts-, als Gleichgewichtsproblem oder aber umgekehrt als totalisierende Auslöschung der Differenz zwischen Natur und Gesellschaft thematisiert. Sie wird aber nicht zum Gegenstand der wissenschaftlichen Auseinandersetzung. Dadurch wird die entscheidende gesellschaftskritische Frage nach dem *Verhältnis* von abstrakten Vergesellschaftungsprozessen und der konkreten gesellschaftlichen Materialität, das in der ökologischen Krise vollständig destruktiv zu werden droht, nicht mehr formulierbar.

Dieses Defizit aufzunehmen, erfordert einen neuen Problemzugang, eine neue Heuristik, die an den Veränderungen der gesellschaftlichen Naturverhältnisse anzusetzen vermag, und die den Zusammenhang zu der damit einhergehenden Veränderung des Politischen aufdecken kann.

Veränderungen der Subjektkonstitution

»Die falsche Identität zwischen der Einrichtung der Welt und ihrer Bewohner durch die totale Expansion der Technik läuft auf die Bestätigung der Produktionsverhältnisse hinaus, nach deren Nutznießern man mittlerweile fast ebenso vergeblich forscht, wie die Proletarier unsichtbar geworden sind. Die Verselbständigung des Systems gegenüber allen, auch den Verfügenden, hat einen Grenzwert erreicht. Sie ist zu jener Fatalität geworden, die in der allgegenwärtigen, nach Freuds Worten frei flottierenden Angst ihren Ausdruck findet; frei flutend, weil sie an keine Lebendigen, an Personen nicht und nicht an Klassen, länger sich zu heften vermag.« (Adorno 1972: 369)

So formulierte Adorno 1968 auf dem damaligen Soziologentag seine Antwort auf die Frage: »Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft«. Mit der 'Katastrophe' der Entmächtigung der Subjekte zielte sein Resümee auf den schwelenden Katastrophismus, der die anonyme Allmacht der technologischen Welt ausdrückt und dennoch gegenüber der »Niemandsherrschaft« (H. Arendt) in den spätkapitalistischen (und poststalinistischen) Gesellschaften sprachlos bleibt: als Grunderfahrung von Gesellschaften,

deren ehemals politisch sichtbaren Herrschaftsstrukturen in die »technisch industriellen Zivilisation« abgesunken und darin verallgemeinert sind.

Diese pointierte Diagnose scheint - sieht man von dem hermetischen Bild der »verwalteten Welt« einmal ab - an Aktualität kaum eingebüßt zu haben. Insbesondere nicht in Hinblick auf den Zusammenhang von technologischer Entwicklung, dem Schwinden von gesellschaftlicher Verfügung über diesen Entwicklungsprozeß und dem Verlust an 'Subjektivität', der damit einhergeht.

Denn auch der gegenwärtige neue Entwicklungsschub in Wissenschaft und Technik - wie er etwa in der Atomtechnologie, der synthetischen Chemie, den Kognitionswissenschaften und der Gentechnologie vorangetrieben wird und einen starken Einfluß auch auf die Wahrnehmung und den Verlauf der ökologischen Krise hat - führt, neben den Veränderungen im Verhältnis zur 'Natur', auch zu einer Veränderung des traditionellen Verständnisses des Politischen und der Politik. Denn diese Technologien greifen noch unmittelbarer in den Prozeß der Ausbildung von gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit ein. Der »technologischer Schleier« (Adorno/Horkheimer), der über der Welt der Dinge und der Beziehungen der Menschen untereinander liegt, scheint undurchdringlicher denn je - es scheint kein 'Außerhalb' und kein prinzipiell 'Anderes' ('die' Natur, 'die' andere Gesellschaft) jenseits dieser Gegenwart noch zu geben - und zugleich durchlässiger: von 'Außen' wie durch ein gesellschaftliches Naturereignis plötzlich sichtbar und zerrissen - ohne noch auf die (negative) Totalitätsfolie eines zusammenhangstiftenden konsistenten Weltbildes zurückgebunden werden zu können.

Gesellschaftliche Prozesse und politische Machtverhältnisse manifestieren sich heute auch als quantifizierte »Natur«: als Werte radioaktiver Belastung, als Schadstoffkonzentrationen, als ansteigende Raten von chronischen Krankheiten.

Insgesamt verschärft sich durch die Verwissenschaftlichung des Alltags die Diskrepanz zwischen einer beschleunigten Politisierung bisher privater Bereiche - wie z.B. Gebären, Kinderaufzucht, Gesundheit, Ernährung - und der (Re-)Privatisierung und Individualisierung der dadurch (mit)ausgelösten oder immerhin stark veränderten subjektiven Entscheidungsprozesse, in denen vermeintlich private Entscheidungen und die Durchsetzung neuer sozialer Normen ununterscheidbar werden, wie etwa - um ein Beispiel zu

geben, welches nicht unmittelbar mit dem 'Ökologie-Problem' verknüpft scheint - in der humangenetischen Beratung.

Hatte die Gegenüberstellung von Natur und Gesellschaft bisher dazu gedient, die Natur zu beherrschen und zu ignorieren, so kehren nun die sozialen Herrschaftsverhältnisse - soweit sie in die Natur ausgelagert waren - in die Gesellschaft in Form von Naturzerstörungen und dadurch ausgelösten Gesellschaftsgefährdungen zurück (erinnert sei an die von Benjamin kritisierte sozialdemokratische Vorstellung, daß die Natur »gratis da ist« (Benjamin 1974: 699)). Damit wird 'Natur' politisiert; die saint-simonistische Utopie, die Ausbeutung des Menschen durch die Ausbeutung der Natur ersetzen zu können, erweist sich historisch als folgenschwerer Irrtum.

Es wäre aber verkehrt, daraus den Schluß zu ziehen, daß aus einem - wie auch immer konstruierten - Naturverständnis politische Handlungsimperative ableitbar wären, wie es in Teilen der ökologischen Diskussion immer wieder versucht wird.

Vielmehr stellen die wissenschaftlich modellierten Eingriffe in die Natur unmittelbar (und nicht bloß vermittelt über ihr technisches Naturverhältnis) durch ihre gesellschaftliche (technische) Definitionsmacht eine politische Entscheidungen dar, ohne daß die jeweiligen Akteure (Wissenschaftler, Techniker, aber auch Konsumenten, Patienten, Betroffene) als politisch bewußt Handelnde und insofern 'Verantwortliche' eindeutig bestimmten Entscheidungen zugeordnet werden könnten. (Narr 1988: 43ff.)

Das zeigt sich zum Beispiel an der Gentechnologie in der Politisierung von 'Gesundheit' - in neuen Unterscheidungen zwischen Krankheit und Gesundheit und in neuen Gesundheits-Politiken; ein Prozess, der in Orientierung an den wissenschaftlichen Modellierungen zu einer 'schleichenden' Veränderung in den Beziehungen der Individuen zu ihrem Körper: als Leib, als Arbeitsmittel, als stofflicher Träger des individuellen Lebens, der Wünsche und des Willens führen kann.

Veränderungen des Politischen

In diesen Bezügen des Schwindens und der Entgrenzung von Politik verändern sich auch die Herrschaftsformen - Herrschaft verstanden als 'Spezialfall' von Macht, gebunden an die Zustimmung der Beherrschten und an Institutionen, die legitimiert sind, sie auszuüben. Nicht nur, daß »Sachzwänge« immer häufiger in den Rang legitimierender Sätze erhoben werden: Sachzwänge haben überhaupt als 'anonyme Mächte' die traditionellen

Herrschaftsformen abgelöst.⁴ Diese scheinen sich zunehmend in flüchtige Machtbeziehungen verlagert zu haben, die durch die und neben den auf institutionellen Hierarchien und gegenseitiger Anerkennung der Träger sozialer Macht begründeten traditionellen Herrschaftsformen der bürgerlich-patriarchalischen Gesellschaft wirken.

Traditionelle, bürgerliche Herrschaftsformen als Formen der Vergesellschaftung - die zu unterscheiden sind von externen Zwangs- und Gewaltmitteln, sie gesellschaftlich durchzusetzen, und von besonderen Gewaltverhältnissen wie Krieg, Hunger, Menschenhandel und Folter - folg(t)en dem »Identitätszwang«, der Angleichung oder zumindest 'Normalisierung' von Unterschiedlichkeit, von Differenz und Abweichung. Die neuen (nach-traditionellen) Herrschaftsformen, die die alten nicht überflüssig machen, sondern überformen, entstehen dagegen eher in der Befreiung vom Identitätszwang, in einem »Zwang zur Wahl«, in der »Konkurrenz von Ausdrucksinteressen« und von »Sprachspielen«. Soziale Herrschaft verschwindet hinter dem 'freien Spiel' kultureller Zeichen und Stile; der gesellschaftliche Zusammenhang scheint sich über Bilder und Zeichen, über Mode und Geschmack, über die »Sprache der Dinge« an Stelle der Dinge selbst, herzustellen.

Diese neue 'Gemengelage' von Machtbeziehungen, Herrschaftsstrukturen und kulturellen Ausdruckswelten hat trotzdem die Frage nach der sozialen Integration - nach wie vor eine Funktion jedes Vergesellschaftungsprozesses, zumal eines, der sich ökonomisch auf die Gleichheit im Warentausch und ideologisch auf die Gleichheit der Rechtssubjekte bezieht - nicht aufgelöst. Sie verbirgt sich lediglich hinter der Heterogenität und Pluralisierung von kulturellen Ausdrucksformen - »Lebensstilen«² -, während die realen gesellschaftlichen Veränderungsprozesse eben als 'blinde Sachzwänge' (oder als angebliche Resultate eines 'evolutionären Fortschrittsprozesses' jenseits von individuellen und gesellschaftlichen Handlungsentwürfen) dem bewußten gesellschaftlichen Handeln entzogen scheinen.

Die Rede von einer »Pluralisierung der Lebensstile« kann in diesem Zusammenhang verstanden werden als ein Ausdruck für die Ausbildung neuer Alltagsmythen im Sinne von Roland Barthes (Barthes 1974), in denen sich 'lebensweltlich' auch die Veränderungen der gesellschaftlichen Naturverhältnisse reflektieren. Deren dynamischer Ausgangspunkt liegt mehr denn je in der wissenschaftlich-technischen Revolutionierung aller Lebensbedin

gungen, ihr »Geheimnis« nach wie vor in den »metaphysischen Spitzfindigkeiten und theologischen Mucken« der Warenwelt (Marx).

In den neuen Alltagsmythen der »Kulturgesellschaft«, hergestellt in Reklame und der Inszenierung öffentlicher Räume und medialer Ereignisse, wird symbolisch der Anspruch auf gesellschaftliche Teilhabe erhoben als eine Form der individuellen Partizipation am gesellschaftlich Allgemeinen als 'Korpus der dominanten Kultur', ohne daß die Probe auf die sozialen Gehalte der dominanten Kultur und ihre Legitimität, der Einlösung der Ansprüche auf politische Partizipation und Gesellschaftlichkeit gemacht werden müßte.

Der symbolische Überhang in der Konstitution von Wirklichkeit, den jene kulturalistischen Beschreibungen zu identifizieren meinen, entzieht sich in diesen Beschreibungen aber einer Kritik, die die damit verbundenen Probleme offenlegen könnte. Denn gerade die technische Substituierbarkeit von 'Natur' und die Simulation von Realität, die zu einer Medialisierung und Pluralisierung von Realität(en) beitragen, sind ein wesentliches Moment der gegenwärtigen Krise.³

Auf einer neuen Stufe werden auf Grundlage der kapitalistischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse das sinnliche Vermögen der Individuen und die stofflich-materielle Seite der 'Naturaneignungsprozesse' auf technokratische Weise »vergesellschaftet« - zerteilt und rekombiniert - und zugleich in ihrer Sinnlichkeit und Stofflichkeit ignoriert und verdrängt.

In dem Zusammenspiel von Technisierung und Kulturalisierung von Gesellschaft erscheint als 'wirklich' nur noch, was kommunizierbar ist. Mit anderen Worten: Als realitätsbildend gelten die symbolisierungsfähigen Aspekte eines Phänomens; und realitätsbildend soll sein, was in den technischen Netzwerken der neuen Kommunikations- und Informationstechnologien und in den durch sie generierten gesellschaftlichen Diskursen 'prozesiert' werden kann.

Hier bildet sich etwas, was ich mit einem Begriff der amerikanischen Biologin und Feministin Donna Haraway als 'informationelle' Herrschaftsstrukturen - »informatics of domination« - bezeichnen möchte; neue Herrschaftsstrukturen die unmittelbar mit der Durchsetzung der neuen Technologien und der in ihnen verkörperten Rationalität der industriellen, automatisierten und informatisierten, transnationalen Produktion verknüpft sind (Haraway 1985: 79ff.).

Daß sich die neuen technologischen Basisstrukturen, die zunehmend selbst als 'immateriell', als scheinbar materie- und energiefrei gedacht werden, durchsetzen, daraus bezieht die Theorie von der »Gesellschaft als Kommunikationszusammenhang« ihre ideologische Wahrheit. Denn mit ihrer Durchsetzung verlieren die hierarchisch und »allopöietisch« organisierte Fabrik oder der geschlossene, »autöpöietische« Bereich des Privaten in ihrer Funktion als privilegierte Orte der Herstellung von sozialer Integration und Homogenität ihre gesellschaftliche Prägekraft.

Sie werden abgelöst durch neue gesellschaftliche Abstraktionsformen, durch eine technische, informationelle »Selbstorganisation«, die dem Modell von dezentralen, hoch integrierten kybernetischen Schaltkreisen nachgebildet ist und pluralisierte Teil-Kulturen in einer undurchschaubar gewordenen 'Gesamtgesellschaft' ausbilden.

Damit lockert sich die »industriegesellschaftliche« Verbindung zwischen der kapitalistischen (Welt-)Ökonomie und den auf universalistischen Ordnungsvorstellungen beruhenden Gesellschaftsmodellen, wie sie seit der französischen Revolution das gesellschaftstheoretische Denken bestimmen. Dies muß nicht bedeuten, daß sich die produktivistischen, ökonomischen Basisstrukturen der Gesellschaft auflösen, wie es häufig mit der Rede von der Informationsgesellschaft suggeriert wird (im Gegenteil setzen sie sich in immer stärkeren Maße weltweit durch). In Auflösung befinden sich vielmehr die Vergesellschaftungsweisen, die geschichtlich erzeugten, nicht-sinnlichen, immateriellen Muster des Gesellschaftlich-Allgemeinen, nach denen kultur-, sozial- und geschlechtsdifferent »Gesellschaft« hergestellt wird, und worin die verschiedenen »Teilpopulationen« (Brückner) ihre verschiedenen Verkehrsformen und Sprachen homogenisiert und in ihrer Ungleichzeitigkeit vergleichzeitigt werden. In Frage stehen damit die gesellschaftlich hergestellten intelligiblen Muster oder gesellschaftlichen »Formalismen« - um einen Begriff aus der Mathematik zu entlehnen (vgl. D'Avis 1989) -, nach denen die Menschen in ihren von einander unterschiedenen und unterschiedlichen Lebensformen sich an die Veränderungen der Voraussetzungen und Bedingungen ihrer konkreten Lebensverhältnisse durch die neuen Produktions- und Kommunikationsformen anpassen sollen.*

* Eine Vorstellung von den damit aufgeworfenen Problemen können zum Beispiel die Folgen der von diesen Mustern hegemonial geprägten globalen Entwicklungsdynamik für die abhängigen Länder der Dritten Welt geben, oder, um einen anderen empirischen Ausschnitt zu wählen, die wachsende Bedeutung von technizistischen Subjekt-Modellen und -Bildern, nach denen die - empirische - Ein-

Verändert haben sich also weniger die grundlegenden Vergesellschaftungsformen als solche - Arbeit, Sprache, Sexualität, Kunst -, sondern vielmehr die («autopoietischen») Binnenbeziehungen und («allopoietischen») Außenbeziehungen, die in diesen Formen und Vermittlungskonzepten von Gesellschaft und Natur organisiert werden.

Ihr Zusammenhang läßt sich nicht mehr in Einheitskonzepten - von *der* Gesellschaft, *dem* kollektiven Subjekt oder *einer* universalen Moral - reformulieren. Denn die Aufteilung des einen - kapitalistisch-industrialistischen - Grundantagonismus (von Lohnarbeit und Kapital, gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung) in ethnische, geschlechtliche und Klassenantagonismen zerstört die Einheit eines kollektiven Subjektes ebenso, wie durch die Auflösung der konventionellen Formen des (männlich)-bürgerlich-proletarischen Traditionszusammenhang und die Bildung einer medialisierten Massengesellschaft die Vorstellung der Einheit einer universellen Moral - zentraler Bestandteil des »okzidentalen Rationalismus« - angegriffen wird. Und nicht zuletzt läßt die Durchmischung von Natur und Gesellschaft - die »Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse« - die Einheitsvorstellungen von Gesellschaft brüchig werden.

Diese krisenhafte Auflösung des tradierten sozialen und ideologischen »bürgerlichen« Zusammenhangs könnte als 'Subjektivierung der abstrakten Vergesellschaftungsformen' ohne Subjekt bezeichnet werden.* Die 'Träger des Transzendentalen' - diejenigen Kollektiv-Subjekte oder Realabstraktionen wie 'Geist', 'Arbeit' oder 'Kapital', denen das Vermögen zur Gesellschaftsbildung und -veränderung zugeschrieben wird - verschieben sich vom produktiven und naturbeherrschenden, männlichen Subjekt der Geschichte (das Proletariat, der freie Unternehmer) auf eine Vielzahl, scheinbar pluralistischer Prozesse der Identitätsfindung einerseits (vom freien Citoyen zu der Identitätspolitik von Teilpopulationen), auf eine umfassende Ökonomisierung aller Lebensbereiche andererseits (vom besitzenden Bourgeois zu einer 'Ökonomisierung' der einzelnen Individuen und der Natur).

Darüber lösen sich die tradierten, kollektiven Subjektformen auf, nicht aber das 'Transzendente' - das unenträtselte Vermögen zur geschichtli-

heit der Person marginalisiert wird zugunsten von Konzeptionalisierungen unterhalb der leiblich-psychischen Integrität als genetischer Code oder als replikationsfähige Organmaschine.

* Ein Auflösungsprozeß, der sich gleichsam spiegelverkehrt in der Sprache der Systemtheorie vollzieht; z.B. in der Ersetzung von Subjektbegriffen (Individuum, Bewußtsein) durch die Rede von psychischen und sozialen Systemen.

chen 'Selbsterzeugung' - dessen Träger sie waren. Es wandert in die intelligente, formalisierte Kommunikation ein.

Informationsfetischismus und Katastrophismus - verkürzte Reaktionen auf die ökologische Krise

In dieser Perspektive läßt sich auch deutlich machen, wie der Informationsbegriff, aus seinen naturwissenschaftlichen Bezügen herausgelöst, in der öffentlichen Diskussion fetischistisch aufgeladen werden konnte.

Informationen sind mathematisierbare symbolische Repräsentationen von Ja/Nein-Entscheidungen innerhalb einer gegebenen Verfahrensstruktur, eines technischen Formalismus. Als informationelle Sequenzen sind sie in ihrer Anwendung weitgehend unabhängig von der stofflich-materialen Beschaffenheit dessen, worauf sie angewendet werden (z.B. ob auf eine Kaltwalzstraße, auf eine Gen-Struktur oder auf Prozesse der sprachlichen Kommunikation zwischen Individuen). Deshalb erscheinen Informationsherstellungs- und -austauschprozesse als materiefreie und energiearme Prozesse, und können von Stoffwechselkreisläufen und Subjekten unabhängig gedacht werden.

Daß im Diskurs um die Informationsgesellschaft an die Stelle einer *Analyse der Veränderung* der technisch-stofflichen Beziehungen im gesellschaftlichen Produktionsprozess die *Ignorierung dieser Beziehung* überhaupt getreten ist, wird mit der Verschiebung des technisch-wissenschaftlichen Informationsbegriff zu einem 'gesellschaftlichen' Begriff zu einem Problem, das durch die Unschärfe der naturwissenschaftlichen Definition(en) noch verschärft wird. Denn nun konnte 'Information' zu einer verarmenden und technizistischen Metapher für das neu erreichte Niveau an gesellschaftlichen Kooperationsformen der naturaneignenden gesellschaftlichen Produktivität werden, ohne die Differenz zwischen materialstofflicher und symbolisch-kommunikativer Reproduktion des gesellschaftlichen Zusammenhangs noch ausweisen zu müssen.⁴

Das »In-Gesellschaft-Sein«, das immer schon real und ideologisch zugleich war; der 'Ort', in dem die Individuen die Welt produzieren, in der sie leben und der sie zu den Individuen werden läßt, die sie sind - »Gesellschaft« als Real-Abstraktion -, entzieht sich in der affirmativen Rede von der Informationsgesellschaft einer Kritik, die das Konzept der kapitalistischen Klassengesellschaft über den zentralen Begriff der Arbeit und

- daran gebunden - den des Stoffwechsel von Mensch und Natur immerhin ermöglicht hatte.

Der hier nur in Umrissen angesprochene angebliche 'Wandel' von der industriellen Gesellschaft zur Informationsgesellschaft erscheint (z.B. im Diskurs um die 'Postmoderne') als Sprung aus einem geschlossenen (industriellistischen) in einen offenen (postindustriellen) Gesellschaftszustand: Die postindustrielle Gesellschaft soll sich aus den alten, sozialen und natürlichen Abhängigkeiten, die sich in den Gesellschaftskatastrophen dieses Jahrhunderts so nachdrücklich bemerkbar gemacht haben, emanzipiert haben. Daß sie sich aber viel eher 'als befreite' träumt, als eine 'freie' zu sein, ist ihr unausgesprochenes Geheimnis. Dieses Geheimnis verdeckt zugleich die Kontinuität des industriell-kapitalistischen Verfügungsanspruchs (und Verfügungsgewalt) über die menschliche und nichtmenschliche Natur, über Arbeitskraft und material-stoffliche Natur. In der informationsgesellschaftlichen Idee der vollständigen Emanzipation von den körperlich-stofflichen, materialen und sinnlichen Grenzen von Gesellschaft und von den Widerständen, die diesem Anspruch bislang noch immer entgegengesetzt wurden, wird der Verfügungsanspruch vielmehr noch gesteigert, statt, wie es die Rede von Wertewandel, Lebensstilen und Kulturgesellschaft suggeriert, gebrochen.

Zugespitzt läßt sich sagen, daß in der postmodernen »Befreiung Als-Ob« der Versuch liegt, den nach wie vor existenten Widerspruch zwischen der wachsenden Vergesellschaftung der Lebensverhältnisse und der ungleichen, quasi-privaten Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums unter veränderten Bedingungen einerseits anzuerkennen, in dem er als kulturell-symbolische Differenz zur Sprache kommt - z.B. in der Formel von der »Konkurrenz der Lebensstile« -, und ihn andererseits durch die Entthematisierung sozialer Interessen, die immer an die materialen (und materiellen) Aspekte von 'Gesellschaft' geknüpft sind, zu verdrängen.

Je mehr sich diese Sichtweise durchsetzt, desto mehr werden damit die Proteste entschärft, die sich an den gegenwärtigen ökologischen und sozialen Krisenphänomenen entzünden. Sie werden zu Fragen der kulturellen Wertpräferenzen und zur Wahl zwischen verschiedenen Figurationen von ästhetischen Ausdrucksweisen heruntergespielt.

Diese Proteste, die sich - wie zu Recht in der Forschung über Neue Soziale Bewegungen (»NSB-Forschung«) festgestellt wird - zunächst außerhalb der Sphäre der Produktion (»Verteilungsparadigma«) oder der klassi-

schen sozialen Konflikte (»Herrschaftsparadima«) artikulieren⁵, zielen letztlich aber in die zentralen Bereiche der Gesellschaft, auf den »wissenschaftlich-bürokratisch-ökonomischen Komplex« (W.D. Narr). Denn in diesen Protesten formuliert sich ein umfassenderer Einspruch gegen das kapitalistische Fortschrittsmodell und seine biokybernetisch-informations-technologische Modernisierung und gegen die davon geprägten Naturbeziehungen. Insofern sind die Träger des Protestes, die sozialen und politischen Bewegungen und jugendlichen Subkulturen nicht nur Modernisierungsträger, worauf sie häufig sozialwissenschaftlich reduziert werden, als vielmehr soziale Akteure der Krise des Politischen - das Politische vorläufig als Frage nach der Verfügung über die gesellschaftlichen (Über-)Lebensbedingungen verstanden. Sie sind dies in einem doppelten Sinn: als Ausdruck der Krise und als deren Auslöser, vor allem seit Mitte der 60er Jahre.

Wenn es also darum geht, die Frage nach der Bildung von gesellschaftlicher Subjektivität unter den Bedingungen der ökologischen Krise zu stellen, dann muß sich ein aktualisiertes Krisenkonzept gegenüber den politischen Gehalten der neuen Bewegungen öffnen und die Entmächtigung des gesellschaftlichen Protest durch sozialwissenschaftliche Kulturalisierungskonzepte aufbrechen können.

Umgekehrt muß ein solches Konzept auch eine Kritik an diesen Gehalten ermöglichen, die gegenüber einer Metaphorisierung des ökologischen Krisenzusammenhanges in Richtung des Katastrophismus daran festhält, daß der Ausgang des gegenwärtigen Transformationsprozesses - der an einer gesellschaftlichen Formationsschwelle steht - noch offen ist: daß also weder ein Rückfall in die Vergangenheit zu erwarten, noch aber eine »offene Zukunft« überhaupt schon vorstellbar ist oder gar erreicht wäre. Genau diese historische Aktualität der ökologischen Krise wird nicht nur in dem Traum der postmodernen Befreiung, sondern umgekehrt auch von den verschiedenen Spielarten des Katastrophismus verfehlt. Der »Apokalypse-Blindheit« (G.Anders) der Theorien der nachindustriellen Informationsgesellschaft wird die apokalyptische Überblendung der ökologischen Krise entgegen gesetzt: Technizistisch-informationelle Kategorien der Verfügbarkeit im Sinne des 'Verfügen-könnens' werden ersetzt durch lebensphilosophische oder zivilisationskritische Kategorien der Verfügbarkeit im Sinne des totalen 'Verfügt-werdens'. Politik scheint dann nur noch im Ausweichen auf Meta-Politik möglich - in Spiritualität, Religiosität oder in

Naturpolitiken, denen zufolge *die* Natur *den* Menschen die Gesetze des politischen Handelns vorschreiben soll. (Zur Kritik vgl. Becker 1984: 109ff.)

Perspektiven einer kritischen »Ontologie der Aktualität«

Weder der Katastrophismus noch das Konzept der Informationsgesellschaft ermöglichen einen begrifflichen Zugang zur ökologischen Krise. In beiden Fällen liegt der Fluchtpunkt der Perspektiven im Gesellschaftsbild der totalen Verfügbarkeit, und es wird die Ambivalenz von Katastrophe und einem »wahrhaft Neuen« (Benjamin), die in der gegenwärtigen Umbruchsituation angelegt ist, vereindeutigt. In beiden Fällen wird auch, was sich gegen die jeweilige Vereindeutigung sperrt, abgespalten und als zu vernachlässigende Randphänomene ausgegrenzt. Das gilt gegenüber den historisch erreichten Partizipationsformen in parlamentarisch regulierten Gesellschaften im Falle des Katastrophismus; das gilt im anderen Fall gegenüber den sozialen und politischen Bewegungen und Subkulturen und dem, was sie versuchen, gesellschaftlich zur Sprache zu bringen.

Beide Konzepte spiegeln die Konzentration auf ein fiktives gesellschaftliches Zentrum und entthematisieren damit zugleich neue Formen der Verdichtung und Abspaltung als die Prozesse, welche die Kernstrukturen und Peripherien jeweils erst herstellen. In der Rede von der Informationsgesellschaft geschieht dies, indem die Krise der gegenseitig abhängigen (stofflich-materiellen) Reproduktion von Gesellschaft und Natur - deren Kernbereich in Wissenschaft, Ökonomie und Bürokratie liegt - in einzelne Probleme aufgetrennt und so technologisch entproblematisiert wird. Im Katastrophismus geschieht dies, indem in den Kategorien der vollständigen Verfügbarkeit (»Mega-Maschine«, »Industrialismus«, »Patriarchat«) die gegenwärtigen hegemonialen Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung ins Zivilisatorische übersteigert und so derealisiert werden.

Es ist generell die Frage zu stellen, ob das gesellschaftstheoretische Denken in der Dichotomie von Zentrum und Peripherie nicht ausgedient hat. Denn offensichtlich sind in diesem Begriffspaar eher Antworten auf 'repräsentations-logische' Fragen zu finden, in denen einzelne 'social facts' entweder einem Zentrum oder dessen Peripherien und 'Subsystemen' beziehungsweise den entsprechenden wissenschaftlichen Sprachspielen zugeordnet werden sollen. Durch die wachsende Durchdringung und Überlagerung von politischen, sozialen, wissenschaftlichen, ökonomischen und rechtlichen Aspekten stellen sich aber eher Fragen danach, wie die Peripherie(n)

ins Zentrum - und umgekehrt - eingehen, Fragen nach ihren jeweiligen Grenzen: also danach, wie je aktuell gesellschaftliche Kernbereiche und die sie umgebenden Ränder hergestellt werden und welche Bewegungen zwischen 'Peripherie' und 'Zentrum' zu beobachten sind.

Und es stellt sich die Frage, ob nicht gerade hier, in der Durchdringung von Peripherie und Zentrum, an den 'Rändern der Gesellschaft' und ihren dynamischen Transformationskernen des wissenschaftlich-bürokratisch-industriellen Komplexes, sich die neuen 'Hybrid-Objekte' (Gegenstände, Techniken, Symbolisierungen, Sprachformen, Bilder) des gesellschaftlichen Transformationsprozesses bilden (vgl. dazu ausführlich Becker 1990a).⁶ Zu fragen ist weiter, ob nicht darin - durch die Übertragung technizistischer Realkategorien auf kulturelle, 'lebensweltliche' Metaphern, Begriffe und Vorstellungen und in der Kritik an diesem Übertragungsprozeß - neue Wahrnehmungsweisen und ein neues gesellschaftliches Unterscheidungsvermögen gleichsam gesellschaftlich hergestellt werden.

Solche Fragen, die gegenüber den Veränderungen im gegenwärtigen Transformationsprozess tatsächlich noch offen sind, ließen sich dann sinnvoll wohl erst in einer Auseinandersetzung um die »Produktion der Verkehrsformen selbst« (Marx) stellen, als Streit um ein bewußtes, gesellschaftlich hergestelltes Verhältnis der Menschen untereinander und zu ihrer 'Umgebung', zu ihrer Geschichtlichkeit und zur 'Natur': als eine von Interessen, Ansprüchen und sozialen, ethnischen und geschlechtlichen Differenzen strukturierte antagonistische Auseinandersetzung; als gesellschaftliche - und nicht bloß politische - Auseinandersetzung um die Anerkennung einer »Gleichheit in der Differenz« - eine paradoxe Formulierung, die gleichwohl verhindern könnte, daß 'Gleichheit' gegen 'Differenz' ausgespielt wird.

In dieser Auseinandersetzung könnte aufs Neue der Versuch unternommen werden, wie ihn in anderen historischen Kontexten Karl Marx mit der Kritik des Warenfetisch und Walter Benjamin mit seiner Theorie der Moderne als »Dialektik des Neuen und Immergleichen«* unternommen haben: den Schleier der Transzendenz zu durchbrechen, und den je historisch erreichten Stand der materiellen Produktivkräfte als Ergebnis der sinnlich-konkreten und zugleich abstrakt-formalisierten Tätigkeiten aller Gesellschaftsmitglieder zu begreifen.

* »Es handelt sich nicht darum, daß 'immer wieder dasselbe' geschieht ... Es handelt sich vielmehr darum, daß das Gesicht der Welt gerade in dem, was das Neueste ist, sich nie verändert, daß dies Neueste in allen Stücken immer das Nämliche bleibt.« (Benjamin 1982: 676)

Allerdings wäre wohl die Perspektive der Kritik anders zu legen: Sie läge nicht unmittelbar in der geschichtsphilosophischen Idee der 'Erlösung von Mensch und Natur', oder in der Perspektive der 'Emanzipation der Produktivkräfte', sondern - zumindest vorläufig - in der ökonomie-, wissenschafts- und technologiekritischen Perspektive der Erhaltung der Voraussetzungen, der natürlichen und der gesellschaftlichen, einer jeden zukünftigen Entwicklung, und der bewußten Gestaltung der sich technologisch und kulturell verändernden gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Die Perspektive so zu legen, bedeutet, die Frage nach den gegenwärtigen Krisenerscheinungen in Hinblick einer Bestimmung der historischen Aktualität dieser Krisen zu stellen und die Spanne zwischen der 'gegenwärtigen Vergangenheit' und der 'gegenwärtigen Zukunft' in den Mittelpunkt zu stellen; ein Anspruch, den Foucault als »Ontologie der Aktualität« bezeichnet hat.⁷

Auch wenn damit die Zielperspektiven des historischen Prozesses und der darin handelnden Subjekte neu in Frage gestellt scheinen (und tatsächlich gegenwärtig neu in Frage gestellt werden): In dieser Perspektive wird doch im Unterschied zur Rede von dem »Posthistoire« von der Möglichkeit einer geschichtlichen Zukunft ausgegangen, in der sich die (geschichts-) philosophische Abstraktionen »Mensch« und »Natur« in vielfältigen, individuellen wie gesellschaftlichen Naturverhältnissen (die immer auch gesellschaftliche und individuelle Selbst-Verhältnisse sind) 'auslegen' könnten.

Vor diesem Hintergrund besteht die Aufgabe der Aktualisierung des Krisenkonzepts darin, den Blick auf diese Möglichkeit wie auf ihre Blockierung und Verzerrung zu öffnen und zu schärfen und den verloren gegangenen Zusammenhang von Krise und Kritik wieder zu ermöglichen.

2. Der Krisenbegriff

In politischen Auseinandersetzungen, in den Medien und in den Wissenschaften werden seit Ende der 60er Jahre immer wieder neue Krisenphänomene 'entdeckt' und zum Thema gemacht. Kaum ein Bereich des gesellschaftlichen und politischen Lebens, der technischen und ökonomischen Entwicklung oder der internationalen Beziehungen, der nicht irgendwann schon einmal in eine Krise geraten zu sein scheint. Krisen sind 'normal' und gehören offensichtlich zu diesen Bereichen wie die 'Beziehungskrise' zu jeder ('guten') Beziehung. Und doch scheint 'Krise', vielleicht gerade weil dieser Begriff längst in den medialen und alltäglichen Sprachgebrauch integriert ist und dabei zum Krisenjargon verflacht worden zu sein scheint, jene andere Dimension verloren zu haben, die Reinhart Koselleck in »Kritik und Krise«, einer Studie über die Anfänge des 'modernen' Krisenbegriffs herausgearbeitet hat: Krise als eine Kategorie der gesellschaftlichen Umwälzung und der historischen Aktualität, als Prozeßkategorie, als Ausdruck eines neuen (Zeit-)Bewußtseins, als Begriff zur Charakterisierung eines vorrevolutionären Zustands einer Gesellschaft - Krise als ein politisch-wissenschaftlicher Begriff.¹

In diesem grundlegenden Sinne ist 'Krise', 20 Jahre nach der Restitution eben dieser Bedeutung durch die Studentenbewegung, heute eher diskreditiert und (sozial-)wissenschaftlich fast völlig außer Gebrauch geraten. Nicht zuletzt auch deshalb, weil die 'Krise des Marxismus' inzwischen selbst die marxistische Krisentheorie erreicht hat, in deren Kontext die Verwendung des Krisenbegriffs in den 60er und frühen 70er Jahren stand (vgl. Prokla 72: 9ff.)

Es ist von daher kaum verwunderlich, wenn insbesondere der Versuch, im Zusammenhang einer »Ontologie der Aktualität« erneut mit einem Krisenkonzept zu arbeiten, auf Skepsis und Einwände stößt; etwa mit dem Vorwurf, sich an eine überholte Begrifflichkeit zu binden oder das Krisen-gerede viel zu ernst zu nehmen.

Solche Einwände sind nicht ohne Plausibilität. Die Trivialisierung des Begriffs von Krise - von der Midlife-Crisis über die Ölkrise bis zum Krisenstab - ist unübersehbar (vgl. Bebermeyer 1980: 189ff.). Und in systemwissenschaftlichen Zusammenhängen ist 'Krise' gerade noch ein Synonym für »Problem«.

Und doch kann vielleicht gerade die 'inflationäre' alltagssprachliche Verwendung einen ersten Zweifel an der Verabschiedung des Krisenbegriffs wecken, verweist sie doch möglicherweise auf ein unterschwelliges Fortdauern seiner umfassenderen Bedeutung: denn noch in der trivialsten Verwendung klingt die Ahnung von der prinzipiellen Instabilität und Flüchtigkeit der vertrautesten Dinge und gewöhnlichsten Ereignisse als Gegenwartserfahrung an - und damit auch die Vorstellung von etwas Neuem. Und in jeder isolierten, fachwissenschaftlich beschriebenen Krise eines gesellschaftlichen 'Subsystems' schwingt die Frage nach dem gesellschaftlichen und geschichtlichen Gesamtzusammenhang noch mit - ohne freilich beantwortet zu werden.

Eine weitere Beobachtung spricht gegen eine vorschnelle Verabschiedung des Krisenbegriffs: In den Krisendiagnosen und Krisenbewältigungen ist es in der Bundesrepublik in der ersten Hälfte der 70er Jahre, ausgelöst unter anderem durch die Berichte des Club of Rome und das Entstehen einer überregionalen Ökologiebewegung mit der Auseinandersetzung um den Bau des Kernkraftwerkes in Wyhl, in der Rede von der »ökologischen Krise« zu einer *neuartigen Bündelung verschiedener Krisenphänomene* gekommen. Diese hat einschneidende Umakzentuierungen der Bedeutungsgelände von Krise und der sie 'begrenzenden' Begriffe - wie Katastrophe oder Normalität - nach sich gezogen, die inzwischen, ob explizit oder nicht, den allgemein-gesellschaftlichen Krisendiskurs durchziehen, ihn prägen.

Die gesteigerte ökologische Sensibilität und die alltägliche Erfahrung mit Umweltzerstörungen, Zivilisationsrisiken und Verseuchungen hat auf dem Hintergrund der Wahrnehmung globaler Gefährdungen das Bewußtsein von der neuen Krisenkonstellation in einer Weise geschärft, daß die älteren Krisenthematisierungen an den Rand gedrängt wurden. 'Umweltzerstörung', 'Kriegsgefahr', 'psychische Verelendung', die weltweite Zerstörung von kulturell-ethnischen Zusammenhängen und der materiellen Lebensbedingungen der abhängigen Länder der Dritten Welt wurden in der Kritik und den Protesten der neuen, sozialen und politischen Bewegungen in den letzten 20 Jahren zu einer neuen Krisenkonstellation zusammen-

gezogen, die weder additiv zu anderen - z.B. zur »Krise des Wohlfahrtsstaates« oder der »Krise der Weltwirtschaft« - einfach hinzugetreten ist, noch sich in dem Glauben an eine wissenschaftliche oder politische Lösbarkeit erschöpfte. Diese Krisenkonstellation wurde auch von den gängigen Kapitalismuskritiken verfehlt, die sie entweder »konkretistisch« unterlaufen - etwa im orthodoxen Marxismus oder aber in Richtung von »Gatungsfragen« überschritten hat - etwa in der ökologisch orientierten Ethikdebatte.

Vielleicht kann gerade die 'Ausuferung' des Krisenkonzeptes und die Vielschichtigkeit der alltagssprachlichen Bedeutungen des Krisenbegriffs einer der Gründe für seine Aktualisierung auch in der theoretischen Debatte sein: *Grundsätzliche Zweifel an der gelingenden funktionalen Differenzierung in den 'modernen', industrie-kapitalistischen Gesellschaften wachzuhalten.*

Der mögliche Einwand, mit dieser Überlegung zur Diffusität des Krisenbegriffs beizutragen, ist insofern unberechtigt, als in der Rede von der 'ökologischen Krise' dem Krisenbegriff nicht einfach nur neue Bedeutungen zugeschrieben werden, sondern eine entscheidende Bedeutungsverschiebung vorgenommen wird.

Denn während der traditionelle Krisenbegriff - der marxistische eingeschlossen - entweder die Krise eines gesellschaftlichen Bereiches meint oder allenfalls das 'kritische' Verhältnis zwischen rein gesellschaftlichen Bereichen - zum Beispiel zwischen Moral und dem Emanzipationsinteresse der Produzenten bei Rousseau oder zwischen Ökonomie und Politik bei Marx -, so bezieht sich Krise jetzt auf »Natur«, genauer, auf das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Natur. Welche Bedeutungsgelände hätte aber ein Krisenbegriff, der sich nicht mehr auf rein innergesellschaftliche Bereiche, sondern auf die Differenz von Gesellschaft und Natur in je spezifischen gesellschaftlichen Bereichen beziehen soll?

Diese Frage soll zunächst anhand einer Rekapitulation der Etymologie des Krisenbegriffs - orientiert an den Arbeiten von Koselleck - verfolgt werden.²

Zur Begriffsgeschichte von »Krise«

Krise, so macht Koselleck in seinen umfangreichen Untersuchungen zur Begriffsgeschichte deutlich (Koselleck 1973, Hist. Wörterbuch der Philosophie [Koselleck], Bd. 4; Geschichtliche Grundbegriffe [Koselleck], Bd. 3, Koselleck (1986)), war bereits in einer ersten, nämlich der juristischen, Ursprungsbedeutung ein *politischer Begriff*^{*}. Er benannte einen gesellschaftlichen Vorgang - das Rechtsetzen und Rechtsprechen - als Teil der Herstellung und Sicherstellung der gesellschaftlichen Ordnung der griechischen Stadtstaaten, der Polis, nach Innen und Außen; und er benannte diesen Vorgang als öffentliches Ereignis - dargestellt in der griechischen Tragödie: öffentlich für die waffenfähigen (männlichen) Vollbürger -, bezogen auf eine Entscheidung - die noch nicht gefällt ist, aber gefällt werden muß, deren Ausgang noch offen ist. Der Entscheidungsaspekt ist von Anfang an ein zentrales Moment jeder Bedeutung von Krise. (Geschichtliche Grundbegriffe [Koselleck], S. 618)

Damals wurde Krise zunächst noch in einem zweiten, dem *medizinischen Sprachzusammenhang* verwendet: Krise als Wendepunkt in einem Krankheitsverlauf zum Besseren oder Schlechteren, im Extremfall als Entscheidung zwischen Leben oder Tod. (S. 619) Hier wird deutlich, daß eine Krise ihre »Bedeutung« immer erst aus der Perspektive der möglichen (oder der tatsächlich eingetretenen) Verlaufsrichtungen erhält, daß sie gleichsam einen inneren Geschichtskern hat. Und: Im 'medizinischen' Krisenbegriff fallen objektiver Status und subjektive Bedeutung nie völlig auseinander, zugleich aber löst sich das »alte« Bedeutungsverhältnis zwischen den diskursiven und nicht-diskursiven Elementen auf (z.B. zwischen der »Sprache« des Arztes und den »Symptomen« des Patienten) und bildet nach der Krise (als »Diagnose«) ein neues Bedeutungsverhältnis aus. Wie in der Verwendung von Krise als Formbegriff der antiken Tragödie wird auch hier der Umschlag eines natur- (bzw. »schicksalhaften«) Vorganges in einen gesellschaftlichen begrifflich festgehalten. Auch die *philosophische* Bedeutung von Krise als einem Grenzbegriff zwischen Mythos und Vernunft, zwischen Gewordenem (physis) und Erzeugtem (nomos), zwischen unbeeinflussbaren, unwillkürlichen, quasi-natürlichen und beeinflussbaren,

* »Krise« kommt aus dem Griechischen. Das Verb 'krino', 'krinomei' wird übersetzt mit scheiden, urteilen, entscheiden; aber auch mit sich messen, kämpfen. 'Krisis' bedeutete so zunächst Scheidung, Streit, dann auch Entscheidung, Urteil. Es hat den gleichen etymologischen Stamm wie Kritik: Kritikfähigkeit bedeutet so auch immer Unterscheidungsvermögen.

willkürlichen, quasi-gesellschaftlichen Momenten von Ereignissen und Zuständen gehört also zu den Grundelementen der Bedeutungen dieses Begriffs.

Mit der Entstehung und Ausbreitung des frühen Christentums werden die juristisch-politischen und medizinischen Bedeutungsgehalte zu einer *heils-geschichtlichen Krisenvorstellung* verschmolzen. Die 'Krisis' (lat. iudicium) wird zum Gottesgericht in der Apokalypse, dem der Einzelne - durch seine Glaubensentscheidung - zwar entgehen kann, das der Menschheit insgesamt am 'Ende der Welt' jedoch erst noch bevorsteht. Koselleck nennt hier als ein weiteres Merkmal des Krisenbegriffs die *Zeitlichkeit*: Krise als zeitlicher Prozeß mit scharf geschnittenen Alternativen. (Historisches Wörterbuch [Koselleck], Sp. 1235f.) In dieser Bedeutung vor allem findet der Krisenbegriff einen Eingang in die Geschichtsphilosophien und Zivilisationskritiken der »Neuzeit«: Krise als die *Zeitenwende* vor dem Eintritt der Katastrophe oder der Rettung, als (tödliche) Bedrohung oder Übergang zu etwas Neuem.

Außerhalb der theologischen Tradition kommt es erst im Laufe des 17. Jahrhunderts wieder verstärkt zur Verwendung des Krisenbegriffs - vor allem in seiner medizinischen Bedeutung, um dann in der vorrevolutionären Phase in der Periode zwischen Absolutismus und Aufklärung als historisch-politische Kategorie neu fixiert zu werden.

Im »Zeitalter der Krisen und Revolutionen« (Rousseau) verdichteten sich die verschiedenen Bedeutungen dann zu einem säkularen Begriff der gesellschaftlichen Umwälzung: *Der heilsgeschichtliche Zusammenhang wird in einen geschichtsphilosophischen überführt.*

Mit der Herausbildung von »Gesellschaft« als Drittstands-begriff, der gegen Natur einerseits und Staat, Gemeinschaft und Privatheit andererseits abgegrenzt wurde, erfolgte die weitere Ausdehnung der Verwendung in der Literatur des 19. Jahrhunderts als »terminus technicus« auf ökonomische und staatspolitische Sachverhalte - Vorläufe der späteren Begriffsverflachung.

Es braucht wohl kaum an Husserls berühmte Schrift »Die Krisis der europäischen Wissenschaften und die transzendente Phänomenologie« erinnert zu werden, um deutlich zu machen, daß noch bis weit ins 20. Jahrhundert Krise sich zugleich als philosophische Zentralkategorie hat behaupten können. Davon zeugt auch, daß die Veränderungen in den Wissenschaften

selbst als Grundlagenkrise oder - in den Worten von Paul Ricoeur - als »epistemologische Krise« bezeichnet werden.

Den Krisenbegriff von Marx verstehe ich in dem Zusammenhang dieses kurzen begriffsgeschichtlichen Abrisses als einen 'Brückenbegriff' zwischen einem einzelwissenschaftlichen und einem allgemeinen Krisenbegriff. In dieser Tradition dauern bis heute in den Beschreibungen der kapitalistischen Akkumulations- und Wertrealisierungskrisen die Versuche an, *ökonomische Prozesse als* (prinzipiell) *krisenförmige* aufzufassen (Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate) und ökonomische Krisen als etwas zu begreifen, das (potentiell) die Gesellschaft, und nicht nur die Ökonomie, in eine 'kritische Lage' zu bringen vermag: Vor allem mit der Aktualisierung der Kritik der politischen Ökonomie in der (linken) Kulturkritik und dem »westlichen Marxismus« bis in die 70er Jahre setzte sich in dieser Bedeutung der Krisenbegriff als politischer Begriff durch - und blieb so von dem Krisenverständnis des 19. Jahrhunderts geprägt.³

Aufgeladen mit subjektiven Bedeutungsmomenten wurde »Krise« während der Jugend- und Studentenbewegung durch die Öffnung gegenüber dem (sozial-)psychologischen Krisenbegriff (»Identitätskrise«, »Krise der Adoleszenz«) als eine *Entwicklungskrise* verstanden, als »turning point« in einer gelungenen (oder mißlungenen) individuellen oder kollektiven Selbstvergewisserung, die eine soziale bzw. gesellschaftliche Anerkennung findet.⁴

Die Konnotationen dieses Krisenverständnisses waren insofern positiv, als damit die Herausbildung und Institutionalisierung von etwas 'Neuem' verbunden war, eine Verhaltens- und Einstellungsveränderung im einen, eine Veränderung von Vergesellschaftungsformen im anderen Fall.

In den soziologischen Krisentheorien haben sich dagegen seit Parsons verschiedene Varianten eines *systemwissenschaftlichen Krisenbegriffs* durchgesetzt, die aus einer konsequenten Beobachterperspektive entworfen sind, und die dazu geführt haben, den Krisenbegriff in ein Problem-/ Problemlösungskonzept zu integrieren und damit letztlich in seinen spezifischen Bedeutungsgehalten aufzulösen: Der Zusammenhang von Krise und Kritik wird aufgelöst.

Die Konnotation dieses Krisenverhältnisses stehen unter einem entgegengesetzten Vorzeichen; sie sind in dem Sinne negativ eingefärbt, als hier von einer Kumulation von Widersprüchen ausgegangen wird, die prinzipiell nicht innerhalb der bestehenden Institutionen gelöst werden kann.

Ähnliches gilt auch für die politikwissenschaftliche Diskussion, die von einem funktionalistischen Krisenbegriff bestimmt wird, der auf einen von Erikson beeinflussten Krisenbegriff aus der amerikanischen Diskussion der Modernisierungstheoretiker der 60er Jahre (G. Almond u.a.) aufbaut: Darin werden Krisen als Kapazitätsschwächen des politischen Systems aufgefaßt, deren Überwindung ein neues Entwicklungsniveau des politischen Systems hervorbringen soll (vgl. dazu S. Verba 1973). Für C. Offe zum Beispiel sind Krisen dann lediglich noch »Prozesse, in denen die Struktur eines Systems in Frage gestellt wird« (Offe 1973: 197ff.).

Systemtheoretisch-funktionalistische Krisenbegriffe formulieren also Störungen in der Organisation von Systemen oder im Austausch zwischen einem System und seinen Umwelten. Solche Strukturkrisen können dann durchaus in innovativen Entwicklungskrisen übergehen, sofern sie ein neues Niveau systemischer Steuerungskapazität ausbilden können. In beiden sozialwissenschaftlichen Krisenmodellen werden die subjektiven Krisenerfahrungen marginalisiert und abgespalten. Subjektive Bedeutungen und objektiver Gehalt, der Zusammenhang von Entscheidungsabhängigkeit, Zukunftsorientierung und Zeitlichkeit und die Ambivalenz von Rettung und Katastrophe werden aufgelöst: Krisen erscheinen jetzt als Probleme der Systemintegration.

Diese radikale Säkularisierung und Verwissenschaftlichung des Krisenbegriffs, seine Herauslösung aus dem heilsgeschichtlichen bzw. geschichtsphilosophischen Zusammenhang haben es dann einfach gemacht, das Krisenkonzept sozialwissenschaftlich zu verabschieden und andere Konzepte wie das Risikokonzept (U. Beck) - oder in der jüngeren marxistischen Diskussion durch das Regulationskonzept (Aglietta, Hirsch) - an seine Stelle zu setzen.

Aber über diese im engeren Sinne fachwissenschaftliche Debatte hindurch wurde der Krisenbegriff immer wieder auch politisch und gesellschaftskritisch aktualisiert und darin in seiner gesamten Bedeutungsvielfalt virulent, vor allem in Übergangszeiten, und das heißt seit der Französischen Revolution in vorrevolutionären 'Krisenzeiten' der jüngeren (und jüngsten) Vergangenheit. Ohne einen wissenschaftlich gesicherten, vereindeutigten Begriff von »der Krise« zu fixieren, schien es möglich, durch Bedeutungsüberlagerungen und -verstärkungen Zusammenhänge und Resonanzen zwischen der Krise der gesellschaftlichen Entwicklung und Krisen der Verge-

sellschaftung zu beschreiben und zugleich als Krise der gesellschaftlichen Handlungsfähigkeit, als mangelnde Verfügung über die gesellschaftliche Entwicklungsdynamik, zu thematisieren.

In diesen Diskussionen bezeichnete der politisch aktualisierte - moderne - Krisenbegriff allgemein eine spezifische historische Form gesellschaftlicher Veränderung, von Transformationsprozessen in einer vorrevolutionären Periode, als eine bestimmte aktuelle Konstellation von Realprozeß, Alltagsbewußtsein, politischem Handeln und dessen wissenschaftlichen (philosophischen, literarischen) Beschreibungen, die auf die (revolutionäre) Veränderung der Verhältnisse zielt. In diesem Krisenverständnis - Krise als gebrochene Totalitätskategorie - sind die überlieferten Bedeutungen von Krise gebündelt, wie sie heute noch in dem vorwissenschaftlichen und alltagssprachlichen Krisenbegriff mitschwingen: eine politisch(-militärische) Entscheidung, die einen Konflikt beendet; der Wendepunkt im Verlauf einer Krankheit des 'Gesellschaftskörpers', wo die Entscheidung über Leben und Tod fällt, aber noch nicht gefallen ist; die Zeitenwende vor dem Eintritt einer Katastrophe oder der Rettung. Eingebettet in einen heilsgeschichtlich/geschichtsphilosophisch interpretierten Welt-Zusammenhang bereiteten sich in einer Krise politische und begriffliche Entscheidungen (und 'Scheidungen' im Sinne von neuen gesellschaftlichen Differenzbestimmungen) vor: zwischen den Ständen und Klassen, zwischen alten und neuen Lebensformen und Sinnbezügen, zwischen alten und neuen Formen von Arbeit und Arbeitsteilung.

Hier kann der Versuch einer Aktualisierung des Krisenbegriffes und -konzeptes ansetzen, auch wenn wir heute in einem 'Typ' von vorrevolutionärer Situation zu leben scheinen, die ohne Aussicht (und - historisch belehrt - auch ohne große Hoffnung) auf eine *politisch-revolutionäre* Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse ist. Gegenüber dem traditionell-politischen Krisenverständnis hätte dieser Versuch sich dem Problem zu stellen, daß *die real-historischen Voraussetzungen eines politischen Krisenbegriffs gleichsam selbst in die Krise geraten lassen*; ein Problem, an dem jede Aktualisierung des Krisen-Konzepts ansetzen muß.

Denn angesichts der neuartigen Gefährdungslagen, die die Frage nach dem gesellschaftlichen Verhältnis zur äußeren wie inneren Natur ins Zentrum rücken, und angesichts des Zusammenbruchs der großen Ideologien, der großen Ordnungs-, Subjektivitäts- und Identitätsvorstellungen und historischen Sinnentwürfe kann nicht mehr verbindlich vorgestellt werden,

welches die historischen Voraussetzungen politischer Handlungsentwürfe sind, welche (Kollektiv-)Subjekte in welchen politischen Entscheidungssituationen sich befinden, welche Realitätsbeschreibungen die 'Objektivität' der Krise noch verbürgen können und wo die Grenzen zwischen subjektiven Krisenbewußtsein und objektivem Krisenzustand zu ziehen sind.*

Zugleich verliert der geschichtliche Horizont seine philosophische Dimension und wird angesichts der Möglichkeit der planetaren Selbsterstörung gleichsam zu einer realen Möglichkeit für die Zukunft banalisiert: das heilsgeschichtliche Moment wird Teil einer politisch-kulturellen Gegenwartsdeutung und darin zum Kristallisationspunkt des Katastrophismus.

Die ökologische Krise als ein neuartiger und selbstdestruktiver Krisenzusammenhang läßt sich also weder in eine geschichtsphilosophisch verbürgte Fortschrittsdynamik auflösen, noch in eine Serie von Problemgenerierungen-/Problemlösungsmechanismen zerlegen: was systemwissenschaftlich als 'Strukturkrise' und 'Entwicklungskrise' versucht wird zu beschreiben, fällt in der ökologischen Krise mit Krisen der gesellschaftlichen Erfahrungsbildung zusammen.

Diese Krisenkonstellation setzt bereits auf einer Ebene an, die in den innergesellschaftlichen Krisenkonzepten immer schon vorausgesetzt ist. In der ökologischen Krise werden die naturalen und symbolischen Voraussetzungen von »Gesellschaft« angegriffen; auch Krisen'lösungen' sind ein Bestandteil der Krisendynamik; und - durch die historisch neuartige Ambivalenz von 'Bedrohung' und 'Übergang zu etwas Neuem' sind die Voraussetzungen von geschichtlicher Handlungsfähigkeit grundsätzlich in Frage gestellt.

Mit dieser Öffnung des Krisenbegriffs auf die gegenwärtige Krisensituation ist eine Voraussetzung geschaffen dafür, den verlorenen Zusammenhang zwischen subjektiven Krisenwahrnehmungen und objektiver Krisenbeschreibung, zwischen dem Moment der Bedrohung und dem Beginn eines Neuen, in einer Auseinandersetzung mit dem gegenwärtigen gesellschaftlichen Krisenbewußtsein wieder herzustellen.⁴

Denn nur dann, wenn das subjektive Krisenbewußtsein mit zu einem systematischen Ausgangspunkt einer Aktualisierung der Krisentheorie gemacht wird, kann es auch gelingen, in den Brüchen und Fragmentierungen

* »Im Krisenbegriff (ist) der Konflikt über die Interpretation von Wahrheit notwendig angelegt.« (Narr 1973)

von Sozialität die Spuren neuer Formen gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit zu entdecken und aufzuzeigen.

3. Die ökologische Krise und die Veränderung des gesellschaftlichen Krisenbewußtseins¹

Rückblickend scheint es zunächst, als ob in der aktuellen Debatte um die ökologische Krise nur schwache Erinnerungen an mit früheren Krisendiagnosen verbundene Stimmungslagen, vor allem aus der Studentenbewegung, noch präsent seien.

Wenn damals von »Krise« die Rede war, dann war damit die »Krise der kapitalistischen Ökonomie« oder die der »bürgerlichen Herrschaft« gemeint, also die ökonomische und politische Krise einer bestimmten historischen Gesellschaftsformation. Der Krisendiskurs der politischen Opposition, der Studenten- und der antiautoritären Bewegung, oszillierte zwischen den beiden Polen des Endes und Untergangs der existierenden, spätkapitalistischen Gesellschaftsformation einerseits und einer neuen Gesellschaft, von 'Befreiung' und 'Revolution'.

Der Akzent dieser Krisendiagnose lag nicht auf der bedrohlichen und katastrophischen Seite der Krisensituation - wie einige Jahre später -, sondern auf den darin angelegten Möglichkeiten einer revolutionären Umwälzung. Ob dieses Ziel einer neuen Gesellschaft von den utopischen Vorstellungen eines demokratischen Sozialismus, von anarchistischen Ideen oder von (räte-)kommunistischen Vorstellungen geprägt war: immer blieben sie an die neuen, emanzipatorischen Momente der Krise gebunden: Die Lust an der Krise war »links«.

Getragen von einer Gefühlslage, die Peter Brückner treffend als »public happiness« bezeichnet hat (Brückner 1978a); war in diesem politischen Kontext der Begriff der Katastrophe entweder auf den - historisch notwendigen und herbeigewünschten - Zusammenbruch des 'politischen Systems' und des Kapitalismus als der entscheidenden Voraussetzung eines Überganges in die befreite Gesellschaft bezogen oder auf die - durch die eben erst begonnene Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus aktua-

lisierte - Möglichkeit eines Rückfalls der spätkapitalistischen Gesellschaften in faschismusähnliche Zustände, in die Barbarei.

Entsprechend war das Verhältnis zwischen der Protestbewegung und der Nachkriegsgesellschaft, ihren Institutionen und Ritualen, im Kern 'destruktiv': destruktiv gegenüber der verdrängten Kontinuität zwischen Nazi-Deutschland und der Bundesrepublik, angefangen bei den Happenings der Subversiven Aktion bis hin zu den Anfängen des bewaffneten Kampfes der 'Rote Armee Fraktion' (RAF); destruktiv gegenüber der Leistungsideologie und dem Konsumismus der 'Wohlstandsgesellschaft'.²

Die theoretische Vermittlung von Krisenerfahrungen und gesellschaftskritischer Erkenntnis sollten zu jener Zeit die verschiedenen Lesarten der Marx'schen Kritik der politischen Ökonomie leisten, als Krisen- und Revolutionstheorie zugleich. Eine »Ordnung« der Krisenphänomene wie Arbeitslosigkeit, Bildungsnotstand, Zusammenbruch der moralischen Legitimität der demokratischen Institutionen, die Verwicklung der BRD in den Vietnamkrieg schien dadurch ebenso möglich wie die theoretische Rekonstruktion ihrer Einheit: der Krisenzusammenhang von kapitalistischer Ökonomie, bürgerlicher Herrschaft und proletarischem Klassenkampf im westlichen Teil von Nachkriegsdeutschland. Zwischen Theoriebildung und politischer Erfahrung existierten in den oppositionellen Milieus diskursive Brücken, die als Momente einer damals existierenden 'politischen Sprachfähigkeit', so abstrakt diese Sprache auch heute erscheinen mag, auch militante Aktionen und illegale Handlungsformen - zum Beispiel die Mißachtung des Eigentumsprivilegs und des staatlichen Gewaltmonopols - stützen und legitimieren konnten.

Zusammen mit der theoretischen Dogmatisierung und dem organisatorischen Zerfall der Studentenbewegung vollzog sich dann eine erste Veränderung im Krisenbewußtsein. Nicht nur aufgrund des Scheiterns der Revolte - gemessen an ihren eigenen Zielen - und zunehmend repressiver Maßnahmen des Staates wie den Berufsverboten, sondern auch vor dem Hintergrund interner Erfahrungen wurden von großen Teilen der Oppositionsbewegungen die proletarisch-leninistische Stellvertreterpolitik und der historische Größenwahn der 68er Eliten aufgegeben zugunsten von anderen Politikformen - den Anfängen einer neuen Bewegungspolitik -, die eher an die anti-autoritären Impulse der frühen Studentenbewegung anknüpften als an die späteren Parteimodelle.

Zug um Zug setzte nun eine Abkehr von dem Glauben ein, durch Allgemeinbegriffe jeden besonderen Inhalt und jede individuelle Erfahrung auf 'objektive' Ursachen hin durchsichtig machen zu können. Die »Utopie der Allgemeinbegriffe« zerfiel und mit ihr die daran gebundenen Zukunftsvorstellungen und Weltbilder, Gesellschaftsanalysen und politischen Strategien.

Am Leitfaden der zerfallenden Bilder (kollektiver) Subjektivität war Politik jetzt auf Nahräume und die eigenen unmittelbaren Lebensumstände bezogen, verdichtet in der feministischen Parole, daß das Private politisch sei, oder in der Rede von der »Politik in erster Person« in der Alternativ- und Spontibewegung. Zugleich begannen sich Probleme und Konflikte - wie das Naturproblem und der Geschlechterkonflikt - in den Vordergrund zu schieben, die mit dem bekannten theoretischen Instrumentarium nicht ohne weiteres mehr zu bearbeiten waren; Probleme, deren Wahrnehmung durch die unmittelbar zurückliegenden Auseinandersetzungen und konkreten Erfahrungen von Gesellschaftlichkeit in der Revolte erst möglich wurden und doch über sie hinauswiesen. Das gilt vor allem für den einsetzenden »Rückzug aufs Land« (Landkommunenbewegung), die Entstehung heterogener gegenkultureller Milieus in den Städten (Spontibewegung) und für die (neue) Frauenbewegung.

Das verbindende Moment in diesen Ausbruchsversuchen aus dem engen Korsett eines obsolet gewordenen Politikverständnisses war die Frage, wie überhaupt noch 'Erfahrungen' zu machen waren und in welcher Sprache diese Erfahrungen als politische, auf das gesellschaftliche Handlungsvermögen bezogene, noch zu formulieren waren. In diesem Zusammenhang - und nicht erst mit der aufkommenden Diskussion um die gefährdete 'Umwelt' - steht das plötzliche Interesse an dem Verhältnis zum eigenen Körper und dem individuellen wie gesellschaftlichen Umgang mit Natur.

Das Krisenverständnis in der Ökologiebewegung

Aus den verschiedenen Teilbewegungen begann sich dann mit der Thematisierung der *ökologischen Krise* ein neues Zentrum zu formieren. Es erzwang eine neue Verbindung von politischer Erfahrung und Erfahrungsverlust, Konkretion und Verallgemeinerung (vgl. Becker 1987). Welches Phänomen davon auch ergriffen wurde - ob die Luftverschmutzung oder der geplante Bau einer Sondermülldeponie, ob der abgesägte Baum in der

unmittelbaren Nachbarschaft oder das Waldsterben, ob das Phosphat im Waschmittel oder die Verödung ganzer Landstriche -, es geriet unmittelbar in eine doppelte Perspektive:

Einmal in die Perspektive einer, die gesellschaftlich-soziale Zusammenhänge eher verdeckenden Konkretion dieses *einen Problems*, sowie der Suche nach Ursachen und ihrer unmittelbaren Beseitigung.

Zum anderen aber die Pointierung der in diesem einzelnen Phänomen zum Ausdruck kommenden, generellen *globalen Zivilisationskritik* - »daß es so nicht weitergehen kann«. Jedes Einzelereignis galt nur als ein neuerlicher Beweis der katastrophischen Gesamtentwicklung, deren Ursachen weit hinter die bürgerliche Gesellschaft und den Kapitalismus zurückzureichen schienen.

Die Krisenvorstellung und die damit verbundene Alternative von Rettung und Untergang wurde auf diese Weise radikalisiert und zugleich einem Perspektivenwechsel unterzogen: von der Lust an der (revolutionären) Erneuerung zur Angst vor dem drohenden Untergang.

Wie später im Zusammenhang der Auseinandersetzungen mit der atomaren Rüstung und dem Nato-Doppelbeschluß trat jetzt - an die Stelle der bewußten Ablehnung von Normalitätszuständen und der Formulierung eines neuen (antikapitalistischen) Fortschrittsmodells jenseits der (System-) Krise - das Bewußtsein von einer globalen Gefährdungslage, die jeden Moment umzuschlagen drohte in die reale Katastrophe, in die »Vernichtung«. Der Ausnahmezustand, in dem man sich zu befinden glaubte und der im Herbst 1977 unmittelbare Wirklichkeit zu werden drohte, war nicht mehr befreiend, sondern apokalyptisch eingefärbt.

Bereits hier begannen zwei bislang eher getrennte Krisenstränge sich miteinander zu verknüpfen: Die Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse und die Krise des gesellschaftlichen Handlungsvermögens: Es wurde deutlich, daß - und wie tiefgehend - 'die Natur' vergesellschaftete Natur ist; daß in den politischen Konflikten selbst ein 'Naturkern' enthalten war; und daß eine zukünftige, 'befreite' Gesellschaft nur auf Basis veränderter Naturverhältnisse noch denkbar schien.

Artikuliert hat sich dieses Krisenbewußtsein in den massiven, auch militanten Auseinandersetzungen um technologische Großprojekte wie die geplanten Kernkraftwerke in Grohnde oder Brokdorf, die Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben, dem Schnellen Brüter in Kalkar oder dem Ausbau

des Frankfurter Flughafens ('Startbahn-West').* In diesen lokalen bzw. regionalen politischen Auseinandersetzungen ging es - neben der Verhinderung jedes einzelnen Projektes - immer auch darum, gleichsam 'kollektiv' und 'praktisch' (»real«) soviel an politischer Handlungsfähigkeit in dem je einzelnen Konflikt zurückzugewinnen (oder überhaupt erst zu entwickeln), daß die Vorstellung, generell einen Einfluß auf solche künftigen Entscheidungen zu haben, in einem real-historischen, lebensgeschichtlichen Horizont erfahren und gedacht werden konnten.

Anders gesagt: Mit dem Widerstand gegen die einzelnen Projekte ging es immer auch um die Durchsetzung einer 'Umkehr' des Entwicklungsprozesses insgesamt, der sich in den einzelnen Projekten manifestierte: Radikale Kritik und der Anspruch auf ihre praktische Umsetzung 'hier und jetzt' bildeten eine Einheit.

Zugleich wurde in den Auseinandersetzungen 'vor Ort' auch versucht, das politische Scheitern der Strategie einer gesamtgesellschaftlichen, revolutionären Veränderung durch einen neuen Typ von Bewegungspolitik zu überwinden und die gesellschaftliche Marginalisierung der Bewegungen aufzubrechen; aufzubrechen in die Richtung einer stärkeren Resonanz bei der 'betroffenen Bevölkerung'.

In der Tat ist es gelungen, große Teile der Bevölkerung gegen die technokratische Formierung des »Modell(s) Deutschland« zu mobilisieren und das Ökologiethema gesellschaftlich zu verallgemeinern. Trotzdem ist die Ökologiebewegung - abgesehen von kleinen Siegen: eine Straße, die nicht gebaut wurde, eine Mülldeponie, die nicht in Betrieb ging, die Renaturierung einzelner Naturstücke, und abgesehen von der Verhinderung des Kernkraftwerkes in Wyl - mit ihren längerfristigen Zielen vorläufig gescheitert;** deutlich geworden in der Niederlage der Bewegung gegen den Bau der Startbahn-West des Frankfurter Flughafens im Herbst 1981.

Mit dem vorläufigen Scheitern der Ökologiebewegung als einer lokal und regional verbundenen Widerstandsbewegung kam ihr politisches Selbstverständnis ins Wanken. Durch die Gründung der Partei der Grünen - auch dies u.a. eine Folge ihres Scheiterns - beschleunigt, geriet sie nun in einen Prozeß der Parlamentarisierung - und damit einerseits unter den

* Später verdichtet in den ritualisierten, zum Teil mit einer starken religiösen Symbolik arbeitenden Massendemonstrationen der Friedensbewegung Anfang der 80er Jahre.

** Im wesentlichen der Ausstieg aus der Kernenergie, die Verhinderung großflächiger Naturzerstörungen und die gesellschaftliche Umstellung auf einen qualitativ anderen Naturumgang.

»Sachzwang« zur Verallgemeinerung und andererseits unter den »Sachzwang« zur thematischen Vielfalt. Radikale Kritik und der Anspruch auf eine politische Wirksamkeit dieser Kritik begannen auseinanderzutreten und nach beiden Seiten hin abzuflachen: Eine auf Beteiligung an der politischen Macht drängende »grüne Realpolitik« und die entpolitisierte Dogmatisierung ökologischer Motive und von Bewegungspolitik zu einem »ökologischen Fundamentalismus« schienen auf längere Sicht zumindest den (im engeren Sinne) ökologisch-tagespolitischen Krisendiskurs zu dominieren. Nachdem einmal parteiintern die 'erfundene', diskursiv erzeugte Frontstellung innerhalb der Grünen zwischen den sog. 'Realos' und 'Fundis' durchgesetzt war, wurde der Krisendiskurs in dieser Doppelstellung paralytisiert und zugleich entschärft.

Was in diesen Auseinandersetzungen stillgestellt schien, brach spektakulär mit der »grenzüberschreitenden Wolke von Tschernobyl« (Christa Wolf) auf - als eine Katastrophe, die 'zum Greifen nahe' und doch sinnlich nicht wahrnehmbar war. Was sich in den apokalyptischen Krisenbildern ausgedrückt hatte - es war Wirklichkeit geworden.

Paradoxerweise war damit der Anfang für das Schwenden des Katastrophismus gesetzt. In den Wochen, die auf den Schock der ersten Meldungen über den Reaktorbrand in der Ukraine folgten, begann, als Tschernobyl in den Alltag integriert werden mußte, ein Prozeß, der als 'Normalisierung der Katastrophe' bezeichnet werden kann.*

Denn unabhängig davon, daß weder das Ausmaß der Strahlungsbelastungen, noch die toxischen Langzeitwirkungen, noch entsprechende Schutzmaßnahmen bekannt waren, mußte das 'Leben' auch nach Tschernobyl weitergehen; etwas mußte gegessen werden und irgendwann würde jeder über die Nahrungskette radioaktive Teilchen aufnehmen; trotz der Verseuchung von Spielplätzen müssen Kinder spielen können usw. Niemand konnte auf Dauer die sozialen und psychischen Belastungen, die durch einen andauernden Katastrophenalltag vor allem den Kindern und Frauen zugemutet wurden, mit den radioaktiven Belastungen 'aufrechnen' und beide gegeneinander 'bilanzieren'.

Und so wurde Tschernobyl nicht mehr als das 'Ticken einer Zeitbombe' interpretiert, als Zeichen für das herannahende selbstinszenierte Inferno der

* Zur Normalisierung der Folgen des Reaktorunglücks von Tschernobyl durch das staatliche Krisenmanagement vergleiche weiter unten.

Menschheit. Vielmehr begann umgekehrt diese Erfahrung die Grundlagen eines Weltbildes anzugreifen, das noch zwischen Normalität, Krise und Katastrophe klar trennen zu können glaubte - gerade in bezug auf die elementarsten Lebensvorgänge wie Essen, Trinken, Atmen, Stoffwechsel.

Der Begriff der Krise erhielt nun eine weitere, umfassendere Bedeutung, die den traditionell-politischen Krisenbegriff (gleichsam von innen) sprengte: nämlich den Umschlag vom apokalyptischen zu einem Krisenbewußtsein der permanenten Gefährdung.³

In diesem Krisenverständnis wurde das Zeitmoment von Entscheidung vom 'Augenblick' auf 'Dauer' umgestellt, der Ausnahmezustand wanderte in die Vorstellung von Normalität ein, als Grundzweifel und ständige Beschädigung ihrer älteren Bedeutungsgehalte: der 'Ausnahmezustand' und die Möglichkeit der 'Katastrophe' wurden als Unterscheidung zwischen Normalität und Krise prekär.

Denn die Grenzen, die vorher mit diesen Begriffen zwischen Normalität und Krise noch gezogen werden konnten, wurden zu einem Teil dessen, was noch (oder wieder) als Normalität bezeichnet werden konnte. Normalität, der spontane Wunsch nach »stationären Zuständen« (Brückner), mußte nun unter den realen (ob latenten oder manifesten) Bedrohungen durch eine wirkliche Katastrophe globalen Ausmaßes realisiert werden. Und es schwang jetzt in jedem einzelnen konkreten Krisenphänomen, das noch innerhalb des Vorstellungs- und Lebenshorizontes der Individuen wahrgenommen werden konnte (und wurde), die Antizipation der außerhalb davon liegenden, globalen Gefährdungen mit.*

Was noch an unproblematischen Voraussetzungen in das Krisenbewußtsein Ende der 60er Jahre eingegangen war - gesicherte »Frontlinien« in der politischen Auseinandersetzung, ein geschichtsphilosophisch ausgelegter Horizont, die Idee einer 'emanzipatorischen Funktion' der Produktivkräfte - wurde selbst 'kritisch' und zerbrach unter dem Eindruck der destruktiven Wirkungen des »Fortschritts«prozesses. Einzelne, disparate Erfahrungsstränge, die bislang in den verschiedenen politischen Entwürfen 'geordnet'

* Bei der gesellschaftlich-diskursiven Umformulierung der Vorstellungen von 'Normalität', 'Krise' und 'Katastrophe' werden Kategorien, mit denen *individuelles Leben* zu begreifen ist, auf einer *gesellschaftlichen Ebene* reformuliert. Der Tod, als ein für das einzelne Leben unvermeidliches und ständig mögliches Ereignis, wird mit der gesellschaftlichen Katastrophe verknüpft, die damit als ebenso normal erscheint wie das Leben und Sterben des Einzelnen. Die Metaphorik von Leben und Tod, die in neuzeitlichen Krisendiagnosen immer dann Verwendung findet, wenn genauere begriffliche Mittel nicht (mehr) zur Verfügung stehen, stützt jetzt Vorstellungen von der »neuen Normalität« (vgl. Kluge 1983: 428ff.).

oder zum Katastrophismus totalisiert waren, begannen sich im Zeichen der 'neuen Normalität' und auf dem Hintergrund der zurückliegenden Erfahrungen zu verschleifen: der fast aussichtslose Kampf gegen die technologischen Großprojekte; die noch ungeahnten Gefährdungen der alltäglichen Lebensgrundlagen; die wachsende Entmächtigung der Subjekte gegenüber dem sich neu formierenden bürokratisch-wissenschaftlich-industriellen Komplex; die Weigerung von Staat und großen Teilen der Gesellschaft, sich radikal auf die neue Krisensituation einzustellen.

Im *Krisenbewußtsein der permanenten Gefährdung* formulierte sich das Wissen, daß nicht nur der soziale Zusammenhang prekär geworden ist - was gewöhnlich unter Enttraditionalisierung oder Individualisierung sozialwissenschaftlich notiert wird -, sondern daß auch die 'Naturbasis' als 'äußere Natur' (»Umwelt«) und die persönlichen Sinneswahrnehmungen - die 'innere Natur' und damit der eigene Körper - einem ungewissen Veränderungsprozeß ausgesetzt sind. Dessen Gefahren können gerade nicht mehr individuell vorgestellt und sinnlich erfahrbar werden - und zunehmend weder 'ideologisch' bearbeitet, noch durch (natur-)wissenschaftliche Experten verbindlich antizipiert werden.

Hinzu kam das Bewußtsein, daß diese Veränderungen sich nicht mehr, einem Naturereignis gleich, 'plötzlich' vollziehen müssen - um sich dann auf einem neuen Niveau zu stabilisieren -, sondern sich innerhalb des dynamisierten Veränderungsprozesses 'schleichend' vollziehen können und - alle Bereiche der Gesellschaft und des individuellen Lebens erfassend - dauerhaft wirken.

Krisen der Erfahrung und der Identität

Wie in einer Analogie zu der Verdopplung der Krisenphänomene in ein gleichsam überdeterminiertes, konkretes Einzelereignis einerseits und in lediglich ein Moment der zivilisatorischen Gesamttendenz andererseits, wurden nun im Krisendiskurs zwei anfänglich getrennte Momente zunehmend synchron: die in der Studentenbewegung versuchte *Universalisierung von Erfahrung* mittels theoretischer Allgemeinbegriffe und die seit Mitte der siebziger Jahre zunehmende *Partikularisierung von Erfahrung*. Der »Erfahrung von Erfahrungsverlust«, von Erfahrungslosigkeit und dem damit einhergehenden und als bedrohlich wahrgenommenen Verlust von vertrauten Bedingungen des Alltagshandelns und politischen Handelns - auch von Theoriebildung - wurde selbst der Status einer universellen - und damit

universalisierbaren - Erfahrung zugeschrieben, die alle Bereiche und Schichten der Gesellschaft berührt und zu durchdringen beginnt.

In diesem Kontext aktualisierten sich die Bedeutungsgehalte von Krise als heilsgeschichtlichem Ereignis, als konkretes Prozeßmoment des gesellschaftlichen 'Wandels' (der individuellen Entwicklung) und als »Strukturbruch« zu einer neuen Gegenwartserfahrung.* Diese neue, »reflexive Erfahrung« ist in sich gespalten und berührt den Kern der Krise des Politischen:

- Gegenüber dem totalisierenden Moment der 'Realphänomene', der potentiellen Selbstzerstörung als eine 'eingriffsbezogene Nebenfolge' des kapitalistischen Produktivismus müssen die alltäglichen Maßnahmen und die konkreten politischen Protest- und Konfliktformen 'unterschwellig', partikular bleiben - und bleiben doch die Voraussetzung für politisch-praktisches Handeln.
- Umgekehrt überschreiten diejenigen Momente dieser Politik, die sich auf eben dieses Totalitätsmoment bezieht, die Politizität der Einzelereignisse und Probleme hin auf den metapolitischen Bereich einer Zivilisationskritik - sie werden 'überschwellig' - und bleiben darin doch an die je einzelnen, konkreten Ereignisse zurückgebunden.

Der dadurch ausgelöste 'Verfall' an Erfahrungsdichte als subjektiver Spiegel der gesellschaftlichen Entmächtigung der Subjekte gegenüber ihrem eigenen Lebensprozeß, und die Veränderung (als gleichzeitiges Schwinden und Entgrenzen) des Politischen und der Verlust von konsistenten Sinnentwürfen führte auch zu Veränderungen des gesellschaftlichen (und individuellen) Unterscheidungsvermögens:

Die individuelle Erfahrungsstruktur ist mit der Zeit- und Raumdimension der globalen Gefährdungen überfordert; die Auflösung des vertrauten Raum-Zeit-Vorstellungsvermögens - durch die technischen Reproduktionsmedien der Massenkultur längst eingeleitet - verschärft sich, die tradierten Wirklichkeitskonstruktionen (Unterscheidung von Ursache und Wirkung, von Realität und Imagination, von faktischer Materialität und sozialer Konstitution, von Simulation und Authentizität) beginnen sich technologisch aufzulösen. Die Binnengrenzen zwischen Psyche und Privatheit, zwischen Politik und Öffentlichkeit verschwimmen, und die Objekte der Wahrnehmung lösen sich von den subjektiven Deutungsprozessen auf eine bedrohliche Weise ab. Die an die Stelle von Einheitsvorstellungen von der

* Der Totalisierung der Realphänomene entspricht die Globalisierung in der subjektiven Krisenwahrnehmung. Es kann »jede/n« treffen und an »jedem« Ort.

Gesellschaft und der Natur getretene »Vielfalt der Kulturen und Naturen« läßt nun das eigene 'Selbst' zu der Instanz werden, vor der alles gleich-gültig wird, der aber die Erfahrbarkeit eines 'Anderen' verloren zu gehen droht, durch die erst ein »Ich« hätte noch 'Sich-Seiner-Selbst' vergewissern können.

Verstärkt durch die einsetzende (Selbst-)Kritik an den Nach-'68er-Theoremen/Ideologemen' wurden nun auf Seiten der politischen Akteure die bisher gültigen Schemata politischer und theoretischer Unterscheidungen revidiert, eine Revision, die - obwohl im Kern kritisch angelegt - selbst sämtliche Kriterien der Unterscheidung aufzulösen begann. Darin waren sie der postmodernen Vernunftkritik ähnlich, die versucht, die klassischen Grenzziehungen zwischen Politik und Privatheit, Gesellschaft und Natur, Subjekt und Objekt, Vernunft und Sinnlichkeit aufzuheben oder zu verwischen, ohne sich noch (neuer) Kriterien versichern zu können, ohne die aber die (Selbst-)Verunsicherung 'auf Dauer gestellt' und oft nur noch zynisch aufzufangen war.

An diesem »Sprachverlust an (Welt-) Erfahrung« brechen sich die in den sozialen Bewegungen virulenten Konzepte von politischer Identität, die von dem Zusammenhang von individueller Entwicklung (Subjektivität) und der Veränderung der gesellschaftlichen 'Umgebung', in der sich Subjektivierungsprozesse abspielen, geprägt waren.

Vor dem Hintergrund des bedrohlichen Auseinanderfallens von Subjekt-Entwürfen und gesellschaftsverändernden Konzepten stellt sich die später so häufig psychologisierend beschworene »Identitätsfrage«: und zwar an den Grenzen zwischen der Politisierung von Individuationsprozessen und der Psychologisierung von Politik und sozialen Prozessen; an den Grenzen von gesellschaftlichen Zuschreibungen in Deutungsmustern und der bewußten Aneignung von gesellschaftlichem Ausdrucksvermögen und neuen Handlungsperspektiven, von (sub-)kulturellen Milieus und neuen Subjektentwürfen, von Sozialität und Körperlichkeit, sozialem und biologischem Geschlecht.

An Stelle der, diese Grenzüberschreitungen thematisierenden und zur Seite möglicher Identitätsbilder offenen Frage: *Wer bin ich*, tritt die auf vorgegebene Identitätsbilder fixierte *Suche, so zu werden, wie ich sein soll*.

Die Politizität dieser Identitätskrisen wurde durch diese bedeutsame Verschiebung der in dem neuen Normalitätsverständnis aufgebrochenen »Fragen« nach Identität« zur *Identitätssuche* blockiert (vgl. Brückner 1978a:

39ff.); eine Blockierung, die sich mit der Durchsetzung einer sozialwissenschaftlichen Identitätssemantik im politischen Krisendiskurs verfestigt hat. Die Erfahrung der Grenzverschiebungen wird unter der Hand zu einem grenzsichemden Prozeß der Ausgrenzung dessen, was sich in die gesellschaftlich (vor-)produzierten Identitätsbilder nicht einfügen läßt und bereitet so die Kulturalisierung der Sprache des Politischen vor, die später in Wertewandel- und Lebensstil-Konzepten theoretisiert werden wird.

Je mehr eine verhaltenssichernde Objektivität und die sie verbürgenden Einheitsbegriffe schwinden, desto stärker wird Identität reklamiert. Identität wird gleichsam zu einem Fetisch, dem nachzujagen es verhindert, in der Erfahrung der Unfähigkeit, 'Identität' noch verbindlich auslegen zu können, ein Bewußtsein von einer, der gegenwärtigen Krise angemessenen »Schwellenerfahrung« in seiner Ambivalenz ausbilden zu können. Identität wird zum Gegenbegriff von Krise.

Denn während das Bewußtsein von Krisen immer wieder den Versuch ermöglicht, die gegenständlich-sinnlichen Momente (»Natur«, »Subjektivität«) gegen ihre Vereinnahmung im Vergesellschaftungsprozeß zur Sprache zu bringen, wird in den Identitätssemantiken das, was in dem positivierten Identitätsbegriff nicht aufgeht, abgespalten und entthematziert. Aus dem Reservoir der abgespaltenen, frei flottierenden Bilder, Ängste und Wünsche können nun andere Objekte und Themen gespeist und mit den abgespaltenen Bedeutungen aufgeladen werden. Dem Bewußtsein der Subjekte nicht mehr zugänglich, wirken sie auf die neuen Objekte und Themen zurück und tragen als Elemente einer 'Meta-Sprache' zur Entstehung der neuen Mythen - etwa im New Age - und zu Quasi-Ideologien eines Öko-Katastrophismus bei.

In der Überblendung von Krisenerfahrungen in Identitätssemantiken werden die Erfahrungen der ökologischen Krise entschärft und zugleich symbolisch überhöht: der Zusammenhang von Krise und Kritik verschwimmt, er wird unsichtbarer und trotzdem verdichtet er sich. Dieser Abstraktionsprozeß von Erfahrung - verstärkt durch die »Angst aus der Welt herauszufallen« - führt dann dazu, sich des gesellschaftlichen Zusammenhangs auf neue Weise, in neuen Bildern und Sinnzusammenhängen zu versichern.

Hier zeigen sich die Möglichkeiten sowie die Grenzen und Blockaden des politischen Krisendiskurses. Er öffnet sich für die Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse und der Krise des gesellschaftlichen Hand-

lungsvermögens, stößt aber dort an seine Grenzen, wo die aufgebrochenen Ängste und Wünsche auf ihre inszenierte Re-Integration stoßen, und zwar in selbst neuen Formen technologischer und kulturindustrieller Modellierungen des Zusammenhanges von Gesellschaft, Natur und Individuum. Beide Tendenzen lassen sich am ökologischen Krisendiskurs weiterverfolgen.

Aber ehe der Faden dieser Überlegungen dort wieder aufgenommen wird, soll nun etwas ausführlicher dargestellt werden, was unter diesen beiden Begriffen - die Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse und die Krise des gesellschaftlichen Handlungsvermögens - verstanden werden soll.

4. Die Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse und die Veränderung des Politischen

Die ökologische Krise als Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse

Zwischen 'Gesellschaft' und 'Natur' zu unterscheiden gilt als Kennzeichen der 'Moderne'; die »Konfusion zwischen Natur und Kultur« (Habermas 1981: 79), die ungenügende »kategoriale Entkopplung von Natur und Kultur« (ebd.: 83) erscheint im Licht der kommunikativen Vernunft als zentrales Merkmal eines vor-rationalen mythischen Weltverständnisses. Nun schwimmt aber im ökologischen Diskurs auf erstaunliche Weise die Differenz zwischen Natur und Gesellschaft, »Natur und Kultur werden auf dieselbe Ebene projiziert« (ebd.: 78) - ebenso wie im mythischen Weltverständnis. Ist im ökologischen Krisendiskurs Aufklärung endgültig in Mythos zurückgeschlagen?

'Natur' und 'Kultur' sind zunächst einmal Kategorien des *Weltverständnisses*, Gebietskategorien (Bloch), mit denen als verschieden erfahrene Weltbereiche unterschieden und erschlossen werden. Sie gliedern ein Zusammenhängendes und machen damit den Zusammenhang erst denkbar, denkbar als ein besonderes *Weltverhältnis*. Im ökologischen Krisendiskurs finden sich immer wieder Hinweise auf den jüdisch-christlichen Traditionszusammenhang, worin mit der biblischen Vorstellung des »dominium terrae« ein menschlicher Herrschaftsauftrag begründet wird, in dem die Menschen aus der übrigen Schöpfung herausgehoben, von ihr getrennt und ihr gegenüber gestellt werden. Die 'Natur' erscheint in dieser Perspektive als Rohstoff, als Objekt, als Mittel für menschliche Zwecke; die vollendete *Naturbeherrschung* wäre dann der Ausdruck vollendeter Rationalität (vgl. Fetscher 1983: bes. 83ff.). Die mit dieser Beschreibung verbundenen Kritikstrategien konzentrieren sich entsprechend auf eine Kritik der Naturbeherrschung.

In der Formulierung der ökologischen Krise als 'Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse' wird demgegenüber als Krisenstruktur der *Zusammenhang* von materialen Naturbeziehungen mit den symbolischen Formen, in denen diese materialen Beziehung hergestellt und vorgestellt, d.h. gesellschaftlich und individuell konstruiert werden, in den Blick genommen. Krisenhaft sind nicht die einzelnen Bereiche von Gesellschaft und Natur/Umwelt, sondern die Naturverhältnisse. Folgerichtig kann auch umgekehrt der Gegenstand und das Ziel von Gesellschaftskritik nicht »die Beherrschung der Natur« sein, sondern - in den Worten Walter Benjamins - die »Beherrschung vom Verhältnis von Natur und Menschheit« (Benjamin 1955: 125).

Wie oben angedeutet, lassen sich unter gesellschaftlichen Naturverhältnissen zunächst ganz allgemein die unterschiedlichen Formen verstehen, in denen Gesellschaften in je verschiedenen Bereichen ihr Verhältnis zur Natur kulturell symbolisieren und zugleich sozial und materiell regulieren. Dabei können *basale Naturverhältnisse*, ohne deren dauerhafte soziale Regulierung das bloße Überleben menschlicher Gesellschaften gefährdet ist, von den je spezifischen (ökonomischen, sozialen, politischen, wissenschaftlichen, ästhetischen, sexuellen) *Formen* der Symbolisierung und Regulierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse unterschieden werden. Zu den *basalen Naturverhältnissen* gehören etwa Ernährung, Sicherung der Gesundheit, Fortpflanzung, Arbeit, Fortbewegung, Regelung des Verhältnisses zwischen den Generationen und Geschlechtern.

In den gesellschaftlichen Naturverhältnissen wird 'Natur' materiell und symbolisch angeeignet und dabei zugleich als 'Natur für uns' konstituiert; in diesen sich historisch verändernden Verhältnissen ist zugleich die »menschliche Geschichte der Natur« (Moscovici) angelegt. In dieser Perspektive lösen sich 'Natur' und 'Gesellschaft' als Ursprungskategorien auf - Natur und Gesellschaft werden zu Differenzkategorien innerhalb der 'menschlichen Geschichte der Natur'.

In einer umfangreichen Studie (Moscovici 1982) unterscheidet Moscovici innerhalb der 'menschlichen Geschichte der Natur' drei Naturzustände, den organischen, mechanischen und kybernetischen Naturzustand. Darin sind soziale Herrschaft, Arbeit/Arbeitsteilung und Wissenschaft Ausdruck und Teil der je spezifischen Organisation der materiellen Grundlagen der Gesellschaften, als Herstellung (»Schöpfung«) ihres eigenen Naturzustandes. Den Naturzuständen entsprechen Stufen der »natürlichen (Arbeits-)

Teilung« - in Sammler, Jäger, Bauern, Handwerker, Ingenieure -, die entlang der je gesellschaftlich neu 'erzeugten' Fähigkeiten und Fertigkeiten definiert werden können.*

In der Neuzeit, vor allem mit dem Entstehen des »kybernetischen Naturzustandes«, wird die Geschichte der Natur mehr und mehr von den modernen Naturwissenschaften bestimmt. In ihnen wird 'Natur' als reines Objekt entworfen, im Experiment verfügbar gemacht, in Teilen isoliert und in Prozessen optimiert. Kurz: Die modernen Naturwissenschaften rekonstruieren die 'Natur' in einer Serie von Maschinenmodellen und schaffen damit zugleich die Voraussetzungen für eine immer komplexere und durchgreifendere Technik. Die gesellschaftlichen Naturverhältnisse, eingebunden in einen »autokatalytischen Zivilisations'fortschritt'« (S. Lém), werden zunehmend verwissenschaftlicht und technisiert.

Mit diesen Veränderungen in der Wirklichkeit verändert sich aber auch das Denken über diese Wirklichkeit, also die gesellschaftlichen *Naturverständnisse*, die kognitiven Konstruktionen von Natur.

Das Naturproblem und die Bedeutung der Verwissenschaftlichung und Technisierung individueller und gesellschaftlicher Lebensprozesse wurden bislang im gesellschaftlichen Krisendiskurs nur dann zum Thema, wenn es als ein sozialwissenschaftliches, philosophisches oder ästhetisches Problem formulierbar war. Erst die Formulierung der Naturfrage als ökologisches Problem der Gesellschaft war ein erster, weiterreichender Schritt, den Krisendiskurs auf die Frage nach den gesellschaftlichen Naturverhältnisse selbst zu öffnen.

Wenn nun die Thematisierung der Naturverhältnisse mit 'Ökologie' verknüpft wird, so wird damit zunächst auf eine (selbst naturwissenschaftliche) Konzeption zurückgegriffen, mit der versucht wird, biologische Zusammenhänge zu begreifen, einzelne Naturausschnitte als sich entwickelnde Reproduktionszusammenhänge in einer je 'spezifischen' Umwelt zu erfassen. Als Naturwissenschaft versucht die Ökologie sowohl theoretisch als auch methodisch sich am Erkenntnisfortschritt in anderen naturwissen-

* Das Buch von Moscovici, in Frankreich bereits 1968 (!) erschienen, hat bis heute kaum eine der Thematik entsprechende Resonanz gefunden. Das mag auch damit zusammenhängen, daß sozialwissenschaftlich die gesellschaftlichen Naturverhältnisse bis heute kaum reflektiert wurden. Eine Ausnahme ist K. Eder (1988), der sich stark auf Moscovici stützt. Allerdings verliert Eder sich in dem unproduktiven, kommunikationstheoretisch orientierten Versuch, den Gegensatz von utilitaristischer und praktischer Vernunft, der nach Eder die gesellschaftlichen Naturverhältnisse bestimmt, herauszuarbeiten.

schaftlichen Disziplinen zu orientieren (vgl. Öchsle 1988, 147ff.). Sie transformiert sich dabei immer mehr in eine »Öko-Systemforschung«, in der Naturzusammenhänge als systemische konzeptualisiert werden. Zugleich überschreitet die naturwissenschaftliche Ökologie aber die Grenzen zwischen 'Natur' und 'Gesellschaft', indem sie gesellschaftliche Lebenszusammenhänge in den ökologischen Gegenstandsbereich einbezieht und in gewisser Weise eine 'naturalisierte Gesellschaft' mit ihren naturwissenschaftlichen Denkmitteln und Analysetechniken behandelt. Dieser begriffsgeschichtlich eingebaute Naturalismus bleibt im Ökologiebegriff immer virulent.

Indem nun aus solchen naturwissenschaftlichen Diagnosen Konsequenzen für gesellschaftliches Handeln gezogen werden (vom Umweltschutz bis zur ökologischen Modernisierung der Industriegesellschaften) politisiert sich der Ökologiebegriff. Er wird zu einer schillernden *Delegitimationsmetapher* der herrschenden, hegemonialen Naturverhältnisse, des Statusquo der technisch-industriellen Entwicklung. In ökologischer Perspektive erscheinen sowohl die verwissenschaftlichten und technischen Naturbeziehungen als auch das naturwissenschaftlich-technische Naturverständnis als krisenhaft und der (autokatalytische) Fortschrittsprozess als selbstdestruktiv. Ökologie als Kritik und als Chiffre für ein 'anderes' Verhältnis der Menschen zur Natur wie für ein anderes Naturverständnis fallen in den Anfängen noch zusammen.

In dem Maße, wie der Krisendiskurs 'ökologisiert' wird, löst sich diese Mehrdeutigkeit in unterschiedliche Deutungsmuster auf. Einmal wird der Ökologiebegriff erneut wissenschaftlich aufgeladen (durch moderne Auto-poiesislehren, durch systemtheoretische Elemente, durch einen kulturtheoretischen Kontextualismus, durch Evolutionstheorien). In wechselnden Schüben der Popularisierung - gebündelt z.B. in der sogenannten New-Age-Literatur und in neuen ganzheitlichen Einheitskonzepten - kann dieser *holistische Ökologiebegriff* dann erneut eine politische Wirkung entfalten - etwa im Bereich metapolitischer oder spiritueller Subkulturen oder innerhalb der Grünen. Oder er dient - zu einer neuen, ganzheitlichen Wissenschaft positiviert - der (Re-)Legitimation neuer 'vernetzter', sanfter Technologien, neuer Öko-Techniken und 'postindustrieller', 'naturverträglicher' Produktionsverfahren (*kybernetischer Ökologiebegriff*).

Mit diesen systemischen Konzeptionen kann man sich aber kaum noch kritisch auf die neuen, technisch-wissenschaftlich erzeugten Naturverhält-

nisse beziehen, wie sie etwa in der synthetischen Chemie, der Gen- und Biotechnologie, der KI-Forschung vorbereitet werden. Denn unter der Hand werden in beiden Fällen die adaptierten naturwissenschaftlichen Konzepte - etwa der Thermodynamik, der Informationstheorie und der Theorien der offenen Systeme - in Gesellschaftsmetaphern überführt, die Differenz zwischen Natur und Gesellschaft als System-Umwelt-Differenzen konzeptualisiert und damit entproblematisiert.

In Teilen der Ökologiebewegung hat sich - ausgehend von den Ansätzen zu einer politischen Ökologie (vor allem von Ivan Illich [vgl. Illich 1975, 1978] und Andre Gorz [vgl. Gorz 1977 u. 1980]) - neben dem holistischen und kybernetischen Ökologiebegriff auch ein *kritischer Begriff von Ökologie* entwickelt. Diesem Verständnis nach zielt Ökologie nicht nur auf die Frage nach dem gesellschaftlichen Naturbezug, sondern 'Ökologie' wird auch zu einer Reflexionskategorie der neuen Kooperations- und Kombinationsformen der gesellschaftlichen (kapitalistischen und geschlechtsspezifischen) Arbeit und Arbeitsteilung, die gegenwärtig sich mit der Durchsetzung der neuen Technologien ausbilden.

Hier wird mit der Rede von der ökologischen Krise mehr gemeint als das Absterben der Wälder, die Verschmutzung der Luft und des Wassers, die Zerstörung des Erdklimas: also die Gefährdung der natürlichen Umwelt und der naturalen Lebensgrundlagen der menschlichen Gesellschaft. Die Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse wurde tiefer gelegt und auf die *zukünftige Entwicklung* ausgedehnt: auf den Zusammenhang zwischen technischer Naturaneignung, der Biotechnologisierung von Körper und sinnlicher Wahrnehmung, der Automatisierung der Produktion und der sozialen und individuellen Disziplinierung - etwa am Beispiel der Medizin, der Erziehung und Ausbildung, der geschlechtlichen Reproduktion oder der Organisation der Arbeit.

Die aus der Systemtheorie entlehnten Beschreibungen der ökologischen Krise in den sozialwissenschaftlichen Krisentheorien als Ungleichgewichte in Ökosystemen, als Störung ökologischer Kreisläufe, als mangelnde ökologische Stabilität oder als Ressourcenproblem: d.h. ihre Formulierung in quantitativen Wachstums- oder Gleichgewichtsbegriffen greifen demgegenüber zu kurz; ebenso wie die Ausarbeitung eines ökologischen 'Wertesystems' oder einer Öko-Ethik.

Denn weniger scheinen die (Selbst-)Steuerungsfähigkeit der Gesellschaft, die ökologischen Gleichgewichte oder die Stabilität von Ökosyste-

men *gestört* zu sein, als daß die biologischen Voraussetzungen von gesellschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten überhaupt, von »Zukunft«, die wechselseitig abhängige Reproduktion von Individuum, Gesellschaft und Natur *zerstört* werden.

In religiös-fundamentalistischen Varianten des ökologischen Krisendiskurses steigert sich diese Diagnose zu Bildern, in denen die Möglichkeit der Totalkatastrophe und die der radikalen Erneuerung zusammengezogen sind; Bilder eines Schwebestands zwischen Katastrophe und Heil, Tod und Wiedergeburt, Gewalt und Befreiung.

Unübersehbar ist die biologische Einfärbung dieser Bilder: Aus einer Krise vermag ein Organismus gestärkt und »gesundet« hervorzugehen, kann also in einen Zustand zurückgehen, wie er vor der Krise schon einmal bestanden hat. Es besteht aber auch immer die Möglichkeit des tödlichen Ausganges, der Zerstörung des Organismus. Denkmöglich ist aber auch, daß sich eine Gattung dadurch von der Krise befreit, daß sie in einen evolutionsgeschichtlich früheren Zustand zurückfällt - denkmöglich, aber wenig wahrscheinlich, da es kaum möglich scheint, durch Mutationen einen Zustand wieder zu erreichen, der schon einmal durchlaufen wurde.

In diesen Bildern kommt in mythologischer Form etwas zum Ausdruck, was gerade in der sozialwissenschaftlich fundierten Rede von der zukunfts-offenen, von »Chancen« und »Risiken« geprägten postindustriellen Gesellschaft beharrlich ausgeblendet wird: der *katastrophische Kern* des zeitgenössischen Bewußtseins.

Dieser Kern bildet gleichsam das implizite Zentrum, um das herum die verschiedenen Krisendiagnosen gruppiert sind. In diesem Kern verschmilzt das objektivierte Wissen um die Nichtausschließbarkeit einer realen globalen Katastrophe mit den subjektiven Ängsten, unverarbeiteten Erinnerungen und "überschwelligen" Projektionen, die im herrschenden Diskurs um die »technisch industrielle Zivilisation« abgespalten und um ihren sprachlichen Ausdruck gebracht werden. Das Ensemble der technisch-wissenschaftlichen Fixierungen (und Veränderungen) der Differenz zwischen Natur und Gesellschaft bildet gleichsam einen neuen »technologischen Schleier« (Adorno/Horkheimer), der sich vor eine 'unideologische' Wahrnehmung und Kritik der damit einhergehenden sozialen Herrschaftsformen legt.

In diesem Verschmelzungsprozess verbinden und verstärken sich die Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse und die Krise des Politischen

und der Politik zu einer umfassenden Krise des gesellschaftlichen Handlungsvermögens.

Die Krise des Politischen

Der historische Ort der Krise des Politischen und des traditionellen Verständnisses von Politik liegt vor der Thematisierung der ökologischen Krise. In das gegenwärtige Krisenbewußtsein sind die Erfahrung der beiden Weltkriege, von Faschismus und Stalinismus eingelassen. Wie problematisch und projektiv, ja falsch die Rede von dem »atomaren« oder ökologischen Holocaust« auch ist: daß diese Metaphern des Katastrophismus sich im öffentlichen Sprachgebrauch haben behaupten können, zeigt, daß in der Wahrnehmung und Bearbeitung der ökologischen Krise an diese historischen Erfahrungen, wenn auch auf eine zumal in Deutschland irritierende Weise, angeknüpft wird. In der Aktualisierung dieser historischen Erfahrungen manifestiert sich auch, was auf dem Hintergrund dieser Erfahrungen bereits früher als 'Krise der Politik' notiert worden ist.

Zum Begriff des Politischen

Einer Einteilung Dolf Sternbergers folgend (Sternberger 1978; vgl. auch Fetscher/Münckler 1985: 14ff.) läßt sich der Begriff des Politischen aus drei Wurzeln rekonstruieren:

- aus einem aristotelischen Begriff als der Begründung einer politischen Bürgerschaft, die den Staat bildet;
- aus einem macchiavellistischen, der das Politische als Herrschaftskunstlehre entwirft;
- aus einem augustinischen, dem Urbild gleichsam einer politischen Eschatologie.

Vereinfachend kann gesagt werden, daß diesen Politikbegriffen unterschiedliche politische Leitideen entsprechen: die Idee der Partizipation in einer Gemeinschaft der Gleichen, die Idee von politischem Handeln als staatlichem Souveränitätshandeln und die Idee von Politik als einer Utopie der (kollektiven) Fähigkeit zum geschichtlichen Subjektentwurf.

Ohne auf den Versuch Sternbergers weiter einzugehen, vor diesem Hintergrund einen zeitgemäßen »wahren« Begriff des Politischen noch begründen zu wollen, lassen sich nun anhand dieser Unterteilung Ansätze in der politischen Theoriebildung beschreiben, die schon vor der Thematisierung der ökologischen Krise das Schwinden des Politischen als Schwinden

gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit in den genannten Bezügen herrschaftlicher Souveränität (C. Schmitt), demokratischer Partizipation (H. Arendt) und revolutionärer Subjektivität (H. Marcuse) diagnostiziert haben.

Seine »Theorie des Partisanen« - als Zwischenbemerkung zum Begriff des Politischen konzipiert (Schmitt 1975) - hat Carl Schmitt mit all jenen ideologischen Implikationen belastet, die seine Theorie des Politischen generell kennzeichnen: mit der These vom Primat der Bewahrung der Souveränität in geopolitischen Kategorien und der politisch-anthropologischen Unabdingbarkeit von Feindschaft. Dem Traditionsstrang politischer Theorie verbunden, der »Souveränität« am Kriegsfall - als dem sie beweisenden Ausnahmefall - bemißt und dessen Hegung und Regulierung sucht, will die Theorie des Partisanen im Dienste einer Grenzziehung zwischen Krieg und Verbrechen im technologischen Staat des nuklearen Zeitalters verstanden sein. Doch gerade in der Durchführung der Analyse und als Parteigänger einer (geo-)politischen Souveränität hat Schmitt die substantielle Auflösung des geopolitischen Paradigmas nationalstaatlicher Souveränität verzeichnet.

Wie auf der einen Seite der absolute, die Selbstvernichtung einschließende Charakter des atomaren Potentials über die territoriale Entgrenzung hinaus die Bedingungen staatlicher Souveränität im Kern trifft, indem er deren politischen Beweis im militärischen Einzelfall verunmöglicht; wie er schon aus technischen Gründen die Tendenz einschließt, politische Unterscheidungen hinfällig und den Feind zum »absoluten« Feind zu machen, so kann auf der anderen Seite der Partisan gerade in seinem historischen Wandel von einer »tellurischen Figur« zum »entorteten«, hochtechnisierten »Industrie-Partisanen« inmitten seiner wachsenden Abhängigkeiten von technisch-ökonomischer Unterstützung durch (para-)staatliche Drittmächte und aufgrund der Internalisierung von Konflikten zur Schlüsselfigur einer Darstellung des schleichenden Zusammenbruchs nationalstaatlicher Souveränität werden.

Dessen Symptome sind in der Trennung der Konfliktorte und der Orte ihrer Austragung, wie sie heute der internationale Terrorismus unter Beweis stellt, genauso zu sehen wie im Ausfall der klassischen politischen Regulierung, der Unterscheidung von Krieg und Frieden - soweit nicht versucht wird, diese Unterscheidung in einer neuen Phase der »Landnahme« im Weltall wieder aufzurichten. Und die Beispiele für die »Übergangs- und Zwischenbildungen« zwischen »offenem Krieg und wirklichem Frieden«

wachsen weltweit an. Sie bezeugen, daß die national-staatlichen Mächte nur noch die Macht zu haben scheinen, »ein Feld politischer Instabilität zu eröffnen, eine Art Kriegszustand ohne Ende, und zwar nicht infolge irgendeines Willens zur Macht, sondern aus einer 'transpolitischen' Ohnmacht, die zum Dauerzustand geworden ist.« (Virilio 1987: 81)

Aus einer entgegengesetzten Perspektive stellt Hannah Arendt die Frage nach Bedingungen und Möglichkeiten politischen Handelns als politische Partizipation. Falsch wäre es, in ihren Studien zum Totalitarismus nur Analysen des Extremfalls und nicht die dahinterstehende Regel zu sehen. Sie sieht das totalitären und nichttotalitären Gesellschaften gemeinsame Phänomen in der »politischen Massenapathie«. Die »Weltlosigkeit« der modernen Massen, einhergehend mit dem weitgehenden Verlust der autonomen politischen Gestaltung, war die phänomenologische Einsatzstelle ihrer Rekonstruktion des Schwindens einer emphatisch als Praxis verstehbaren Politik. Sie interpretiert die Enttraditionalisierung der Gesellschaften und der sozialen Synthesis (»Vergesellschaftung«) als Entsozialisierung und Entpolitisierung; was Weber das »Gehäuse der Hörigkeit« der bürokratisch und technisch rationalisierten Welt nennt, hat Arendt als verselbständigte »Niemandsherrschaft« aufgefaßt, als ein fatales Jenseits zu politischer Entscheidungsmacht und Verantwortlichkeit. Und auch wo sich an dem Begriff der Macht als der Erzeugung des wirklichen Gemeinwesens durch öffentliches Handeln und Gespräch der Abstand zur souveränitätsbezogenen Tradition politischer Theorie erkennen läßt, da hat Hannah Arendt zuletzt doch gemeinsam mit dieser Tradition die Absorption von Handlungsfähigkeiten durch die Macht der Technologie, in ihren Worten, »die Ohnmacht der Macht«, festgehalten. »Wenn Macht im Unterschied zum bloßen Können meint: wir-wollen-und-wir-können, dann liegt in der heutigen sich ständig noch steigenden Macht der Menschen auf der Erde ein seltsames Element der Ohnmacht; denn der Fortschritt der Wissenschaft ist von dem, was wir wollen, fast unabhängig geworden; seine Rasanz ist, wie die Wissenschaftler uns immer wieder erklären, nicht mehr zu stoppen, sowenig wie die scheinbar unaufhaltsame Entwicklung der Technik. Der Fortschritt folgt seinen eigenen unerbittlichen Gesetzen und zwingt uns, ohne Rücksicht auf die Folgen zu tun, was immer wir tun können.« (H. Arendt 1970: 86)

Es war schließlich Herbert Marcuse, der für die »Abriegelung des Politischen« durch Technik, Technologie und Wissenschaft eine systematische,

gesellschaftstheoretische Begründung suchte. Wenn seit Hegel die Arbeit als Verwirklichung der geschichtsmächtigen Subjektivität der Gattung, seit Marx die Dialektik der Arbeit zudem als Basis und Substanz der Überwindung kapitalistischer Produktionsweise galt, dann zielt Marcuses Untersuchung der »eindimensionalen« Gesellschaft auf das Verschwinden geschichtsmächtiger und -transzendierender Subjektivität, auf eine Analyse jener Phänomene, die in den zur gleichen Zeit entstehenden Technokratietheorien Ausdruck finden. Marcuse zeigt, daß die bürokratisch-rationalisierte Verwaltung, in die Politik überzugehen droht, sich beliebigen irrationalen Zwecken unterwerfen kann, die Max Weber durch die Figur des »Charismas« eines Führers ein letztes Mal zu rationalisieren versuchte. (Marcuse 1965: 107ff.)

Unter dem ideologischen Schleier der Neutralität technischer Rationalität enthüllt Marcuse deren gesellschaftliches Wesen: die immanente Tendenz zur Universalisierung von Beherrschung und Kontrolle, zu jener alles durchdringenden Instrumentalität, die die bürgerliche Gesellschaft und die durch sie organisierte Arbeit als 'Herrschaft' über Menschen und 'Unterwerfung' der Natur zu entwickeln trachtet. Sie ist vergegenständlicht in Technik und ihrem Schein bloßer Dinglichkeit und in doppelbödigem Wortsinn »rationalisiert« im »sachlichen« Anschein der Technologie. Mag Marcuse auch den Zusammenhang von (natur-)wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Rationalität nicht aufgeschlüsselt haben, ihren gemeinsamen Instrumentalismus, der sich in der wissenschaftlich-technologischen Welt ja praktisch bewahrheitet, hat er doch überzeugend anvisiert: als die »immanente Grenze der etablierten Wissenschaft und wissenschaftlichen Methode, auf Grund deren diese die herrschende Lebenswelt erweitern, rationalisieren und sicherstellen, ohne ihre Seinsstruktur zu ändern - das heißt, ohne eine qualitativ neue Sichtweise und qualitativ neue Beziehungen zwischen den Menschen und zwischen Mensch und Natur ins Auge zu fassen« (Marcuse 1967: 179).

Historische Realität waren diese, aus unterschiedlichen Perspektiven umrissenen Veränderungen des Politischen im Übergang einer sich auf das »Charisma« des Führers berufenden Politik in Krieg und Völkermord und in einer technisch-militärischen Entwicklung geworden, die seit Hiroshima dazu zwingt, in der »legitimen« Selbstverteidigung des Staates zugleich die (Selbst-)Vernichtung der Menschheit mitzudenken.

Ein Teil der politischen Theoriebildung nach 1945 hat versucht, diese Erfahrungen dadurch zu verarbeiten, daß im bewußten Verzicht auf normative Begründungen ein rein funktionaler, instrumenteller (später systemischer) Politikbegriff konzipiert wurde. Wo Politik explizit instrumentell, als reines Mittel bestimmt wird, knüpft die Definition an die »macchiavellistische Wurzel« des Politischen an, jedoch wird die Bindung an einen - Ordnung setzenden - »Souverän« jetzt aufgegeben. Politik wird zur Technik des effektiven Einsatzes von Mitteln, während die Dimension der Zwecksetzung zugunsten eines nicht näher definierten 'Status-quo' ausgeblendet wird.

Politische Herrschaft, so zum Beispiel Schelskys Kernthese aus den frühen 60er Jahren, geht über in die wissenschaftlich angeleitete Exekution von Sachzwängen (vgl. etwa Schelsky 1961: 22ff.). Aus der These vom Souveränitätsverlust zieht Schelsky die Konsequenz: Politik besteht nicht mehr in der souveränen Setzung der Zwecke, sondern nur noch in der funktional adäquaten Anwendung der Mittel. Doch was Schmitt als Verlust beklagt, wird für Schelsky zur Quelle einer neuen, relativen Souveränität: Durch den bewußten Verzicht auf die Definition politischer Ziele zwingt der Staat der Gesellschaft den »technischen Sachzwang« als Gesetz ihres Handelns auf.

Staatliche Politik wird so wieder souverän, wenn auch nur in bezug auf die Gesellschaft, die dem »Sachzwang der vielfachen Techniken, mit denen der Staat sich heute verwirklicht«, unterworfen ist: Politik wird zur »Technik«, zur rationalen Verwaltung.

Doch selbst das Scheitern eines derart instrumentell ausgedünnten Politikbegriffs ist in den Ambivalenzen von Max Webers Theorie der rationalen Herrschaft bereits in »klassischer« Form antizipiert, denn auch die wissenschaftlich-bürokratische Verwaltung des Apparats als reines Mittel bleibt »Mittel zu einem Zweck außerhalb« (Marcuse).

Damit ist eine Tendenz zur Willkür innerhalb funktional-rationaler Herrschaft angesprochen, der auch »moderne politische Systeme« unterliegen. Nur tritt die Willkür an die Spitze der politischen Hierarchie nicht mehr in der Person des Führers auf, sondern in der Abschottung und selbstreferentiellen Schließung des politischen Systems zu einer 'Pseudo-Subjektivität zweiter Ordnung': Herrschaft wird anonym und sprachlos.

Die ideologischen Entnennungen von gesellschaftlichen Herrschaftsprozessen und die politische Sprachlosigkeit gegenüber den gesellschaftlichen

Veränderungen werden in der ökologischen Krise von zwei Seiten aufgebrochen und radikalisiert.

Der Versuch, Politik auf den Einsatz funktionaler Mittel zu beschränken, muß angesichts der neuartigen, über die Grenzen von 'Gesellschaft' hinausreichenden Anforderungen an staatliche Politik scheitern. Das politische System hat darauf mit einer Abkoppelung von Technik, Wissenschaft und Ökonomie reagiert; doch die parlamentarisch regulierten Entscheidungen fallen verstärkt in Abhängigkeit von technologischen und ökonomischen »Subpolitiken« (Beck).

Zugleich ist das politische System 'überlastet' durch den dadurch ausgelösten Legitimationsdruck. Es ist gezwungen, auf den öffentlichen Widerstand gegen eine Fortsetzung der 'Politik der Sachzwänge' zu reagieren.*

Damit werden nicht nur einzelne politische Themen und soziale Forderungen gesellschaftlich ausgehandelt, sondern bereits auch das, was als »politisch« gilt: *Die Definition des Politischen ist selbst ein Teil der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Konflikte; sie ist nicht mehr institutionell vorentschieden.*

Radikalisiert und aufgebrochen werden auch die politischen Strategien, die in den genannten Handlungsbezügen aus Vorstellungen der demokratischen Partizipation und politischer Subjektivität entwickelt werden. Denn die Veränderungen der gesellschaftlichen *Naturverhältnisse* und *Naturvorstellungen* greifen auch zentral die Voraussetzungen eines Gesellschaftsverständnisses an, das einen emphatisch-bürgerlichen Begriff von Demokratie noch hat tragen können (vgl. Demirovic 1987); und sie machen es kaum mehr möglich, die Utopie einer neuen, sozialistischen Gesellschaft als das Bild der reinen Negation der alten kapitalistischen Gesellschaft am geschichtlichen Horizont aufscheinen lassen.

Thematisch wird damit nicht nur die mit der Konstruktion von »Gesellschaft« gesetzte Abgrenzung von »Natur«, sondern auch das damit gesetzte Herrschaftsverhältnis nach außen und nach innen; thematisch wird auch die Tatsache, daß die gesetzte Differenz selbst problematisch ist: Das in der kulturell und technisch stabilisierten Differenz von Natur und Gesellschaft gebändigt scheinende Verhältnis lockert sich und fällt gleichsam aus dem Zusammenhang einer falschen gesellschaftlichen Totalität.

* Diese Gedanken werden in dem Kapitel über den »politisch-institutionellen Krisendiskurs« weiter ausgeführt.

Die destruktive Entfesselung in der Katastrophe wird dabei nicht mehr an eindeutig definierbare Ausnahmestände gebunden (wie etwa in einem Kriegszustand), sondern an die Normalität. Die »Gewaltförmigkeit des Zusammenhanges« (Negt/Kluge) wird durch eine neue Form von Gewalt, der Gewaltförmigkeit von Entgrenzung, Spaltung, Trennung überlagert. In diesem Prozeß, der den Kern der ökologischen Krise kennzeichnet, zerfallen immer weitere Muster gesellschaftlichen Unterscheidungsvermögens, auch die von Wissenschaft und Theoriebildung.

5. Der ökologische Krisendiskurs

»Es mögen Fische sterben oder Menschen, das Baden in Seen oder Flüssen mag Krankheiten erzeugen (...): solange darüber nicht kommuniziert wird, hat dies keine gesellschaftlichen Auswirkungen.« (Luhmann 1986: 63)

In dieser zugespitzten Formulierung offenbart sich, zu welcher eigentümlichen Konsequenz gelangt, wer mit einem rein symbolisch verfaßten Gesellschaftsbegriff die ökologische Krise diskutieren will. Diese Formulierung gibt aber auch einen Hinweis darauf, wie groß die 'Unschärfen' einer objektivierten Wirklichkeitsbeschreibung geworden sind. Objektivität und Wirklichkeit können nicht mehr als allgemein verbindlich vorgestellt werden. Was sie vorstellen, unterliegt gesellschaftlichen Herstellungsverfahren und bezieht sich auf Möglichkeitshorizonte und Mehrdeutigkeiten: sie geben sich damit als auch gesellschaftlich 'diskursiv' (hergestellt) zu erkennen.

Das Besondere an diskursiven Verständigungsprozessen ist - wie bestens zu beobachten war in der Debatte um die Kulturgesellschaft -, daß mit der Thematisierung z.B. von sozialen Phänomenen wie Arbeitslosigkeit oder neuen sozialen (ökonomischen, politischen) Abhängigkeiten, diese Phänomene auf eigenartige Weise zugleich 'irgendwie' verschwinden: sei es durch ihre diskursive Umarbeitung zu kulturellen Phänomenen - Lebensstilentscheidungen, Wertpräferenzen, usw. -, sei es durch diskursive Strategien, die auf die 'Fähigkeit zur Selbstreflexion' der 'Betroffenen' rekurrieren - zum Beispiel durch das 'freiwillige' Ausscheiden aus der Arbeitslosenstatistik, um sozialen Diskriminierungen zu entgehen.

Versuche einer solchen Problemverschiebung finden sich auch im Bereich der medialen, auf sozialpsychologische Wirkung zielenden Bearbeitung von »Umweltzerstörung« (vgl. Cramer 1989: 4ff.)¹ - ein 'Schadstoff der Woche' jagt den anderen, die Katastrophenmeldung heute läßt die von gestern in Vergessenheit geraten. Der Unterschied zwischen dem sozialen und dem ökologischen Krisendiskurs liegt aber darin, daß letzterer sich immer auch auf Störungen der materiellen 'Natur der Natur' bezieht, die durch

'soziale' - kommunikative, symbolische - Problemverschiebungs- und Kontrollstrategien nie vollständig zum Verschwinden gebracht werden können: »Bäumen fehlt es an sozialer Reflexivität« (Cramer). Genau hier irrt Luhmann, wenn er meint, 'Natur' wäre nur als soziales Phänomen für die Gesellschaft ein Problem. Die Schädigung der Waldbestände, des Klimas, des Grundwassers, der menschlichen Physis geht weiter, auch wenn darüber gesellschaftlich nicht mehr gesprochen werden sollte.

Naturale Störungen erscheinen zwar - vertreten z.B. durch die Ökologiebewegung, einzelne Initiativen oder Umweltverbände - im gesellschaftlichen Diskurs durchaus als praktische 'Teilnehmer', sie können aber nie darin aufgehen. Es bleibt immer eine diskursiv unüberholbare Differenz. Diese Differenz freilich kann (und muß) wiederum 'diskursiv' zur Sprache gebracht werden.

Krisendiskurse sind Teil und Ausdruck der Krise; je stärker naturale Prozesse in die soziale 'Wirklichkeit' eingreifen, desto mehr kann an den Begriffen und Konzepten, die diskursiv hergestellt und geformt - auch 'verbraucht' werden - zumindest indirekt abgelesen werden, was sich in der Wirklichkeit verändert.

Im ökologischen Diskurs reflektiert sich auch die Suche nach Krisenursachen und nach gesellschaftlichen Handlungsperspektiven. Und hier formulieren sich neue Realitätsentwürfe. Dabei werden verschiedene Interpretationen der Krise von unterschiedlichen sozialen Akteuren entwickelt: Politiker versuchen, die Krise zu entschärfen, Experten und Gegenexperten arbeiten an Problemlösungen, Bürgerinitiativen und soziale Bewegungen arbeiten an der 'Zuspitzung' der Krisendiagnosen.

Der Krisendiskurs verläuft, wie der ökologische Diskurs ganz allgemein, über die Massenmedien, über Kunst, Literatur und in einer wachsenden Anzahl ökologischer Publikationen. Fakten über Umweltzerstörung und Zivilisationsrisiken werden berichtet, kommentiert und gesammelt. Diese Literatur greift auf höchst heterogene wissenschaftliche Untersuchungen zurück, popularisiert und ordnet sie. Diese verschlungenen Diskurse in Politik, Wissenschaft und Literatur machen ständig neue Krisenfelder zum Thema, zentrieren die Aufmerksamkeit immer wieder neu und machen es immer schwieriger, eine Einheit in den Interpretationen der verschiedenen Krisenerscheinungen sprachlich zu fixieren. Das gilt insbesondere mit Blick auf das Verhältnis des politischen zum wissenschaftlichen Krisendiskurs, zeichnet sich doch die Rede von der 'ökologischen Krise' in beson-

derem Maße gerade durch die Transferprozesse zwischen diesen Diskursfeldern aus.²

So ist es kaum verwunderlich, daß viele der in die Ökologiedebatte Eingang gefundenen Texte sowohl in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung als auch in der politischen Diskussion wichtig geworden sind; ein ähnliches Changieren gilt auch für die Thematisierung einzelner Ereignisse und Krisenphänomene, die gleichsam zwischen beiden Bereichen 'wandern'. Deshalb können die Unterscheidungen zwischen diesen beiden Diskursformationen auch kaum nach Texten oder Thematisierungsformen vorgenommen werden, sondern eher nach den Kontexten und Verfahrensweisen, in denen geschrieben und gesprochen wird. Der wissenschaftliche Krisendiskurs organisiert sich mit der Frage: 'wie wird argumentiert' um die 'Wahrheitsfrage'. Der politische Krisendiskurs dagegen gruppiert sich um die Frage nach den Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten sowie Zukunftsvorstellungen; hier werden die Thematisierungen nach dem sozialen Ort, den politischen Kontexten und nach Interessenlagen beurteilt. Resultat des politischen Krisendiskurses sind Institutionenkritik und neue politische Verfahrensregeln, sind Lageeinschätzungen und Handlungsorientierungen; Resultat des wissenschaftlichen Krisendiskurses sind Krisentheorien und Ursachenbeschreibungen, sind Nachfolgekonzeppte wie das Risikokonzeppt oder die Ausdifferenzierung neuer Wissenschaftsdisziplinen wie Technikfolgenforschung, Umweltforschung oder Risikoforschung.

Innerhalb des ökologischen Diskurses bildet der Krisenbegriff ein Gravitationszentrum, von dem aus nach und nach die Realphänomene von bislang getrennten Konfliktbereichen zusammengetragen und zu der Diagnose der 'globalen Gefährdungslage' verdichtet werden:

- die Bedrohung der Menschheit durch die Gefahr eines Atomkrieges oder durch eine planetare Ökokatastrophe;
- die Bedrohung der körperlich-psychischen Integrität der Individuen durch die globale Zunahme von Hunger und Krankheiten;
- die Bedrohung der kulturellen Reproduktionsfähigkeit der Gattung durch die sich im planetaren Maßstab ausbreitende Entdifferenzierung ethnischer und kultureller Ausdrucksweisen durch die weltweite und vereinheitlichende Medialisierung von symbolischen Strukturen;

- die Veränderung der biologischen Reproduktion der Gattung durch die Gen- und Biotechnologien.

In der nicht-metaphorisch gemeinten Rede von den Globalgefährdungen bündeln sich wie in einem Brennglas die (im engeren Sinne) ökologischen Gefahren und die Verbreitung und Herstellung von Atomwaffen mit den, für die überwiegende Mehrzahl der Erdbewohnerinnen und -bewohner - vor allem in den abhängigen Ländern - *und* für die Biosphäre unabsehbaren Folgen des sich immer weiter durchsetzenden kapitalistischen Weltmarktes und des forcierten wissenschaftlich-technischen Fortschritts.

Die Aufstände der 'dritten Welt', die weltweiten Flüchtlingsbewegungen oder die 'Schuldenkrise' sind längst auf die je kulturell tradierten gesellschaftlichen Naturverhältnisse in den davon betroffenen Ländern und ethnischen Gruppen durchgeschlagen. Daß sich langsam auch in den Metropolen ein Bewußtsein davon niederschlägt, zeigt sich in der Diskussion um die »Klimakatastrophe«, die - inzwischen über Dritte-Welt-Gruppen oder die Ökologiebewegung hinaus - zu der Einsicht führt, daß die Überlebenskrise der Bevölkerung der dritten Welt unmittelbar mit der ersten verknüpft ist.

Ohne die interdependenten Prozesse der Gefährdung der »Überlebensbedingungen der Menschheit« (I. Fetscher) näher nachzuzeichnen, bleibt festzuhalten, daß in der umfassenden Perspektive der möglichen planetaren Selbstzerstörung die globalen Gefährdungen als Realphänomene eine starke entgrenzende und quasi negativ-totalisierende Wirkung haben. Umgekehrt wird aber den Begriffen, in der sie formuliert wird - seien sie alltags-sprachlich oder wissenschaftlich - eine Totalitätsbedeutung gerade abgesprochen. Damit gerät die phänomenale Tendenz zur Totalisierung in Widerspruch zu den Begriffen, in denen diese Phänomene beschrieben werden bzw. einzig 'ideologiefrei' beschrieben werden können.

Daß hier, wie bereits weiter oben angedeutet, ein entscheidendes Dynamisierungsmoment im ökologischen Krisendiskurs angesprochen ist, möchte ich am Beispiel der wichtigsten Quellen, aus denen sich der Krisendiskurs speist, zeigen:

- a) dem gesellschaftlichen Wissen von den Globalgefährdungen als Realphänomene,
- b) dem Katastrophismus und politischen Sprachverlust als Ausdruck der Veränderung des Politischen und
- c) der Historizität des Krisenbewußtseins.

a) *Globalgefährdung als Realphänomene*

Das Wissen um die Nichtausschließbarkeit der Selbstvernichtung wird in der naturwissenschaftlichen Expertenkonkurrenz ermittelt. Daß es sich in den entsprechenden Fällen um Globalgefährdungen handelt, wurde im wesentlichen erst über den »Umweg« natur- und systemwissenschaftlicher Simulationsstudien und Beschreibungen bewußt - also über Wirklichkeitskonstruktionen 'zweiten Grades', über modell-simulierte Nachbildungen eines definierten Gegenstandsbereiches. Herausragende Beispiele sind die mit teilweise abenteuerlichen Annahmen gerechnete Studie im ersten Bericht des Club of Rome über die »Grenzen des Wachstums« und die sich daran anschließenden differenzierteren »Weltmodelle« wie der Bericht an den Präsidenten der Vereinigten Staaten (»Global 2000«) die eine starke, öffentliche Resonanz fanden - im übrigen zunächst durchaus unabhängig von der innerwissenschaftlichen Diskussion über die »Wahrheit« ihrer Aussagen. Erst durch die Rezeption dieser Studien wurde seit den 70er Jahren in einer breiteren Öffentlichkeit bekannt und diskutiert, daß nicht nur die Tier- und Pflanzenwelt bedroht, sondern sämtliche Umweltmedien - Luft, Wasser, Boden - gefährdet sind.

Auch die Verseuchungen nach der Katastrophe von Tschernobyl, die Klimaveränderungen durch die Emission von Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffe oder durch den immer mehr ansteigenden Kohlendioxidgehalt der Atmosphäre, die weltweiten Folgen der Zerstörung tropischer Regenwälder und anderer globaler Großökosysteme sind Vorgänge, die erst durch wissenschaftliche Studien öffentlich wahrgenommen werden können. Denn sie entziehen sich der sinnlichen Wahrnehmung und unmittelbaren Erfahrung - sei es durch die Raum/Zeit-Verschiebungen der Wirkungsketten, sei es infolge des körperlich-sinnlich nicht wahrnehmbaren individuellen Gefährdungsprozesses, z.B. durch radioaktive Strahlungen.

Diese Gefährdungen rücken in das Zentrum öffentlicher Auseinandersetzung nicht zuletzt durch den Streit zwischen »Experten« und »Gegenexperten« um die Bewertung der Daten und die Qualität der Modelle, in denen die zu erwartenden Folgen bei andauernder Belastung ausgerechnet werden.* Die Krisendiagnose weitet sich zur wissenschaftlichen Ursachen-

* Geschärft wird das Bewußtsein einer globalen Gefährdungssituation durch die mediale Präsenz von katastrophischen Einzelereignissen wie Bhopal, Sandoz oder Tschernobyl: daß und wie über sie berichtet wird, wirkt im Krisendiskurs als verstärkendes Ereignis. Diese medialen »Weltereignisse« stellen gleichsam unter dem 'Zeichen' einer Katastrophe die Weltgesellschaft für Augenblicke als 'wirkliche' her und ziehen eine Reihe anderer, gegenläufiger und doch vergleichbarer, ebenso spek-

und Folgen-Forschung aus, von der erwartet wird, daß sie auch die Mittel zur Abwendung der prognostizierten Gefahren entwickelt. Zu der Technik der Simulation von Wirklichkeit - als Diagnose - tritt der Anspruch auf eine wissenschaftlich erzeugte Veränderung dieser Wirklichkeit als Krisenlösung; der immer schon existierende Verweisungszusammenhang von Wissenschaft und Technik verdichtet sich zu einem unmittelbaren Abhängigkeitsverhältnis. Wissenschaft und Technik werden so zu einem (oder dem) gesellschaftlichen Projekt der Krisenbearbeitung.

Wie inzwischen wohl kaum mehr umstritten ist, hat aber die Identifizierung von technischer Naturaneignung und den modernen analytisch-empirischen Wissenschaften als eine der Hauptursachen der globalen Gefährdungen zugleich zur Delegitimierung der Wissenschaften geführt. Diese hat sich in einem - die innerwissenschaftliche Relativierung von Objektivität verstärkenden - generellen Zweifel an der Validität und dem Wahrheitsanspruch der Wissenschaften niedergeschlagen. Sie hat auch die »Akzeptanzkrise« von großtechnologischen Anlagen und der neuen Technologien verstärkt. Daß Wissenschaft und Technik auch ein *Teil der Krise* sind, ist ebenso unbestreitbar wie umgekehrt die *neue Abhängigkeit* von Wissenschaft und Technik, in welche die Gesellschaft und die Individuen mit der ökologischen Krise geraten sind. Politisches System und Wissenschaftssystem beginnen sich zu entdifferenzieren und zu vermischen - Gernot Böhme hat diesen Prozess schon früh als »Verwissenschaftlichung von Politik« und »Politisierung von Wissenschaft« bezeichnet. (Böhme 1979: 38ff.)

In dem Maße, wie über den ökologischen Krisendiskurs diese beiden gegenläufigen Prozesse der Krisenbearbeitung und Krisenverursachung durch Wissenschaft und Technik ins öffentliche Bewußtsein eindringen, entsteht ein *neues Wissen* über die Vergesellschaftung von Wissenschaft, Technik und Forschung, das mit der faktischen Rolle der Wissenschaften korrespondiert, und das aus den gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen von Grenzwert- und Risikodefinitionen ständig neue Nahrung erhält.

Hier wird, sei es über gesellschaftliche Konflikte oder in Formen des 'private government' (vgl. Wolf 1986) - mit oder ohne die Begleitmusik symbolischer Gesten - mehr oder weniger nachvollzogen, was wissenschaftlich ermittelt wurde; und umgekehrt sind im Bereich von Technikfolgenforschung und Risikoforschung wissenschaftliche Erkenntnisprozesse

takulärer Medienereignisse nach sich wie die großen Weltkonzerte gegen den »Hunger in Afrika«, für »Nelson Mandela«, für die »Achtung der Menschenrechte«.

unmittelbar von externen, politischen Entscheidungen angestoßen und sowohl in der Wahl der (technischen) Mittel wie der Zwecksetzungen einem gesellschaftlichen Kontrollprozess ausgesetzt: Dies hat einen »Lernprozess« in Gang gesetzt, in dessen Verlauf sowohl die These der Ausdifferenzierung der Subsysteme bzw. Geltungssphären wie die These von der der Gesellschaft gegenübergestellten und angeblich reine Instrumentalität verkörpernden Technik ihre Plausibilität einbüßt.

Dieses, sich erst in Umrissen bildende Wissen, wird im Wissenschaftssystem, das auf der Basis von Simulationsmodellen die Krisenphänomene in einzelne Problemzusammenhänge zerlegt und mit der Durchsetzung von Systemtheorien den *Krisenzusammenhang* durch die *Anschlußfähigkeit* der einzelnen Problemkomplexe ersetzt, ständig unterboten. Die (wissenschaftliche) Beschreibung der Krisenphänomene bleibt so der obsolet gewordenen Gegenüberstellung von Wissenschaft/Technik und Gesellschaft unterworfen.

Durch die Verwissenschaftlichung der gesellschaftlichen Krisenwahrnehmung wird das überschüssige Krisenbewußtsein sowohl auf der Ebene der Definition der Real-Gefährdungen wie auf der Ebene der Lösungsperspektiven gleichsam 'ort-los'. Die Kluft zwischen gesellschaftlicher Krisenerfahrung und wissenschaftlicher Krisenbearbeitung wächst. Dadurch können die abgespaltenen, frei flottierenden Ängste die Angstvisionen vor der 'Allmacht der Technokratie' verstärken, die nicht mehr nur an die Realgefährdungen selbst rückgebunden, sondern auch mit den wissenschaftlichen Lösungskonzepten verknüpft ist. Daß sich das Wissenschaftssystem durch seine selbstreferentielle Abschließung gegen die gesellschaftlichen Krisenerfahrungen immunisiert, führt dazu, daß die abgedrängten Erfahrungsmomente derealisiert und ausgegrenzt werden - und damit die subjektiven Krisenerfahrungen insgesamt. Diese »unbeabsichtigte Nebenfolge« der herrschenden Krisenbewältigung führt, indem sie zum gesellschaftlichen Sprachverlust in der ökologischen Krise beiträgt, zu einer Verschärfung der Krise, statt zu einem Anwachsen der gesellschaftlichen Eingriffspotentiale *in der Krise*.

Es ist kaum anzunehmen, daß die Hoffnung auf eine selbstreferentielle *Selbstwiderlegung* der Wissenschaft (Beck) ausreicht, um diesen Prozess umzukehren: »Nur wo Atomphysik gegen Atomphysik, Medizin gegen Medizin, Informationstechnologie gegen Informationstechnologie, Humangenetik gegen Humangenetik steht, kann nach außen hin sichtbar werden,

welche Zukunft mit welchen Gefährdungen im Reagenzglas ist«. (Beck 1988: 208) Der Schlüssel für eine neue Art von wissenschaftlicher Selbstreflexion, die sich über interne Kritikprozesse hinaus für gesellschaftliche Erfahrungen öffnet und die eigene 'systemische Geschlossenheit' aufbricht, liegt viel eher dort, wo erkannt (und anerkannt) wird, daß Wissenschaft und Technik ein Prozeß sind, in dem soziale Interessenlagen und Deutungsmuster, technische Erzeugungsstrukturen und wissenschaftliche Erkenntnismodelle einen immer engeren Zusammenhang bilden.³

b) *Der Verlust der Sprache des Politischen*

Die Konsequenzen aus den wissenschaftlichen Krisendiagnosen führen zu einer Überlastung von Individuen und Kollektiven, die nicht mehr nur als quantitative Verschärfung darstellbar ist. Phänomene wie die Atombombe, das Ozonloch, die Hungersnöte in Afrika oder auch die Folgen der kapitalistischen Weltökonomie für die »Dritte Welt« liegen an der Grenze oder außerhalb des Vorstellbaren und sind doch zugleich 'irgendwie' auch Bestandteil des Alltagswissens eines jeden Einzelnen als Einzelnen und als Teil einer medial erzeugten »Weltgesellschaft«. In diesen medial vermittelten - und gebrochenen - Katastrophenerfahrungen wird das Politische gleichsam ins 'Meta-Politische' überboten, muß zugleich aber alltagspragmatisch unterlaufen werden.

Die wissenschaftliche Expertensprache ist in der Regel ohne Entsprechungen in den Sprachen der Alltagswelt. Ebenso wenig entsprechen die staatlichen oder internationalen politischen Handlungsvorschläge noch der politischen Wahrnehmung (und Erfahrung) der Beeinflussbarkeit der Gefährdungslagen und Eintrittswahrscheinlichkeiten der möglichen Katastrophen, wie sie selber in diesen Alltags-Kontexten zunehmend sich einstellt. Noch auch lassen sich die naturwissenschaftlich ermittelten Folgekomplexe eindeutig zu Ursachenkomplexen zuordnen und auf eine entsprechend eindeutige 'Täter/Opfer-Skala' eintragen.

Im Gegensatz zu der Zeit der großen Ideologien und Sinnentwürfe trifft die Krise heute auf etwas zentral Neues: die selbst in Sprache (und Denken) durchschlagende Erfahrung der Unverfügbarkeit über die geschichtliche Entwicklung; gerade angesichts des extremen Mißverhältnisses zwischen den 'kleinen' Wirkungen und ihren möglicherweise katastrophalen Folgen, das die gegenwärtigen Globalgefährdungen charakterisiert.

In der ökologischen Krise brechen die Differenzierungen zwischen dem Wissen einerseits (ob nun wissenschaftlich vermittelt oder durch die Massenmedien oder durch unmittelbare Erfahrung), dessen Interpretationen und darauf bezogenen Eingriffspotentialen andererseits auf und treten auseinander, verlieren den Zusammenhang, der doch durch das auslösende Ereignis gegeben ist - aber als Zusammenhang sprachlos bleibt: Die 'objektive' Katastrophe gerät ins Ungewisse - sie wird verzeitlicht (»Halbwertzeit«) und ihr Eintreten wird zum Gegenstand von Deutungskonkurrenzen der Experten. Der »Mangel an Ideologie« und die Erfahrungen des Scheiterns von historisch älteren Handlungsmodellen - Revolution, Reform, konservativer Technokratismus - bilden die Folie, auf die sich die nun aktualisierte Erfahrung der Unverfügbarkeit eintragen kann.

Der politische Sprachverlust über die gesellschaftliche Wirklichkeit erweist sich so auch als der Preis, der für das Zerschneiden der (alten) Großideologien zu zahlen ist; er trägt dem Umstand Rechnung, daß weder die Alltagssprache noch die wissenschaftliche Expertensprache alleine in der Lage sind, die ökologischen Realphänomene und die individuellen/kollektiven gesellschaftlichen Erfahrungen zusammenzubringen unter dem Signum der Angst, überflüssig zu sein und »aus der Welt zu fallen«.

In dem Auseinandertreten dieser beiden Momente spiegelt sich im ökologischen Krisendiskurs selbst noch die 'Krise des Politischen'. Denn das Phänomen des Sprachverlusts ist auch Resultat einer krisenhaften Entgrenzung des politischen Diskurses durch symbolische Praktiken, die selbst politische Ursachen haben. Der politische Diskurs wird von moralischen, ethischen oder ästhetischen Diskursen ununterscheidbar.

Ein Blick auf die soziologischen Grundlagentheorien von Habermas und Luhmann kann zeigen, daß nun auch hier - gegen die eigenen Intentionen - die Unfähigkeit des 'politischen Systems', auf die ökologische Krise 'angemessen' zu reagieren, als *Sprachverlust der Gesellschaft* thematisiert wird.

Nach Luhmann kommuniziert das politische System mit der Gesellschaft nur noch über die in Wählerstimmen gemessene Verteilung von Zustimmung auf die »gespaltene Spitze« von Regierung versus Opposition (vgl. Luhmann 1986: 174ff.). Dagegen will Habermas das von Luhmann eliminierte Problem der normativen Legitimation von Macht in der vom funktionalen Subsystem getrennten und kommunikativ strukturierten politischen Öffentlichkeit bearbeiten und klären lassen (vgl. Habermas 1981:

548ff.). Und während Luhmann die gegenwärtigen Krisenphänomene generell unter dem Eindruck ökologischer Gefährdung als Anhäufung von »Funktionsdefiziten«, als Effizienzkrise, untersucht, wird sie von Habermas noch immer vorrangig als Legitimationsproblem behandelt.*

Unter Bedingungen der ökologischen Krise verschärfen sich die von Luhmann genannten Funktionsdefizite, weil »Natur« oder »Umwelt« in die funktional spezifizierte Kommunikation des politischen Systems nur als das »Rauschen« des »ausgeschlossenen Dritten« eingehen können. Politische Gruppen, die diese Position des ausgeschlossenen Dritten konsequent einnehmen - wie es nach Luhmann die Ökologiebewegung oder die Grünen tun -, agieren dann »ohne Verständnis für strukturelle Systembedingungen«. Sie müssen zu unangemessenen Störungen des Systems führen. (Luhmann 1986: 171) Das System muß zugleich mit solchen Gruppen auch das ausgeschlossene Dritte, die »Umwelt« oder »Natur« nochmals ausgrenzen.

Es bleibt dann nur die selber naturalisierte Hoffnung auf Evolution: daß die Teilsysteme erfolgreich eine Ebene von Reflexion und Selbstbeobachtung ausdifferenzieren können.** Damit wäre dann im Grunde das 'Ende' von Politik erreicht.

Für Habermas ist die Krise der politischen Mittel, die Luhmann ansatzweise diskutiert, von sekundärer Bedeutung. Politische Krisen entstehen für ihn wesentlich an den »Nahtstellen von System und Lebenswelt« und treten als Motivations-, Rationalitäts- und vor allem Legitimationsprobleme auf (dazu Habermas 1973: 131ff.). Politisches Handeln des Staates muß sich unter normativen Geltungsansprüchen auf seine Legitimität hin diskursiv überprüfen lassen.

Dabei muß die Verbindung der diskutierenden politischen Öffentlichkeit als Legitimationsinstanz zum entsprachlicht funktionierenden politischen System immer prekär bleiben. Habermas muß zunächst unterstellen, daß Herrschaft in modernen Gesellschaften überhaupt (noch) an »Legitimation« durch prinzipiell diskursiv einlösbare und kritisierbare Geltungsansprüche gebunden ist. Dem widerspricht seine spätere These, daß die Funktionsbereiche der materiellen Reproduktion der Gesellschaft (Wirtschaft und Staat) über entsprachlichte Steuerungsmechanismen »schmerzlos« von lebens-

* Wie an vielen Punkten ist Luhmanns Beschreibung auch hier zwar »ideologisch« affirmativer, dafür aber realitätshaltiger.

** Anderenfalls drohe die ökologische Selbsterstörung des Systems. (Luhmann 1986: 38)

weltlicher Praxis entkoppelt werden und normfrei funktionieren können (vgl. Habermas 1981: Bd. II, S. 549, S. 455). Das bedeutet nichts anderes, als daß sie, funktionalen Gesetzen folgend, der Legitimation durch normative Geltungsansprüche weder bedürfen noch ihr überhaupt zugänglich sind. In seinem Versuch einer *normativ* begründeten Rekonstruktion des Politischen im Anschluß an Hannah Arendt (vgl. Habermas 1982: 228ff.) nähert sich Habermas, entgegen seinen eigenen Intentionen, ebenso dem 'Ende' von Politik wie - auf andere Weise - Luhmann.

Zudem können die natürlichen Grundlagen und Voraussetzungen von Gesellschaft unter normativen Gesichtspunkten und mit »Wahrheitsbezug« schwerlich in einen Diskurs über Geltungsansprüche eingebracht werden. Geprüft werden können immer nur die Legitimität und Rationalität politischer Herrschaft in bezug auf Handlungszusammenhänge der kommunikativ strukturierten Lebenswelt.

Sowohl die normative Grundlegung von Politik als auch der Rückzug auf die 'Autopoiese' des politischen Systems machen die Krise der Politik nur begrenzt darstellbar. Daß der politische Sprachverlust dabei nur noch in systemischen Kategorien, und nicht mehr im Bezug auf den politischen und sozialen Erfahrungsverlust beschrieben wird, führt dazu, den Katastrophismus als 'irrational' aus dem Bereich des Politischen auszugrenzen, statt ihn in seiner Politizität kritisch auf seine Entstehungsbedingungen hin durchsichtig zu machen.

Damit wird exakt das zentrale Moment der Entstehung des Katastrophismus im ökologischen Krisendiskurs verfehlt: Daß die alltäglichen, medial vermittelten, 'wirklichen' Katastrophen im einzelnen sich aufsummieren zu der Erfahrung der politischen Unverfügbarkeit ihrer Entstehungsbedingungen, die aber doch als gesellschaftlich hergestellte gewußt werden.

c) *Historikerdebatte*

Kann die globale Katastrophe nicht mehr ausgeschlossen werden, dann kommt dem »kollektiven Gedächtnis« (Friedländer) von vergangenen Katastrophen eine zentrale Bedeutung für die Aktualisierung der Möglichkeit gegenwärtiger zu: in dem doppelten Sinn von politischer Instrumentalisierung und Virulenz im kollektiven Gedächtnis. Offen formuliert oder als verschwiegenes Moment zieht sich die Vergegenwärtigung von geschichtlichen Verbrechen als (Gesellschafts-)Katastrophen durch die Krisenthe-

matisierungen und durch die alltäglichen Krisenerfahrungen: als Aktualisierung einer historischen Tatsache oder deren Verdrängung bzw. Normalisierung durch einen neuen Historismus.

In beiden Fällen drohen dabei zentrale historisch-politische Unterscheidungen zusammenzubrechen: Hiroshima und Auschwitz scheinen dann ebenso gegenwärtig wie die global-ökologische Katastrophe - und ebenso fern.*⁴

Entscheidend sind die Erinnerungen, die sich auf die Geschichte des eigenen Landes beziehen, und den Horizont der eigenen Vergangenheit bilden.

Damit ist - zumindest für die Bundesrepublik - die Frage der *Aktualisierung des Nationalsozialismus* im gegenwärtigen Krisenbewußtsein aufgeworfen: als Frage nach den Verbindungslinien zwischen einer unbewältigten Vergangenheit, deren Vorstellbarkeit und Darstellbarkeit sich an der geschichtlichen Wirklichkeit der Vernichtungslager bricht - darauf bezieht sich D. Diner mit seiner Formulierung vom »Zivilisationsbruch Auschwitz« (Diner 1988: 9) - und dem Bewußtsein der Unverfügbarkeit über die Bedingungen einer nicht auszuschließenden, globalen planetaren Selbstvernichtung als möglicher Zukunft.

Zunächst lassen sich in der, nach dem gescheiterten 'Versöhnungsakt' von Bitburg (1985) neu begonnenen, öffentlichen Auseinandersetzung mit der Vernichtung der europäischen Juden zwei gegensätzliche Absichten erkennen: einmal der eher marginal gebliebene Versuch, Auschwitz zu begreifen, um ein Bewußtsein für die historischen und gesellschaftlichen Folgen von Auschwitz zu gewinnen. Daran war die Hoffnung geknüpft, aus dieser Aufarbeitung der Vergangenheit Konsequenzen für - individuell wie gesellschaftlich - politisches Handeln ziehen zu können, ohne weiterhin in sie als unentrinnbarem Schuldzusammenhang verstrickt zu bleiben.

Zum anderen der Versuch, in wissenschaftlichem Gewande nachzuholen, was politisch - zumindest vorläufig - mißlungen war, und durch die 'Relativierung' von Auschwitz (als »Reaktion auf den Gulag«) die Vernichtung der Juden in das Kontinuum eines nationalgeschichtlich 'verstehbaren' Prozeß zu integrieren, und so durch die »Entsorgung der Geschichte« das Projekt nationaler Identitätsstiftung historisch aufzuladen.

* »Je weiter man sich zeitlich von der Nazi-Periode entfernt, desto näher scheint man ihr bewußtseinsmäßig zu rücken.« So Dan Diner in: Ist der Nationalsozialismus Geschichte?, Frankfurt 1988, S. 11.

Publizistisch niedergeschlagen hat sich diese Kontroverse in der sogenannten Historikerdebatte, die nicht nur von Historikern geführt war und als deren Exponenten J. Habermas und E. Nolte gelten können. (Vgl. Historikerstreit [Dokumentation] 1987)

Nolte erklärte darin den Massenmord an Juden, Sinti und Roma zu einer »asiatischen Tat«, die der Tradition und Identität Deutschlands und Europas wesensfremd sei und durch den stalinistischen Terror vorbereitet wurde (vgl. Historikerstreit [Dokumentation] 1987: 39ff., 223ff.). Habermas hingegen beruft sich auf die Ergebnisse der jüngeren westdeutschen Sozialhistoriker und sieht die Gründe der Vernichtungspolitik in dem deutschen 'Sonderweg', der erst mit der »Westbindung« der Bundesrepublik 1945 an sein Ende gekommen sei (vgl. ebd.: 62ff., 243ff.)

So sehr die politischen Intentionen von Habermas und Nolte kontrovers gewesen sind - Habermas hatte ja ausdrücklich *gegen* den neuen Geschichtsrevisionismus von rechts diese Debatte mit ausgelöst -, so gibt es darin doch, wie wohl als einziger E. Tugendhat es ausgesprochen hat* einen gemeinsamen Bezugspunkt:

Nämlich der Versuch, auf dem historischen Feld des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen den historischen »Ausnahmefall« so zu (re-)konstruieren, daß ihm ein - je unterschiedliches (!) - Bild der »Normalisierung« der deutschen Geschichte und Normalität der Bundesrepublik gegenübergestellt wird.

Meine These ist also, daß ein wesentlicher Aspekt der Historikerdebatte darin besteht, anhand von Erklärungsversuchen der Vernichtungspolitik des NS-Staates eine Definition von gesellschaftlicher Normalität der Bundesrepublik zu geben, obwohl in den Texten das gegenwärtige Krisenbewußtsein, an das sich dieser Versuch wendet, nicht thematisiert wird.

Nolte versucht das 'Katastrophische', den »Zivilisationsbruch von Auschwitz« zu rationalisieren, indem er es als Teil einer Kette von »vergleichbaren« historischen Ereignissen normalisiert und damit einem wirklich historischen Denken entzieht. Das zeigt sich in einer völlig disparaten Heranziehung von historischen Einzelereignissen, Spekulationen und 'Fragestellungen', die sich semantisch bis hin zur neo-nazistischen 'Auschwitzlüge' öffnen.

* »Der Fixierung von Nolte auf die 'asiatische Gefahr' entspricht Habermas' Beschworung des 'okzidentalen Geistes'.« (Tugendhat 1987: 22)

Habermas argumentiert dagegen mit der inzwischen historisch erreichten Normalität in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik (»Westbindung«, »Verfassungspatriotismus«) und enthistorisiert damit das Katastrophische an Auschwitz als etwas Unwiederholbar-Einmaliges. Er entschärft damit auch fortbestehende (Kausal-)Momente dessen, was Auschwitz möglich gemacht hat; geschichtliches Bewußtsein geht über in den Bereich normativen Denkens und die Antworten auf das 'Warum' und 'Wie' sind letztlich nur noch einer moralischen Beurteilung zugänglich.

Dem 'publizistischen Kern' der Debatte, der Frage nach der sogenannten Singularität von Auschwitz haftet nicht nur wegen der unüberbrückbaren Distanz zwischen dem 'Ereignis' der Vernichtung und dem dieses 'Ereignis' bewertenden Begriff eine unerträgliche Abstraktheit an. Sie ist abstrakt, da doch allenfalls die Frage nach der Einzigartigkeit *für uns heute* einen konkreten Sinn haben könnte.

Diese Frage aber konnte von beiden so nicht gestellt werden. Habermas müßte nämlich aufnehmen, was er (implizit) in Abrede zu stellen sucht: die politische Aktualität gerade dieser Periode der deutschen Geschichte, ihre Nachwirkungen bis heute und die unterschwelligen Verweise auf das gegenwärtige Bewußtsein zukünftig möglicher '(Gesellschafts-)Katastrophen'; eine Aktualität, die nicht in der einfachen Wiederholung von Auschwitz, sondern in dem Fortdauern von geschichtlichen Krisenpotentialen begründet ist, die damals den Faschismus und Auschwitz möglich gemacht haben.

Und Nolte könnte nicht länger einen verschwiegenen Gebrauch von dieser Aktualität machen, indem er die realen Katastrophenerfahrungen aus ihren jeweiligen gesellschaftlichen Kontexten herauslöst und zu einem abstrakten 'Katastrophismus der industriellen Entwicklung' generalisiert, damit das 'Bekenntnis' zum Nationalen von der Last der Geschichte befreit und so - ob gewollt oder nicht - die Auseinandersetzung mit der Vernichtungspolitik zur Begründung eines neuen Nationalbewußtseins funktionalisiert.

Der Historikerstreit ist selbst ein Beispiel für die Existenz eines gemeinsamen Horizontes von assoziativen Verbindungen zwischen der historisch 'wirklichen' Erfahrung einer gesellschaftlichen Entwicklungsdynamik, die scheinbar 'unaufhaltsam' in einer Katastrophe endete, und der Angst vor auch künftig möglichen katastrophischen Entwicklungen. Dabei werden aber die latenten Krisenerfahrungen verschoben und neutralisiert, indem auf dem Terrain einer Interpretation von geschichtlichen Tatsachen der

Versuch einer Bestimmung der gegenwärtigen Gesellschaft und ihrer Normalitäts-'Fundamente' unternommen wird, welche die Möglichkeit der Katastrophe gerade ausschließen sollen.

Die Brisanz dieser assoziativen Verbindungen im gegenwärtigen Krisenbewußtsein liegt darin, daß hier das Wissen um die technischen Möglichkeiten der planetaren Selbstzerstörung heute und die in das historische Gedächtnis eingeschriebenen 'Katastrophen'-Erfahrungen so aktualisierbar sind, daß diese beiden Bedeutungsstränge zusammenlaufen und die Gewißheit verstärken können, daß die Realisierung der ('technischen') Möglichkeit der Selbstzerstörung auch historisch-gesellschaftlich nicht ausgeschlossen ist.

Um so auffälliger ist die künstliche Distanz zum gegenwärtigen Krisenbewußtsein, die den Historikerstreit charakterisiert. Diese Entfernung zeigt sich vor allem an den *nichtgestellten* Fragen gegenüber den *Krisenmomenten*, für die der Nationalsozialismus eine gewalttätige, menschenvernichtende »Lösung« war: Fragen nach dem Zusammenhang von technischem und ökonomischen 'Fortschritt' und der Kulturalisierung des Sozialen; nach dem Umschlag der 'Entmächtigung der Subjekte' in einen (Rassen-)Mythos der Macht; nach der Gleichzeitigkeit von technischer Modernisierung und sozialer Regression.

Und so glich die Historikerdebatte in ihrer impliziten Fixierung auf den Wunsch nach Normalität eher einer Immunisierung gegenüber dem gegenwärtigen Krisenbewußtsein als daß sie es - kritisch - zur Sprache gebracht hätte.

6. Der politisch-institutionelle Krisendiskurs

Die ökologischen Gefährdungen konfrontieren auch das Handeln im Bereich der institutionalisierten Politik - das 'politische System' - mit völlig neuartigen Problemlagen und gesellschaftlichen Konfliktstrukturen. Politik kann jetzt nicht mehr nur bedeuten, wie noch in der klassischen bürgerlichen Theorie des Staates, einen rohen »Naturzustand« von Gesellschaft zu ordnen und zu befrieden. Denn einerseits muß unter ökologischen Krisenbedingungen Politik auch die natürlichen Grundlagen der Reproduktion von Gesellschaft (und Staat) sichern. Zum anderen wird aber Politik und das Politische in die - von Wissenschaft und Technik vorangetriebenen - Umdeutungen der gesellschaftlichen Naturverhältnisse mit einbezogen. Politik muß sich, vermittelt über gesellschaftliche Krisenwahrnehmungen, auf Natur beziehen. Das überfordert den traditionellen, aus der Differenz von Staat und Gesellschaft begründeten und legitimierten Begriff von Politik als 'Regierkunst'.

Unter dem Druck der Ökologiebewegung und der darüber hinaus um sich greifenden Delegitimationsprozesse begann das institutionalisierte politische System sich für bestimmte Aspekte - »Umweltgefahren« - der ökologischen Gefährdungen für zuständig zu erklären und reagierte darauf mit der Ausdifferenzierung von Umweltpolitik(en): Umweltschutz, Umweltrecht, Technologie- und Wissenschaftspolitik, Ökosteuern und andere monetäre Maßnahmen. Trotz solcher Bemühungen wurde jedoch unter gesellschafts-, organisations- und entscheidungstheoretischen Gesichtspunkten in der politikwissenschaftlichen Debatte ein strukturelles und fundamentales »Staatsversagen« (M. Jänicke) gerade in der Umweltpolitik konstatiert. (Vgl. Jänicke 1986: 51ff., 67ff.)

Die Erfolge staatlicher Umweltpolitik reduzieren sich nach dieser Diagnose auf »(a) Teilerfolge an der Symptomfront, die weitgehend auf (b) Problemverschiebungen oder (c) Gratisseffekten beruhen, denen (d) Schadenskosten in Milliardenhöhe (...) als Folge der (e) Vernachlässigung von

Prävention und (f) geringer Innovationswirkung gegenüberstehen« (Jänicke 1986: 69). Umweltpolitik beschränke sich in der Regel auf Symptombekämpfungen und auf einen »nachsorgenden Umweltschutz« (z.B. durch den Ausbau der End-of-Pipe-Technologien) und wirke so lediglich schadenskompensierend oder -begrenzend.

Strukturell problemverschärfend ist zudem die »Ressortierung« der staatlichen Administration gegenüber dem ressortübergreifenden Zuschnitt von 'Umweltproblemen'. Überstrapaziert durch ökologische Krisen ist aber auch die an Legislaturperioden orientierte Zeitperspektive des politischen Systems und die territorial beschränkte Souveränität des Nationalstaats. Nicht nur sind dessen Möglichkeiten, in die Entscheidungsprozesse multinationaler Unternehmen und in Weltmarktzusammenhänge unter Perspektive einer ökologischen Umorientierung steuernd einzugreifen, strukturell und faktisch beschränkt; zudem unterlaufen grenzüberschreitende ökologische Wirkungs- und Gefahrenzusammenhänge jede nationale Umweltpolitik. Die staatliche Souveränität zerbröckelt, weil das nationale Territorium nicht als politischer, sondern als natürlicher Raum bedroht ist: Der Nationalstaat ist nicht in der Lage, seine 'ökologischen Landesgrenzen' zu sichern. Die staatliche Politik steht durch die gesellschaftliche Thematisierung der ökologischen Krise auch vor neuartigen Problemen der Legitimation und des Verlustes von Massenloyalität. Sie muß legitimierend Verantwortung für die Folgen und Risiken von Entwicklungen in Wissenschaft, Technik und Ökonomie übernehmen, ohne in die Erzeugung dieser Risiken in relevanter Weise eingreifen zu können. Es kommt zu Legitimationsüberlastungen des politischen Systems, denen dieses durch ein Ausweichen auf in hohem Maße symbolische Politik zu begegnen sucht (z.B. medial vermitteltes Krisenmanagement, Umweltverträglichkeitsprüfungen, Technikfolgenabschätzungen).

Auf seine umweltpolitischen Handlungsdefizite reagierte das politische System neben der Verstärkung symbolischer »Umweltpolitik« mit der (symbolischen) Inszenierung von Handlungsfähigkeit in anderen Politikfeldern, zum Beispiel in der Innen- und Sicherheitspolitik, und mit der Verschiebung »eigentlich« politischer Entscheidungen in andere Teilsysteme wie das Rechtssystem (Genehmigung kerntechnischer Anlagen etc.) oder das Wissenschaftssystem (Festlegung von Grenzwerten) - denen damit auch ein Teil der staatlichen Legitimationslasten aufgebürdet wurde und wird. Nicht zuletzt reagierte der Staat mit dem verstärkten Einsatz staatli-

cher Gewaltmittel, zum Beispiel zur Durchsetzung von Standorten für großtechnologische Anlagen.

Teils wegen, teils trotz solcher Strategien blieb das Risiko umfassender Delegitimierung staatlichen Handelns mit jeder neu auftretenden oder wahrgenommenen ökologischen Krisenerscheinung akut. Das politische System konnte plötzlich, massenhaften Loyalitätsverlust (wie in der völlig unzureichenden und problemverschärfenden Informationspolitik nach Tschernobyl) nicht mehr ausschließen.¹

In jüngerer Zeit werden dagegen Strategien einer *präventiven Loyalitätsbeschaffung* - z.B. durch »Themenbündelung« - mobilisiert. So hat man nach dem Reaktorbrand von Tschernobyl in einer geschickten politischen Inszenierung versucht, das Thema »Abschalten der Kernkraftwerke« negativ zu besetzen, mit Ressentiments und mobilisierten Gegenängsten die Angst vor radioaktiver Gefährdung zu neutralisieren: Fragen des langfristigen Wirtschaftswachstums, der Energieversorgung, der Weltmarktkonkurrenz, der Stolz auf die (nationalen) Leistungen von Wirtschaft und Wissenschaft wurden zu Themen der Debatte. Es ist der politischen Inszenierung gelungen, die Atompolitik in einen Kranz zustimmungsfähiger Themen einzubinden und mit der Angst vor Arbeitsplatzverlust und dem unterschweligen Appell an nationale Gefühle zumindest kurzfristige Zustimmung für die Themenbündelung und die Zielsetzungen der Bonner Regierungsparteien zu erreichen. Die auf Tschernobyl folgende Bundestagswahl (1987) und die Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen ließen sich dann als Zustimmung zum Atomkurs interpretieren.

Die staatliche Politik nach Tschernobyl gab auch ein Beispiel für ein weniger offensichtliches »Krisenmanagement«, das - bezogen auf den material-stofflichen 'Sachzusammenhang' - unterhalb des Problemniveaus operierte, zugleich legitimationspolitisch auf der Höhe der Zeit war: als Erprobung von sozialen 'Katastrophenmechanismen' in einem simulierten Ernstfall: Tschernobyl als »Sozialexperiment« (Krohn/Weingart 1986: 5). Von besonderem Interesse schien nicht so sehr der Umgang mit den 'sinnlich' nicht wahrnehmbaren Realfolgen des radioaktiven Niederschlags - Verseuchung der Kinderspielplätze oder von Lebensmitteln - sondern wie »die Bevölkerung« mit diesen 'neuartigen' (Beinah-)Katastrophenerfahrungen umgeht: Die Folgen von Tschernobyl wurden zum Material der Simulation einer (zukünftigen) Katastrophe mit dem Ziel einer höheren Akzeptanz zukünftiger staatlicher Krisenpolitik. Damit war das Interesse verknüpft, her-

auszufinden, wie die politisch-administrativ nicht umzuarbeitenden Teile der Krise aus der Sphäre des Politischen verdrängt werden können und doch staatspolitisch gehandelt werden kann.*

^ Dieses Krisenmanagement läßt sich auch verstehen als der Versuch, die Grenze der intellektuellen und gefühlsmäßigen Vorstellbarkeit der Folgen von Tschernobyl in eine Trennungslinie umzuarbeiten zwischen (staats-) politisch noch zu beeinflussenden - diesseits der Katastrophe liegenden Prozessen - und schicksalhaft jenseits davon liegenden Prozessen, deren Befassung in die Zuständigkeit ethischer Diskurse oder - praktischer - der Kirchen fällt.

Die Dominanz symbolischer Inszenierungen politischen Handelns, das Anwachsen von 'symbolischer Politik' im Umweltbereich, verschärft sich in der gegenwärtigen Krisensituation - je drängender die 'Umweltprobleme' sind und je weniger wirksame Instrumente einer zumindest umwelt-technischen 'Maßnahmenpolitik' vorhanden sind - und greift über den Bereich von 'Umweltpolitik' hinaus. Dies zeigt sich - fast ironisch - in der zunehmenden Durchlässigkeit der Grenzen zwischen unterschiedlichen politischen 'Issues', die untergründig auf einen Problemzusammenhang verweisen, der in der umweltpolitischen Debatte selbst immer wieder verleugnet und verdrängt wird. Drastisch wurde dies vorgeführt in der Instrumentalisierung der Problematik der internationalen Flüchtlingsbewegungen und damit verbunden der Frage des *politischen Asyls* zu parteipolitischen Zwecken und innenpolitischen Integrationsstrategien. Der tatsächliche Zusammenhang zwischen den Auswirkungen der global-ökologischen Krise in der 'dritten Welt', den neuartigen Flüchtlingsbewegungen und den sozialen Problemen in der Bundesrepublik, wurde mit dem denunzierenden Begriff des 'Wirtschaftsasyllanten' vielmehr aus dem politisch-institutionellen Diskurs der ökologischen Krise ausgegrenzt und einer öffentlichen Diskussion entzogen, die sich dieses Zusammenhanges bewußt wäre.

Die Strategien symbolischer Politik sowie die Verschiebung der durch die ökologische Krise ausgelösten Legitimationsprobleme und Ängste auf andere Politikfelder erwiesen sich jedoch als zu schwach, um den wachsenden Druck auf das politische System auffangen und kanalisieren zu können. Insbesondere waren sie gegenüber den 'Rückwirkungen' des Kri-

* So ist bis heute als Problem nicht erkannt und aufgegriffen worden, daß die Gesellschaft über ihre Spezialisten zwar möglicherweise in der Lage ist, die Mengen und Halbwertszeiten der durch den Reaktorbrand freigesetzten radioaktiven Stoffe zu errechnen, daß es aber kein gesellschaftliches 'Wissen' darüber gibt, wie die Gesellschaft mit diesen Halbwertszeiten 'leben' soll.

senmanagements auf das politische System zunehmend hilflos, was u.a. zu einem Wirkungsverlust von symbolischer Politik generell geführt hat. Darauf reagierten die Politiker mit einem policy-mix aus symbolischer und Realpolitik.

Beispiele dieses policy-mix und für die damit neu entstehenden, krisenverschärfenden Themen finden sich

- in der Umweltpolitik,
- in der Durchsetzung neuer Technologien als 'Krisenlösungen',
- in dem wachsenden und unkontrollierten Einfluß von Wissenschaft auf Politik, und
- in der De-Politisierung subjektiver Krisenerfahrungen.

Im einzelnen bedeutet das:

- Zwischen imaginiertem und realem Krisenmanagement, zwischen symbolischer und instrumenteller Maßnahme-Politik werden Verschränkungen geschaffen. Die Sozial- und Umwelt-Verträglichkeitsprüfung neuer Techniken und technischer Großprojekte ist ein solches Verbindungsstück. Deren symbolische Bedeutung im Krisendiskurs wird aber gegenüber ihrem instrumentellen Gehalt dominant, wodurch der geringe politische Einfluß gegenüber den realen Macht- und Entscheidungszentren und -strukturen verhüllt wird. Diese Zentren und Strukturen selbst geraten aus dem Blick, verschwinden in ideologisierten Tabuzonen ('Sachzwang' Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt).
- Wenn Alternativen zur mißlingenden politischen Kompensation der technologisch erzeugten Risiken und Gefährdungen formuliert werden, die nicht einfach einer verhamlosenden und verdrängenden Minimalisierungsstrategie folgen, dann bestehen sie im wesentlichen in einer Beschleunigung und Intensivierung wissenschaftlich-technischer Modernisierungsprozesse. Informations- und Kommunikationstechniken, Bio- und Gentechnologie und synthetische Chemie erscheinen dann als adäquate Problemlösungen: Auf Folgeprobleme des Prozesses des wissenschaftlich-technischen Fortschritts wird in unterschiedlich nuancierten Modernisierungskonzepten mit Qualitätsveränderungen und Beschleunigung dieses Prozesses reagiert.
- Die politisch-administrative Krisenbearbeitung erfolgt durchgängig in Abhängigkeit von Wissenschaft. Und sie muß sich in zunehmenden Maße mit wissenschaftlich-technischen Sachargumenten legitimieren, ohne noch über die Kriterien zu verfügen, den Prozeß der wissenschaft-

lich-technischen Entwicklung adäquat, d.h. rechtzeitig und mit Konsequenzen, zu beurteilen. Trotzdem bleiben die entscheidenden wissenschafts- und forschungspolitischen Entscheidungen einem »private government« zwischen Industrie, Wissenschaftsbürokratie und einer zunehmend international 'vernetzten' Spitzenforschung ohne parlamentarische Kontrolle überlassen.

- Soweit Krisensituationen nicht symbolisch entschärft werden können, werden sie entpolitisiert. Zum einen werden Krisendiagnosen ins Schicksalhaft-Kosmische vergrößert, dem Bereich möglichen gesellschaftlichen Handelns damit bereits 'diskursiv' entzogen. Oder es werden in Krisensituationen bestimmte Probleme ausgegliedert und dem Bereich individueller Verantwortung (neu oder wieder) zugeordnet. Dabei werden weder die Verschärfung sozialer Problemlagen berücksichtigt noch das Entstehen neuer, nationalistischer Stimmungslagen, wie sie etwa in der Entstehung rechts-ökologischer Deutungsmuster und einer ökologischen »Modernisierung« rechtsextremer Parteien und Gruppierungen zu beobachten sind (vgl. dazu Jahn/Wehling 1991).

Ökologische Modernisierungskonzepte des politischen Systems

In jüngerer Zeit werden im politisch-institutionellen Diskurs diese Defizite in der gegenwärtigen Umweltpolitik und die Veränderungen im gesellschaftlichen Krisenbewußtsein zunehmend registriert. Anstelle einer primär ideologisch operierenden und im Falle des Versagens von Loyalitätsbeschaffung auf Ausgrenzung mittels staatlicher Gewaltmittel setzenden Politik (wie in den 60er und 70er Jahren), beginnt parteiübergreifend langsam ein neues Politik-Konzept sich durchzusetzen.

Während in den sozialwissenschaftlichen Krisentheorien die These von - die modernen Gesellschaften charakterisierenden - 'Ausdifferenzierungsprozessen' bislang noch ihre dominierende Stellung verteidigen kann, scheint, wer in Handlungsbezügen des politischen Systems agiert, offensichtlich nun doch gezwungen zu sein, sich auf die gegenläufigen Prozesse der 'Entdifferenzierung', der Durchdringung und Überlagerung von Subsystemen und Geltungssphären zumindest teilweise einzustellen. Nicht mehr

eine Politik gegen die Krise, sondern eine mit der Krise: so läßt sich die neue Orientierung charakterisieren.*

Mit ausgelöst durch die Wahlerfolge der Grünen setzt deshalb in den letzten Jahren unter Stichworten wie »ökologische Orientierung der Marktwirtschaft« oder »ökologischer Umbau der Industriegesellschaft« auch eine Umorientierung in der Programmatik der politischen Parteien ein.

Im wesentlichen geht es dabei um Ansätze zur Überwindung der Defizite der bisherigen »nachsorgenden« Umweltschutzpolitik und um die Formulierung eines Ökonomie und Ökologie integrierendes Politikkonzepts für die 90er Jahre.

Dabei wird in parteipolitisch unterschiedlicher Weise auf politikwissenschaftliche Modernisierungskonzepte zurückgegriffen. Unter dem Begriff der »ökologischen Modernisierung« hat M. Jänicke das am weitesten ausgearbeitete Konzept vorgelegt, auf das ich mich im folgenden exemplarisch beziehen werde; nicht zuletzt auch deshalb, weil hier die Grenzen des politikwissenschaftlichen Krisenbegriffs, auf den sich das Konzept stützt, deutlich werden können.** (Vgl. zur Kritik ausführlich Wehling: 1991)

In seinen Grundzügen stammt das Konzept der »ökologischen Modernisierung« aus drei verschiedenen politischen und theoretischen Quellen: aus einer Kritik der Formen, Instrumente und Ergebnisse bisheriger Umweltpolitik in den entwickelten Industrieländern; aus einer 'ökologischen' Erweiterung der politikwissenschaftlichen Modernisierungstheorien von Almond, Pye u.a. sowie aus einem Programm von Umweltpolitik als Wirtschafts-, Struktur- und Technologiepolitik. Den Ausgangspunkt bildet die These, daß die Umweltzerstörungen hauptsächlich eine Folge der 'Innovationskrise der Wirtschaft' sind: »Das Ausmaß der industriellen Umwandlung knapper Rohstoffe in Schadstoffe ist (...) wesentlich die Folge überholter Technologien« (Jänicke 1982: 294f.).

Damit zielt das Konzept nicht nur auf die Durchsetzung neuer, ökologisch 'verträglicher' Technologien sondern zugleich auf die Überwindung der 'Beschäftigungskrise' durch die Expansion 'umweltgerechter' Arbeits

* Ein frühes Beispiel für den beginnenden neuen »Krisenoptimismus« ist die über die Landesgrenzen hinaus bekannt gewordene Untersuchung einer Wissenschaftlergruppe im Auftrag der baden-württembergischen Landesregierung (1983), das sogenannte Späth-Gutachten, das bis in die Partei der Grünen hinein Zustimmung erfahren hat.

** Demnach haben Krisen in den modernen Gesellschaften eine positive Funktion im Sinne der dadurch ausgelösten Kapazitätserweiterungen des politischen Systems.

plätze. Der Adressat ist das staatliche Handeln, Ziel die Steigerung von politischen Steuerungskapazitäten.

Die ökologische Modernisierung ist eine Kombination aus mehreren Teilstrategien:

- eine ökologische und ökonomische Effizienzsteigerung (»ökologische Rationalisierung«) durch »Produktsubstitution« und durch die Reduktion der »Umwandlung knapper Rohstoffe in Schadstoffe«;
- die Ausnutzung der 'Krise' der traditionellen Industriezweige für Umverteilungen innerhalb des industriellen Sektors (intelligente Verwendung von Energie und Rohstoffen, höhere Akzeptanz von Öko-Produkten); der Ausbau der sog. »Öko-Industrie« als Wachstumsbranche mit positiven beschäftigungspolitischen Effekten;
- Verstärkung der »Tertiärisierung« der industriellen Produktion generell, d.h. des vermehrten Einsatzes des »nicht-materiellen« Produktionsfaktors 'Information'. (Vgl. Jänicke 1984)

Erreicht werden soll damit ein »ökologischer Strukturwandel« in Richtung von »ökologisch angepaßteren Wirtschaftsformen«. (Jänicke 1986: 208f.)

Jänickes Versicherung, daß diese Instrumente einer technologiepolitisch gestützten Wirtschaftspolitik der »ökologischen Vorsorge« dienen sollen, basiert zunächst auf einer Reduktion von 'Ökologie' auf »Ressourcenschonung«. Und da die strukturelle Beschaffenheit der kapitalistischen Wirtschaft nach staatlicher Intervention verlangt (»Marktversagen«), muß die 'ökologische Umorientierung' folgerichtig hauptsächlich mit den Mitteln der staatlichen Strukturpolitik in das 'ökonomische System' hineingetragen werden. Und so führt paradoxerweise die Diagnose des strukturellen Staatsversagens zur Forderung einer Stärkung der Staatsfunktionen. Woher der plötzliche Souveränitätsgewinn kommen soll, bleibt ungeklärt. Zugleich werden andere politische und gesellschaftliche Akteure konzeptionell an den Rand gedrängt - Bürgerinitiativen, oppositionelle Gruppen -, obwohl sie praktisch als 'Machtfaktoren' in das politische System hineinwirken. Die Frage nach der Öffnung des politischen Systems auf andere, nicht-staatliche Handlungspotentiale wird kaum gestellt.

Das reduzierte Verständnis von Ökologie ermöglicht auch die Entschärfung des Konfliktes zwischen Ökonomie und Ökologie. Die (unter Berücksichtigung der Stellung der bundesdeutschen Industrie im Weltmarkt) nicht unwahrscheinliche These, daß die Expansion des Exports von 'Öko-Produkten' und eine ressourcen-schonende Produktion arbeitsmarktpolitisch

'positive Effekte' haben werden, bedeutet wohl kaum eine Entschärfung der ökologischen Krise (oder eine gelungene »Versöhnung von Ökonomie und Ökologie«), solange nicht (zumindest) eine Antwort auf die Frage der Begrenzung der industriell-kapitalistischen Produktionsweise gegenüber anderen Formen der gesellschaftlichen Naturaneignung und Verkehrsformen entwickelt wird.

Problematisch für den 'Erfolg' des ökologischen Strukturwandels ist schließlich auch das affirmative Verhältnis zu den neuen Technologien, die doch ein Teil der Krise sind.

So sehr also in einem technischen Sinne vielleicht eine Effektivierung von »vorsorgender Umweltpolitik« gegenüber der gegenwärtigen am »Stand von Wissenschaft und Technik« - so die bürokratische Floskel des umweltpolitischen Sankt-Florian-Prinzips - orientierten »nachsorgenden Umweltpolitik« möglich scheint, so wenig kann von diesem Konzept eine umfassende, wirkungsvolle Antwort auf die ökologische Krise erwartet werden.

Grundsätzlich machen der affirmative Gebrauch von »Modernisierung« und ein technisch-ökonomisches Verständnis von »ökologischen Gefahren« diese Verengung der Problemsicht erst möglich. Ökologische Modernisierung ist ein Konzept, das an dem bestehenden, hegemonialen industriell-kapitalistischen Entwicklungsmodus nichts ändern will, sondern innerhalb seiner 'Struktur-Gesetzen' die Prioritäten anders gewichten möchte. Die ökologische Krise zwingt aber gerade zu der Einsicht, nach Alternativen zu dem gegenwärtigen Entwicklungsmodus zu suchen, um dann aus dieser 'radikalen' Perspektive einzelne, konkrete Veränderungsschritte zu konzipieren.

Der Umschlag der anfänglichen Kritik an der Unfähigkeit des politischen Systems, sich auf die ökologische Krise einzustellen, in den Glauben an den Staat als ein idealisiertes gesellschaftliches Steuerungszenrum, wird durch ein funktionalistisches Krisenkonzept ermöglicht, das von vornherein die Perspektive auf die Frage nach der Institutionalisierung eines neuen Krisenbewältigungsmusters beschränkt, das zu einer innovativen Weiterentwicklung des (politischen) Systems führen soll. Dieses Krisenverständnis bezieht sich also nur auf eine Strukturkrise des politischen Systems, nicht auf eine - und sei es auch nur ökosystemisch verengte - Vorstellung der Entwicklungskrise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse.

7. Der Krisendiskurs in den Sozialwissenschaften

Für die Bearbeitung der ökologischen Krise scheinen zunächst die Naturwissenschaften zuständig zu sein, etwa die Ökologie als Sub-Disziplin der Biologie. Dort haben sich inzwischen die Modellvorstellungen einer Öko-Systemforschung weitgehend durchgesetzt. Die ökologische Krise erscheint hier als Störung von Gleichgewichten, von Kreisläufen, von Energie- und Stoffbilanzen, als Artenschwund und Zerstörung von Biotopen, Vergiftung und Verseuchung. Die soziale Seite der Krise wird entweder als Eingriff in natürliche System-Zusammenhänge thematisiert oder es wird versucht, Gesellschaft als Teil eines ökologischen Systems zu behandeln. Gegenüber dieser naturalistischen Verkürzung haben unter dem Eindruck der globalen ökologischen Gefährdungen und der Gefahr eines atomaren (Welt-)Bürgerkrieges aber auch die Versuche von Naturwissenschaftlern zugenommen, aus ihrer je spezifischen Perspektive und mit einem naturwissenschaftlich geprägten Krisenbegriff die gegenwärtigen *gesellschaftlichen* Umwälzungsprozesse als krisenförmige zu beschreiben. Am bekanntesten wurden in diesem Zusammenhang die Arbeiten des Physikers und Philosophen C.F. v. Weizsäcker.

Im Rahmen einer 1985 durchgeführten Tagung des Wiener »Instituts für die Wissenschaften vom Menschen« zu dem Thema »Krise« - der (soweit ich es zu überblicken vermag) einzigen Tagung zu diesem Thema in den letzten Jahren (vgl. Michalsky 1986) - hat v. Weizsäcker seine Krisenüberlegungen prägnant zusammengefaßt. (Weizsäcker 1986: 11ff.) Als den Kern der gegenwärtigen Krisensituation sieht er den »unaufhaltsamen Siegeszug der Naturwissenschaften«. Entsprechend gewinnt er an der Darstellung des Krisenmodells der Wissenschaften ein allgemeines Krisenmodell, das auf die anderen Krisenbereiche übertragen wird.

Im Anschluß an den Kuhn'schen Paradigmenwechsel, den Wechsel von »forschreitender« - stationärer - Wissenschaft und wissenschaftlichen Revolutionen, spricht er von einer Abfolge von »Ebenen« und »Krisen« und

überträgt dieses Modell der Wissenschaftsentwicklung auf den gesamten natürlich-menschlichen Entwicklungsprozeß als Evolution: »Ebenen und Krisen gibt es überall, schon in der anorganischen Natur« (ebd.: 14).

Durch sog. »Fulgurationen« (Blitze), den Bifurkationspunkten in den Selbstorganisationstheorien vergleichbar, kommt die Krise zu einem Abschluß; ein neues Modell setzt sich durch - eine neue 'Ebene' ist erreicht -, und das Alte stirbt ab. Dieses Modell überträgt v. Weizsäcker dann in eine Gegenwartsdiagnose als das Zusammentreffen einer wirtschaftlichen Krise, einer militärischen Krise und einer Krise der Weltordnung, d.h., der neuzeitlichen Wissenschaft und Technik, der Kultur und der Religion als den konstitutiven Elementen des globalen Krisenzusammenhangs.

In diesem kultur-evolutionären Krisenmodell verschwimmen die Ursachen der gegenwärtigen Krise im Horizont der evolutionsgeschichtlich unkorrigierbaren Entstehung von »Hochkulturen« vor unfähr 6000 Jahren - die Weizsäcker mit der Entstehung von 'Gesellschaft', und den Ursprüngen des neuzeitlichen Verständnisses von Ökonomie, Macht und kultureller Ausdifferenzierung gleichsetzt -, und deren Folgen in einem die gesamte Menschheit umfassenden aktuellen Krisenprozeß kulminieren, »dessen Entscheidung ... in vermutlich katastrophaler Gestalt noch vor uns liegt« (ebd.: 193).

Gegen die Wahrscheinlichkeit der Katastrophe bleibt als möglicher Ausweg allenfalls eine auf Umorientierung und Rückbesinnung bezogene »geistige Bewegung« und ein damit im Bündnis stehender - selbstreflexiver - Fortschritt in den Wissenschaften: eine letztlich ebenso pessimistische wie elitäre Vorstellung, die sich auf die Vorstellung einer privilegierten Wertegemeinschaft zurückzieht und darin eher an die ökologisch orientierte Ethikdebatte Anschluß findet als an eine materiale Auseinandersetzung mit der Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse.

Sozialwissenschaftliche Krisenkonzeptionen

In den Sozialwissenschaften tauchte die 'ökologische Krise' Anfang der 70er Jahre zunächst in einer Fassung auf, wie sie durch die globalökologischen Simulationsstudien geprägt ist: Bevölkerungsexplosion, Nahrungsmittelknappheit, Energiekrise, Rohstoffknappheit, Umweltverschmutzung. Danach bestimmen die Thematisierungen der ökologischen Protestbewegungen den wissenschaftlichen Krisendiskurs: als Soziologie sozialer Be-

wegungen, des Wertewandels, der Folgen technischer Innovationen wird die ökologische Krise entweder als rein soziales Phänomen behandelt oder in einem allgemeinen Krisendiskurs neutralisiert. Bleibt die Frage zu stellen, inwieweit in prononcierteren Krisenkonzepten ein differenziertes Krisenverständnis entwickelt wird, das entweder explizit in einem engen Zusammenhang mit der ökologischen Krisenthematisierung steht oder sich - etwa in der Tradition der Kritischen Theorie - auf die Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse beziehen ließe.

Dieser Frage möchte ich am Beispiel von drei Autoren - Walter L. Bühl, M. Prisching und J. Habermas - nachgehen.

W.L. Bühl

Auf welche Schwierigkeiten, nach der generellen Verabschiedung des (allgemeinen) Krisenbegriffs, die Formulierung von allgemeinen Krisentheorien innerhalb der *Sozialwissenschaften* stößt, zeigt exemplarisch eine Arbeit von *W.L. Bühl*. In seinem Buch »Krisentheorien - Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Übergang« (1984), das einen Versuch darstellt, in einem eigenen theoretischen Entwurf die diversen krisentheoretischen Ordnungsversuche selbst wiederum zu ordnen, drückt er diese Distanz gegenüber dem Krisenbegriff so aus: »Wenn man jedoch nach den objektiv zu ermittelnden Ursachen und Bedingungen fragt, dann gibt es für gewöhnlich keinen Unterschied zwischen einer 'Krise' oder einem 'Problem'. 'Probleme' sind in der Regel nicht minder ernst als 'Krisen'; man kann fast umgekehrt sagen: Wo eine 'Krise' wahrgenommen wird, dort gibt es keine Probleme mehr, dort wird der Problemkontext zerstört, wird ein nach außen gut sichtbar zu machendes Ereignis herausgehoben und isoliert, mit einer eigenen (phantastischen) Ätiologie versehen und einer äußerlichen Symptombehandlung zugeführt. Was ein Problem und was eine Krise ist, das ist lediglich eine Sache des Grades der öffentlichen Dramatisierung«. (Bühl 1984: 8) Anders gesagt: Eine wissenschaftliche Krisentheorie, die mehr sein will als Rhetorik, sollte nach Meinung Bühl's auf die Krisenmetaphorik verzichten und strikt zwischen subjektiver Bedeutung und objektivem Status unterscheiden.*

* Für Bühl gibt es beim derzeitigen Stand der Krisentheorie drei verschiedene Ansätze: die Krise als Entscheidungsproblem, die Krise als Systemproblem und die Krise als Strukturproblem. Nur der letztere Ansatz scheint ihm komplex genug, um damit sinnvoll arbeiten zu können.

Entsprechend erscheint das subjektive Krisenbewußtsein in seinem Text lediglich verzerrt als ein Produkt der Skandalisierung und Dramatisierung von - meist protestierenden - (Gegen-)Eliten.

Und ebenso konsequent erscheint die Krise der gesellschaftlichen Handlungsfähigkeit lediglich als 'sozialorganisatorische' Anpassungs- und Kontrollkrise. Selbst dort, wo noch in der sozialwissenschaftlichen Diskussion zumindest der Versuch unternommen wird, das 'soziale System' als insgesamt krisenhaft zu konzipieren, wie z.B. in der Rede von der »Legitimationskrise« (Offe, Habermas) oder der »Unregierbarkeitskrise« (Hennies, Kielmannsegg), sieht Bühl vor allem den unbrauchbaren und unzulässigen Versuch einer »Überpolitisierung« einzelner Krisenphänomene.

Generell interessiert ihn die soziale Seite der Krise - die Veränderung von Lebensformen und Arbeitsstrukturen, Gesundheitsgefährdungen oder die technischen Eingriffe in die 'innere Natur' des Menschen - kaum. Auch was »Natur« bzw. »Naturzerstörung« in seinem Konzept meinen könnte, verschwindet hinter einer technizistischen Naturkonzeption von Ökologie als »mehrschichtigem System« und der traditionell-industrialistischen Vorstellung von der Natur als Rohstofflager des Menschen.¹

Was also ist nach Bühl die ökologische Krise - für ihn gleichbedeutend mit »technologisch-ökologischer Krise« oder schlicht dem Problem von »ökologischer Knappheit«?

»Im Grunde sind ökologische Krisenerscheinungen Ausfluß einer politisch-organisatorischen Krise (»Krise der Demokratie«, *Th. J.*) einerseits und einer technologisch-organisatorischen Systemkrise (»Strukturkrise der Wirtschaft«, *Th. J.*) andererseits.« (Bühl 1984: 172) Sie sind ein 'Übergangsproblem' *innerhalb* des »industriellen Wandels«, dessen Dynamik mit der Theorie der »Langen Wellen« von Kondratieff (Schaffung neuer Basistechnologien und Erschließung neuer Rohstoff- und Energieressourcen) beschrieben wird.²

Damit sind also weder die Folgen der weiter zunehmenden »Eingriffstiefe in die Natur« gemeint - Herstellung neuer Molekularstrukturen, Erzeugung neuer biologischer Arten etc. - noch die sozialen Risiken und »Nachfolgelasten« der neuen Welle des wissenschaftlich-technischen Fortschritts oder die Zerstörung der großen Ökosysteme; dies alles hält Bühl mit den gegebenen technischen Mitteln für lösbar.³

Wirklich 'gefährdet' ist nach Bühl allenfalls das »zukünftige evolutionäre Potential« (Bühl 1984: 173), und wirklich 'gefährdend' ist die Fortdauer

von »Vorstellungen und Lebenspraktiken ..., die vielleicht zu Beginn der Industrialisierung angemessen waren« (ebd.: 169) sowie der Legitimations- und Kompetenzverfall der politischen und administrativen Eliten, worin Bühl die einzig relevante Ursache der »Krise der Demokratie« und des »Wandels der Politik« zu erkennen meint. Als Ausweg aus der Krise bietet sich seiner Meinung nach vor allem an, das »human capital« technisch und organisatorisch höher zu qualifizieren und die »Sozialorganisation« an das Niveau der (ressourcen- und energiesparenden) neuen Technologien anzupassen.

Ökologische Probleme entstehen also als Resultat von Kontrollverlusten, die durch komplexere Steuerungsmechanismen kompensiert werden müssen. Isolierten Krisenlösungsstrategien, die auf der Ebene von systemischen Problem-Problemlösungsmodellen operieren, räumt Bühl allerdings wenig Chancen ein, dauerhaft die entsprechenden komplexen Steuerungsinstrumente auszubilden. Und so entwickelt er dann am Ende als eine Art 'Krisenprävention' ein »krisenresistentes« Simulationsmodell gesellschaftlicher Steuerungsprozesse - er nennt es an anderer Stelle auch ein »multistabiles Mehrebenensystem« -, welches als bio-kybernetischer Selbststeuerungsmechanismus das notwendige Maß an Variabilität, Diversifikation und Plastizität aufweisen soll, um unter den Bedingungen der nächst-höheren Stufe der notwendig fortschreitenden technologischen Entwicklung noch gesellschaftliche Normalitätszustände herstellen zu können.

Wenn sich durch den ganzen Text hindurch immer wieder ein zentraler Gedanke vermittelt, so dieser, daß jede noch so kleine Abweichung von Normalitätszuständen systemgefährdende Folgen haben kann. Dieser Krisenvorstellung, die durchaus mit dem politischen Krisenbewußtsein der »permanenten Gefährdung« korrespondiert, versucht Bühl durch die Umstellung von statischen Gleichgewichtssystemen zu dynamischen Ungleichgewichtssystemen Rechnung zu tragen. Dadurch werden bestimmte Variablenbreiten, Unsicherheitsspielräume etc. in die Gesellschaftstheorie aufgenommen und zugleich als neue Normalität definiert. Im vollständigen Gegensatz zu dem politischen Krisenbewußtsein tritt nun aber an die Stelle einer auf die gesellschaftliche Handlungsfähigkeit von Subjekten zielende Lösungsperspektive die sozial-technologische Utopie eines hochkomplexen Systems als Quasi-Subjekt der 'Geschichte', das gleichsam 'in-sich' und in 'Echtzeit' potentiell krisengenerierende Störungen sofort in neue Entwick

lungschancen umarbeitet - und so ständig »Normalität« herstellen können soll.

Bühl reagiert also auf das neue Krisenbewußtsein der permanenten Gefährdung, allerdings unter völliger Ausblendung und Abwertung der subjektiven Krisenerfahrungen und ihrer Reflexionsformen. Und die katastrophischen Momente der Krise werden - als der unwahrscheinliche Fall, daß die Systemdynamik außer Kontrolle gerät - abgespalten.

Und doch scheint der verdrängte Kern eines - wenn auch abstrakten - Katastrophismus im Text immer wieder durch, vor allem dann, wenn der Autor sich in dem Gelingen eines kybernetisch gesteuerten Übergangs von der vierten in die fünfte Kondratieffsche Welle besonders sicher wähnt. Exemplarisch etwa ist die durchaus drastische Schilderung der Zukunftsperspektive der großen Stadtregionen in den Ländern der dritten Welt, die sich unter der Überschrift »Bevölkerungskrise« findet und von Bühl als »Verslumungsproblem« bezeichnet wird: »Noch ganz abgesehen von der Schaffung von Arbeitsplätzen im Industrie- und Dienstleistungsbe- reich, die stets nur für einen kleinen Teil der arbeitsfähigen Bevölkerung ausreichen werden, sind diese Städte bereits heute nicht in der Lage, ihre Einwohner mit Wasser und Elektrizität ... zu versorgen. Wenn diese Städte schon an ihren Abfällen und an der Vergiftung der Umwelt zu ersticken drohen, so ist vielleicht noch schlimmer, daß sie nicht mehr regiert werden können, daß hier Elend und Kriminalität, Bandenunwesen und Korruption, Apathie und Siechtum großgezogen werden und daß auf längere Sicht nur wenig Hoffnung auf eine produktive sinnerfüllte Beschäftigung der Bevölke- rung besteht. Selbst wenn genügend Nahrungsmittel herbeigeschafft und täglich verteilt werden können (...) und selbst wenn von außen Kapital und Technologie zugeführt werden, wird dennoch nur der Zirkel der Armut verfestigt (...), nur daß nunmehr noch mehr Menschen in ihn einbezogen sind.« (Bühl 1984: 168)

Beschreibungen dieser Art, deren analytische Diskussion in jedem ein- zelnen Punkt mehr Fragen aufwerfen würde, als in Bühls Krisenschema jemals bearbeitet, geschweige denn beantwortet werden könnten, sind gleichsam der Statthalter des unexplizierten Katastrophismus, bleiben der Krisenanalyse aber völlig äußerlich. Gegenüber der Sprengkraft, die in die- sen Realphänomenologien der gegenwärtigen Krisensituation angehäuft ist, wird die Schwäche des Simulationsmodells des »krisenstabilen Systems« offensichtlich.

Das Verhältnis von Gesellschaft und Natur kann in Bühl's Krisenkonzept allenfalls in Gestalt von systemischen Austauschmodellen gleichsam tech- nizistisch karikiert, nicht aber als 'krisenhaftes' untersucht werden. Die Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse wird systematisch und sys- temisch entproblematisiert.

Entproblematisiert werden die - durch die neuen 'Fortschritte' in Wissen- schaft und Technik - radikalisierten Eingriffe in die naturalen Reprodukti- onsgefüge und ihre Verschränkung mit den Veränderungen sozialer und in- dividueller Wahrnehmungsweisen und Erfahrungsprozesse, mit der Verän- derung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Alternativ- und problemlos scheint die industriell-kapitalistische Entwicklung in den vorgezeichneten Bahnen weiter voranschreiten zu müssen - und wenn ich Bühl nicht miß- verstehe - auch sollen.

Die »Möglichkeit der Katastrophe«, auch wenn sie mit den empirischen Befunden, die Bühl heranzieht als unhintergehbare Grenze seiner 'Wege aus der Krise' aufscheint, bleibt für das Krisenkonzept ohne jede Konse- quenz. Als materiale Problembeschreibungen, die unverbunden neben der theoretischen Systemmodellierung stehen, können sie aufgrund theoretischer Vorentscheidungen nicht in eine Theorie der ökologischen Krise aufgenommen werden. Folgerichtig werden auch die Träger des gesell- schaftlichen Krisenbewußtseins, wie z.B. die Ökologiebewegung, an den Rand gedrängt, allenfalls als 'Frühwarnsystem' gelobt, als politische Akteure jedoch verabschiedet.

Ein ähnlich abstrakter Katastrophismus findet sich im übrigen (wie schon angedeutet), wenn auch eher expliziert, bei *N. Luhmann*: »Die öko- logische Selbstgefährdung liegt (also) durchaus im Rahmen der Möglich- keit von Evolution (...) Man muß (mindestens auch) mit der Möglichkeit rechnen, daß ein System auf seine Umwelt so einwirkt, daß es später in die- ser Umwelt nicht mehr existieren kann«. (Luhmann 1986: 38) Luhmann unterscheidet in diesem Zusammenhang eine, unter Zeit- und Entschei- dungsdruck stattfindende soziale wie ökologisch-neutrale permanente Er- neuerung der Systeme, sofern diese in der Lage sind, ihre eigene Auto- poiese durch eine ausbalancierte (»nicht zuviel und nicht zuwenig«) Reso- nanz auf »Umweltrauschen« zu sichern, d.h., das für ihre Erhaltung not- wendige Maß an Offenheit und Geschlossenheit herzustellen. Mißlingt dies, so tritt der evolutionstheoretisch »wahrscheinlichere« Fall ein, die Selbstzerstörung; das 'Ende' des Systems - zum Beispiel des sozialen Sy-

systems 'Weltgesellschaft' - ließe sich ergänzen. Je nach Beobachterstandpunkt käme dies wohl einer Katastrophe gleich - für den Beobachter erster Art - oder erschiene lediglich als eine notwendige »Reduktion von Komplexität« - zum Beispiel für einen extraterrestischen Beobachter zweiter Art.⁴

M. Prisching

Das Verfahren, den Krisenbegriff zu zerbrechen und ihn mit Versatzstücken aus anderen Theoriebereichen - Evolutionstheorie, Soziobiologie, Kybernetik, Autopoiesislehre - aufzuladen, hat sich allgemein in den systemisch orientierten Sozialwissenschaften durchgesetzt. Die 'Bedeutungsverbindungen', die den traditionellen Krisenbegriff auszeichnen, werden auseinandergerissen, der Bezug auf Kritik, die Notwendigkeit, objektiven Gehalt und subjektive Bedeutung, heilsgeschichtlich-geschichtsphilosophischen Horizont und konkrete Krisenphänomene nicht zu trennen, geht verloren. Der katastrophische Kern der Krise wird verdrängt, die Möglichkeiten der Entscheidung der Alternative, d.h. konkret einer anderen, nicht-kapitalistischen Entwicklung werden geleugnet.

Nach solchen Verdrängungen und Abspaltungen kann dann auch generell wieder im wissenschaftlichen Diskurs von »Krisen« geredet werden, können sie einzelwissenschaftlich aufgenommen, analysiert und erklärt werden: z.B. Krise des Wachstums, Krise des Wohlfahrtsstaates, Krise des Steuerstaates, Krise des Interventionismus, Krise der Regierbarkeit, Krise der Legitimität, Krise der Identität ... So lauten die Unterkapitel in dem 1986 erschienenen Band »Krisen. Eine soziologische Untersuchung« von *M. Prisching*, in dem ausführlich, fast lexikalisch, eine »umfassende kritische Sichtung des (krisen-)theoretischen Angebots« vorgelegt wird. Auch hier finden sich weitverstreut die bekannten Bruchstücke von Themen und Thesen aus dem wissenschaftlichen Krisendiskurs - 'Theorie der langen Wellen', 'Kontingenztheorem', 'Überlastung des Wohlfahrtsstaates', 'Staatsversagen' und 'Marktversagen', 'Pluralisierungsthese', 'Wertewandel' etc.

In den einzelnen Krisenfeldern operiert Prisching mit einem evolutionstheoretischen Krisenbegriff, der zumindest indirekt die subjektiven Krisenwahrnehmungen - als Hinweise auf krisenrelevante »individuelle Intentionen« - mitzuumfassen glaubt und sich systematisch auch auf die 'Möglichkeit der Katastrophe' zu beziehen scheint: »Ist eine Phase eingetreten, in der die Reproduktion der Individuen einer bestimmten Population (einer bestimmten Menge von Gesellschaften) nicht mehr gewährleistet ist, weil die

Eigenschaften der Individuen den Erfordernissen der Umwelt nicht mehr entsprechen, so gerät die Spezies in eine 'Krise'. Diese wird mit den Erlöschens des Bestandes der Population ('Zusammenbruch'), mit der allenfalls diskontinuierlichen Entwicklung eines neuen Organisationsprinzips ('neue dissipative Strukturen') oder mit der verzögerten, aber letztlich doch erfolgenden Anpassung an die neuen Umwelthanforderungen ('Krisenbewältigung') abgeschlossen. *Krisen sind*, in der Sprache der Evolutionstheorie, *Anpassungsdefizite* (Herv. Th. J.), die ein so gravierendes Ausmaß erreichen, daß die Reproduktion der Gattung nicht mehr gewährleistet ist.« (Ebd.: 67f.)

Im Verlauf seiner »Bestandsaufnahme« erweist sich allerdings, daß die drei Krisenperspektiven, die hier noch - wenn auch mehr oder weniger unverbunden - zusammen genannt werden, auf eigentümliche Weise auseinanderfallen. Wirklich entfaltet werden die einzelnen Krisenbereiche nur in Hinblick auf die dritte Perspektive der Krisenbewältigung; die beiden anderen, 'extremere' Perspektiven - Zusammenbruch oder Revolutionierung - erscheinen lediglich als randständige 'Constraints' der Beschreibungen, die 'irgendwie' mitlaufen, ohne in die Krisenbeschreibung selbst systematisch aufgenommen zu werden.

So erweisen sich auch hier, trotz aller Bemühungen einer evolutionstheoretischen Absicherung, die gegenwärtigen Krisen im Kern - und nur hier sieht man das wissenschaftliche Interesse des Autors lokalisiert - als schlichte Anpassungs- und Steuerungskrisen. »Die 'große Frage' nach der Krisenhaftigkeit der gegenwärtigen westlichen Industriegesellschaften führt uns ... zu der Feststellung, daß es sich um keine manifeste 'Gesamtkrise' handelt, in der die bröckelnden Mauern der einstmalen strahlenden abendländischen Festung der Moderne unübersehbare, existenzbedrohende Risse aufweisen: das 'dunkle Zeitalter', in dem verängstigte Individuen, nach dem verlorengegangenen Sinn in einer chaotischen Ordnung tastend, umherirren, kann trotz aller Spannungen und Störungen nur von überzeugten Kulturpessimisten (...) ausgerufen werden. Es handelt sich um *Steuerungsprobleme*, mit denen die Industriegesellschaften zu kämpfen haben, um *Anpassungszwänge*, denen sie ausgesetzt sind.« (Ebd.: 640)

Daß »Krisen sich durch einen bestandsbedrohenden Umweltdruck auszeichnen, der zur Anpassung zwingt« (ebd.: 642), kann demnach nur bedeuten, daß die Bestandsgefährdung nicht auf die Gesellschaft insgesamt, sondern auf ihre 'Subsysteme' bezogen wird; die material-stoffliche und die

soziale Seite verschwinden auch hier, Umwelt ist nicht mehr als ein funktionales Anhängsel ans System. Konsequenterweise macht Prisching noch nicht einmal den Versuch, die ökologische Krise in seine Krisenzyklopädie mitaufzunehmen; und die Ökologiebewegung wird dann entsprechend mit anderen Bewegungen als Ausdruck der »Krise der Identität« und des 'Wertewandels' angesprochen.

Auch hier ergibt sich also ein ähnlicher Befund wie bei Bühl: Der Krisenbegriff wird in seine Bedeutungsvielfalt zerlegt. Um einen 'harten', wissenschaftlichen Kern der systemtheoretischen Reformulierung von Krise als einer bestimmten Klasse von Problemem (Anpassungs- und Steuerungsproblemen eines Gesellschaftssystems im Übergang) kreisen die abgespaltenen Bedeutungen und ausgegrenzten Themen. So können aber weder der Prozeß der Abspaltung selbst, noch die Verdichtungs- und Überlagerungsprozesse im 'system-wissenschaftlichen Kern', zum Gegenstand der Reflektion werden. Die faktische Marginalisierung der subjektiven Krisenwahrnehmungen und ihrer gesellschaftlichen Träger - der sozialen Bewegungen und jugendlichen Subkulturen - wird zudem nicht nur entproblematisiert, sondern durch die Verdopplung des real-gesellschaftlichen Vorgangs in der wissenschaftlichen Reflektion bestätigt und zementiert.

Aber die Überlastung der einzelnen Individuen und Gesellschaften, durch die die Krisenprozesse hindurchlaufen, werden sicherlich nicht schon dadurch geringer, daß sie zu Systemproblemen heruntergebrochen und für die Individuen/Gesellschaften 'entproblematisiert' werden. Ebenso wenig steht zu erwarten, daß die Globalgefährdungen allein deshalb abnehmen, weil sie aus dem Raster der wissenschaftlichen Krisentheorien herausfallen. Eher ist ein gegenteiliger Effekt zu erwarten.

J. Habermas

Weniger eindeutig scheint die Verabschiedung des Krisenbegriffs bei *J. Habermas* der Fall zu sein, der 1973 mit der Studie »Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus« wohl als einer der ersten den expliziten Versuch unternommen hat, die ökologischen Gefährdungen sozialwissenschaftlich zu thematisieren.

Krisen entstehen, meint Habermas, wenn die Struktur eines Systems weniger Möglichkeiten der Problemlösung zuläßt, als zur Bestandserhaltung des Systems in Anspruch genommen werden müßten.* Um mit diesem all-

* Die folgende Argumentation übernehme ich im wesentlichen von E. Becker (in: Becker/Jahn 1987:

gemeinen Krisenbegriff arbeiten zu können, müssen sowohl die Systeme als auch deren Bestandsbedingungen bestimmt sein; es sind ferner die von den Systemen zu lösenden Probleme zu identifizieren; es müssen schließlich die Ursachen jener krisenhaften Akkumulation von Problemen erkannt werden. Habermas versucht das im Rahmen einer umfassenden Begründung seiner Gesellschaftstheorie zu bearbeiten, die inzwischen mit der »Theorie des kommunikativen Handelns« als 'opus magnum' vorliegt.

Mit der funktionalistischen Systemtheorie teilt Habermas dabei das Problem, die Grenzen und die Bestandsbedingungen eines theoretisch identifizierbaren Gesellschaftssystems bestimmen zu müssen. Er versucht dieses Problem dadurch aufzulösen, daß er ein »Gesellschaftssystem« einerseits gegen seine »Umwelt« abgrenzt (d.h. gegen die »äußere Natur«, gegen die »innere Natur« der vergesellschafteten Menschen und gegen andere Gesellschaftssysteme); andererseits konfrontiert er es mit der »Lebenswelt« der vergesellschafteten Menschen. Wie beide Bestimmungsversuche theoretisch zusammenhängen, bleibt dabei allerdings zunächst noch ziemlich dunkel.*

Entsprechend der Unterscheidung zwischen einem »Gesellschaftssystem« und seiner »Umwelt«, unterscheidet er dann zwischen systeminternen und systemexternen Krisenursachen. Er nennt die durch die inneren Mechanismen des Gesellschaftssystems ausgelösten Krisen »systemspezifische Krisen« und ordnet sie dessen einzelnen Teilsystemen zu:

»Der Grundwiderspruch des kapitalistischen Systems führt dazu, daß ceteris paribus entweder

- das ökonomische System das erforderliche Maß an konsumierbaren Werten nicht erzeugt, oder
- das administrative System das erforderliche Maß an rationalen Entscheidungen nicht hervorbringt, oder
- das legitimatorische System das erforderliche Maß an generalisierten Motivationen nicht beschafft, oder
- das soziokulturelle System das erforderliche Maß an handlungsmotivierendem Sinn nicht generiert.«⁵

Diesen systemspezifischen Krisentendenzen werden nun jene »globalen Gefährdungen« hinzugefügt, die aus der »Umwelt« des Systems resultieren

65-73).

* Später wird diese Unterscheidung aufgegeben. System und Lebenswelt bezeichnen dann die zwei Handlungsbereiche der materiellen und kulturellen Reproduktion.

sollen. Habermas verknüpft die beiden Krisentendenzen durch die fragwürdige These, es handle sich bei den globalen Gefährdungen um systemunspezifische Folgeprobleme des kapitalistischen Wachstums: »Die rapiden Wachstumsprozesse spätkapitalistischer Gesellschaften haben das System der Weltgesellschaft mit Problemen konfrontiert, die sich nicht als systemspezifische Krisenerscheinungen verstehen lassen, wenngleich die Möglichkeiten der Krisenverarbeitung systemspezifisch begrenzt sind. Ich denke dabei an die Störung des ökologischen Gleichgewichts, an die Verletzung von Konsistenzforderungen des Persönlichkeitssystems (Entfremdung) und an die explosive Belastung internationaler Beziehungen. Mit wachsender Komplexität verschiebt das System der Weltgesellschaft seine Grenzen so weit in seine Umwelten hinein, daß es an *Kapazitätsschranken* (Herv. Th. J.) sowohl der äußeren wie der inneren Natur stößt. Die ökologischen Gleichgewichte bezeichnen eine absolute Grenze des Wachstums; die weniger handgreiflichen anthropologischen Gleichgewichte bezeichnen eine Grenze, die nur um den Preis einer Veränderung der soziokulturellen Identität gesellschaftlicher Systeme überschritten werden kann. Die selbstdestruktive Gefährdung des internationalen Gleichgewichts schließlich ist ein Folgeproblem des Wachstums destruktiv verwendbarer Produktivkräfte.« (Habermas 1973: 72)

Auch jene globalen Gefährdungen werden in der Habermas'schen Krisentheorie nicht bloß beschrieben, sondern von Anfang an systemtheoretisch interpretiert: Die verschiedenen Gesellschaftssysteme sollen danach im labilen Gleichgewicht mit ihrer jeweiligen Umwelt stehen; durch ökonomische Wachstumsprozesse seien die Systeme gezwungen, ständig ihre Grenzen zu verschieben und kämen dadurch aus dem Gleichgewicht. Die globale Krisensituation glaubt Habermas dadurch erklären zu können, daß er unüberwindbare Schranken für das normale Funktionieren postuliert: stoffliche Schranken der 'äußeren Natur' (die endlichen Ressourcen der materiellen Produktion, die begrenzte Aufnahmefähigkeit der natürlichen Umwelt für Abfälle und Schadstoffe); psychische Schranken der 'inneren Natur' der Menschen (Belastbarkeit der Psyche, mögliche Auflösung von handlungsverbürgender Identität etc.); schließlich noch jene Schranke, die sich durch die Existenz hochtechnisierter Massenvernichtungssysteme ergibt, welche in Zeiten des »Kalten Krieges« sowohl die Ausdehnung des kapitalistischen Weltsystems über seine derzeitigen Einflußsphären hinaus als auch einen Export des »realen Sozialismus« begrenzte. Die Schranken

von äußerer und innerer Natur und die nur noch mittels thermonuklearer Waffen garantierte Machtbalance der »Weltgesellschaft« markieren zugleich das Umschlagen der menschlichen Produktivkräfte in Destruktivkräfte.

Das seiner Krisentheorie zugrunde gelegte System-Umwelt-Schema zwingt ihn dann, im Gegensatz zu den 'systeminternen Krisen' die verschiedenen 'Wachstumsschranken' als systemextern zu fassen. Die globalen Gefährdungen sind nun als Störung des Austauschs zwischen spätkapitalistischer Gesellschaft mit verschiedenen Segmenten der nicht-gesellschaftlichen und der gesellschaftlichen Umwelt zu begreifen. Wenn diese 'Austauschstörungen' systemtheoretisch formuliert werden sollen, so müßte ein Konzept verfügbar sein, das Gesellschaftssystem und Umwelt übergreift. Die Differenz von System und Umwelt müßte zum Ausgangspunkt der Begriffsbildung gemacht werden und nicht die innersystemischen Mechanismen der Problemlösung. Das hat, ohne Erfolg, Luhmann in der »ökologischen Kommunikation« versucht.

Habermas hat seine Theoriekonstruktion jedenfalls so angelegt, daß über das Konstituieren der Differenz und das Behaupten von Gleichgewichten hinaus keinerlei begriffliche Mittel vorhanden sind, um die »Austauschstörungen« zu behandeln. Er muß seine Analyse auf »systemspezifische Krisentendenzen« beschränken.

Seine krisentheoretische Generalthese lautet nach dieser soziologischen Selbstbeschränkung: Die verschiedenen gesellschaftlichen Teilsysteme erbringen bestimmte Leistungen nicht mehr »im erforderlichen Maß«, d.h., sie verfehlen nach Qualität, Umfang und Zeitordnung ihre Funktion. Demnach wäre die systemspezifische Krise von der Art einer »Unterproduktionskrise«: Es wird, so behauptet Habermas mit seiner These, zu wenig an Werten, an rationalen Entscheidungen, an Legitimationen und an Sinn erzeugt, die damit gewissermaßen in Knappheitsüberlegungen hineingenommen werden. Die Generalthese setzt voraus, daß es einen gesellschaftlichen Gleichgewichtszustand gibt, von dem her das »erforderliche Maß« zu bestimmen wäre. Wie das geschehen soll, erfährt man allerdings nicht.

Habermas begründet seine systemtheoretischen Konzeptionalisierungen und die kapitalismusspezifischen Krisentendenzen damit, daß durch reale Veränderungen im Kapitalismus die Gesellschaftstheorie gegenüber der Marxschen Theorie zu verändern sei. Der staatlich organisierte Kapitalis-

mus funktioniere zunehmend systemförmig und seine Steuerungsprobleme seien nur noch systemtheoretisch begreifbar. Folgende Veränderungen gegenüber dem klassischen Kapitalismus hält er für entscheidend:

- durch die Entstehung eines öffentlichen Sektors und die staatliche Organisation von Wissenschaft, Bildungsprozessen, materieller und immaterieller Infrastruktur sei die Mehrwertproduktion verändert;
- durch eine quasipolitische Lohnstruktur, die einen partiellen Klassenkompromiß zum Ausdruck bringt, sei der Grundwiderspruch des Systems entschärft;
- schließlich sei durch den Bedeutungszuwachs des Staates, der in die Funktionslücken des Marktes einspringen muß, der Legitimationsbedarf des politisch-adminstrativen Systems stark angestiegen und der Staatsapparat könne seine Aufgabe im ökonomischen System nur unter den einschränkenden Bedingungen einer gleichzeitigen Garantie von Massenloyalität erfüllen.

Selbst dann, wenn man diese Tendenzbeschreibung akzeptieren wollte, folgte daraus keinesfalls, daß der systemförmig funktionierende Kapitalismus nur noch systemtheoretisch zu begreifen sei. Das zeigt sich zum Beispiel daran, wie in diesem funktionalistisch-systemtheoretischen Krisenkonzept - und der dadurch implizierten Aufspaltung von Krisenphänomenen in »globale Gefährdungen« und »systemspezifische Krisentendenzen« - die sozialwissenschaftliche Thematisierung und das Krisenbewußtsein in den neuen Bewegungen auseinanderfallen.

In den sogenannten neuen sozialen Bewegungen, durch welche die allgemeinen Krisenphänomene thematisch wurden, wurde die Aufmerksamkeit gerade auf jene Phänomene gerichtet, die Habermas als systemunspezifisch theoretisch ausgegrenzt hat. Der inhaltliche Focus war dort die Zerstörung der Natur, die Überlastung der Psyche und der menschlichen Beziehungen, die Gefahr eines atomaren Vernichtungskrieges. Die in der systemtheoretischen Krisentheorie als Folgeprobleme des kapitalistischen Wachstumsprozesses diagnostizierten globalen Gefährdungen, jene externen 'Schranken' der Kapitalakkumulation, bildeten zunehmend die zentralen Themen politischer Bewegungen. Hierdurch wurden aber die von Habermas theoretisch ausgegrenzten Krisentendenzen praktisch in das Gesellschaftssystem hineingezogen. Die von ihm als 'systemspezifisch' klassifizierten Krisentendenzen erhielten damit eine neue Kontur: Mit der ökologi-

schen Kritik am kapitalistischen Akkumulationsprozeß und der damit verbundenen Naturzerstörung, mit der radikalen Kritik an der technisch-instrumentellen Rationalität und der Expertenherrschaft, mit dem Widerstand gegen eine auf Verfahrenslegitimation reduzierte Begründung staatlicher Politik und parlamentarischer Interessenrepräsentation, der Absage an die Sinnlosigkeit einer privatistischen Leistungsideologie etc. bezog die ökologische Bewegung in ihrer Praxis auch die 'systemspezifischen Krisentendenzen' auf globale Gefährdungen. Globalökologische Thesen und Argumente bekommen eine veränderte Bedeutung, wenn damit Konflikte und Erscheinungen im eigenen alltäglichen Lebensbereich interpretiert werden.

Diese Veränderungen im gesellschaftlichen Krisendiskurs, die in den folgenden Jahren auch für Sozialwissenschaftler nicht mehr zu übersehen waren, versuchte Habermas in der 1981 erschienenen »Theorie des kommunikativen Handelns« aufzunehmen, indem er das ältere Krisenmodell erweitert und den System/Lebenswelt-Dualismus weiter ausbaut.

In der Kategorie 'Lebenswelt' fließen die gesellschaftlichen 'Umwelten' des Systems mit einem Ensemble meta-historischer, symbolischer Strukturen zusammen und bilden den intelligiblen Horizont aller gesellschaftlichen und individuellen Handlungsmuster sowie die Einheit der die nicht-materielle gesellschaftliche Reproduktion sichernden, über kommunikatives Handeln (Sinn) gesteuerten, Handlungsbereiche: die kulturelle Reproduktion, die soziale Integration und die Sozialisation; die von materiellen Prozessen abgekoppelte Herstellung von »Kultur«, »Gesellschaft« und »Person«. (Habermas 1981: 205ff.)

Das erweiterte Krisenkonzept soll sich nun auch auf »Störungen der Lebenswelt« beziehen können. »Störungen der materiellen Reproduktion der Lebenswelt nehmen in modernisierten Gesellschaften die Gestalt hartnäckiger Systemungleichgewichte an; diese wirken sich entweder unmittelbar als *Krisen* aus; oder sie rufen *Pathologien* in der Lebenswelt hervor.« (Ebd.: 565) Das heißt, daß unverändert Krisen generell als Wirkungen von Systemungleichgewichten bezeichnet werden, die dann entstehen, wenn »die Leistungen von Ökonomie und Staat manifest unterhalb eines etablierten Anspruchsniveaus bleiben und die *symbolische Reproduktion der Lebenswelt beeinträchtigen*, indem sie dort Konflikte und Widerstandsreaktionen hervorrufen.« (Ebd.: 565) Dieser gleichsam 'systemimmanente' Krisenmechanismus geht in einen zweiten, analogen Krisenzusammenhang über, den Habermas - mit einem deutlich medizinisch eingefärbten Begriff

- »Pathologien der Lebenswelt« - nennt. Diese entstehen, wenn in systemischen Krisen, über ihre konflikt-generierenden Wirkungen hinaus, die Ressourcen der Lebenswelt angegriffen werden; und zwar dann, wenn diese »Rückgriff(e) auf lebensweltliche Ressourcen« zu einer Störung der kulturellen Reproduktion, der sozialen Integration und Sozialisation führen. Dies geschieht, wenn die Medien systemischer Handlungskoordination (Macht, Geld) in lebensweltliche Bereiche eindringen, die auf die Handlungskoordination durch sprachliche Verständigung angewiesen sind, und wenn es dadurch zu einer 'Verknappung' der »Ressource Sinn«, der »Ressource gesellschaftliche Solidarität« oder der »Ressource Ich-Stärke« kommt: als Sinnverlust, gesellschaftliche Anomie, als Psychopathologien und Entfremdungserscheinungen. (Ebd.: 213)

Pathologien der Lebenswelt entstehen also an den »Nahtstellen von System und Lebenswelt«; sie sind Ausdruck einer »Kolonisierung der Lebenswelt«, die wiederum, so Habermas, zu der Entstehung neuer Protestbewegungen geführt hat. Diese Bewegungen entzündeten sich an »Fragen der Grammatik der Lebensformen«, womit offensichtlich der damit gemeinte 'materiale' Begriff der 'Lebensweise' vermieden, und dessen Sinn bereits sprachlich auf den darin (vermeintlich) angelegten 'formalen' Kern verständigungsorientierten Handelns eingegrenzt wird.

Die Einheit dieser heterogenen Bewegungen, die Habermas - mit Ausnahme der Frauenbewegung - pauschal als Rückzugs- und (in der Tendenz regressive) Widerstandsbewegungen kennzeichnet, besteht seiner Meinung nach in der von ihnen geübten »Wachstumskritik«. Es liegt nahe, zu vermuten, daß mit dieser Charakterisierung versucht wird, den genannten Bewegungen, v.a. die Ökologie-, die Friedens-, Jugend- und Alternativbewegung, als gesellschaftlichen Ausdruck der *Verteidigung der Lebenswelt* apriori ein darüber hinaus weisendes, emanzipatives Potential abzusprechen - ein Potential, das sich tatsächlich weniger an der »Grammatik der Lebensformen« als an den Bedrohungen der natürlichen Lebensgrundlagen, weniger an der »Nahtstelle von System und Lebenswelt« als vielmehr an den »Nahtstellen von Gesellschaft und Natur«, bilden würde (und gebildet hat).

Auf eine ähnliche 'Selbstbeschränkung' durch das Konzept der Kolonisierung der Lebenswelt stößt Habermas auch bei dem Versuch, die ökologische Krise im einzelnen zu beschreiben. Zunächst trennt er

- die ökologischen Gefährdungen (»Grüne Probleme«) von

- den Veränderungen gesellschaftlicher Krisenwahrnehmung (»Probleme der Überkomplexität«) und
- der (inter-)subjektiven Erfahrungsbildung (»Überlastung der kommunikativen Infrastruktur«).

In jedem dieser Bereiche erfolgt dann die Aufspaltung in einen systemischen und einen lebensweltlichen Aspekt*:

- »Der groß-industrielle Eingriff in ökologische Gleichgewichte, die Verknappung nicht-regenerierbarer Naturschätze (...) stellen vor allem die industriell entwickelten Gesellschaften vor große Probleme - aber diese Herausforderungen sind zunächst abstrakt und verlangen nach technischen und ökonomischen Lösungen, die wiederum global geplant und mit administrativen Mitteln implementiert werden müssen«.

Von diesem systemisch-technischen Aspekt spaltet Habermas dann einen sozialen, lebensweltlichen Aspekt ab: »Was den Protest auslöst, sind eher die handfesten Zerstörungen der urbanen Umwelt, die Zersiedelung, Industrialisierung und Verpestung der Landschaft, gesundheitliche Belastungen durch Zivilisationsschäden (...), also Entwicklungen, die erkennbar die *organischen Grundlagen der Lebenswelt* antasten und Maßstäbe der Wohnbarkeit, unflexible Grenzen der Deprivation sinnlich-ästhetischer Hintergrundsbedürfnisse drastisch zu Bewußtsein bringen«.

Die System/Lebenswelt-Differenz als Unterscheidung verschiedener Bereiche von Handlungskoordination wird hier plötzlich zu einer materialen Unterscheidung zweier 'Klassen' von Realgefährdungen. Diese Klassifizierung ist willkürlich; sie entspricht weder der Erfahrung der Gesellschaftssubjekte, noch den naturalen Wirkungsgefügen, auf die die Probleme verweisen. In beiden Problemklassen sind die 'organischen Grundlagen' der Gesamt-Gesellschaft angegriffen, nicht etwa nur die natürlichen Voraussetzungen symbolisch-kommunikativer Handlungsbezüge.

- »Für die Furcht vor militärischen Zerstörungspotentialen, vor Kernkraftwerken, Atom Müll, Genmanipulation, vor der Speicherung und zentralen Nutzung privater Daten usw. gibt es gewiß gute Gründe. Diese realen Ängste verbinden sich aber mit dem Erschrecken vor einer neuen Kategorie buchstäblich unsichtbarer, *nur aus der Systemperspektive greifbarer Risiken* (Herv. Th. J.), die in die Lebenswelt einbrechen, aber gleichzeitig die

* Die folgenden Zitate Habermas 1981: 579ff.

Dimensionen der Lebenswelt sprengen. Die Ängste wirken als Katalysatoren eines Gefühls der Überforderung angesichts der möglichen Folgen von Prozessen, die, weil sie von uns technisch und politisch in Gang gesetzt werden, *moralisch zurechenbar* (Herv. T.J.) sind, und die doch wegen ihrer unkontrollierbaren Größenordnung moralisch nicht mehr verantwortet werden können.« Habermas versucht, gegen die subjektiven Krisenerfahrungen auf der Gültigkeit der Trennung von systemisch-wissenschaftlichen Risikodefinitionen und moralisch-lebensweltlichen Risikoverarbeitungen zu insistieren, obwohl sich die ökologische Krise gerade dadurch auszeichnet, daß die Grenzen zwischen diesen beiden Bereichen eingebrochen ist: Risikodefinitionen werden gesellschaftlich-diskursiv ausgehandelt, und umgekehrt ist - gerade am Beispiel der Gentechnologie - noch am wenigsten einzusehen, daß moralisches, und nicht gesellschaftlich-politisches Handeln in die systemische Selbststeuerung von Wissenschaft und Technik noch eingreifen können soll.

- »Was in den Erscheinungsformen der Psychobewegung und einem erneuerten religiösen Fundamentalismus kraß zum Ausdruck kommt, steht als Antrieb auch hinter den meisten Alternativprojekten und vielen Bürgerinitiativen - das *Leiden an den Entzugerscheinungen einer kulturell verarmten und einseitig rationalisierten Alltagspraxis* (Herv. Th. J.). So dienen askriptive Merkmale wie Geschlecht, Alter und Hautfarbe, auch kommunale Nachbarschaften und Konfessionszugehörigkeit dem Aufbau und der Abgrenzung von Gemeinschaften, der Herstellung subkulturell abgeschirmter Kommunikationsgemeinschaften, die der Suche nach persönlicher und kollektiver Identität entgegenkommen. Die Aufwertung des Partikularen, Gewachsenen, Provinziellen, der überschaubaren sozialen Räume, (...), der einfachen Interaktionen und entdifferenzierten Öffentlichkeiten soll die Revitalisierung verschütteter Ausdrucks- und Kommunikationsmöglichkeiten fördern. (...).«

Abgesehen davon, daß Habermas hier umstandslos die unterschiedlichsten, teils gegenläufigen Erfahrungskontexte und Subkulturen aneinanderreihet: generell kann er darin nicht die verschobenen Problemlösungen erkennen, die zuallererst auf die - kulturell *verstellten* - Problemlagen rückübersetzt werden müßten, statt hier gleichsam als Symptomatologien der Kolonisierung der Lebenswelt unmittelbar benannt zu werden. Dann würde sich zeigen, daß der System/Lebenswelt-Dualismus selbst ein Teil der kul-

turellen ('kulturalistischen') Verstellung der Probleme ist, die Habermas benennt.

Identitätsbildung, Alltagspraxis und das Vermögen zu sinnlicher Erfahrung sind an 'wirkliche Tätigkeiten' gebunden und keine reinen Kommunikationsakte oder Symbolisierungsprozesse. Daß in der ökologischen Krise mit der subjektiven Verarbeitung der Krisenwahrnehmungen auch der gegenständlich-sinnliche Bereich der wirklichen Tätigkeiten als Teil der konkreten gesellschaftlichen Naturverhältnisse - Arbeit, Sexualität, Körperlichkeit - angegriffen ist, und daß damit auch die Bedingungen zur Bildung von Sozialität gefährdet sind, fällt aus dem Darstellungsbereich des System/Lebenswelt-Dualismus heraus. Ebenso wie die äußere Natur, die Habermas zu einer systemisch-kontrollierten 'Umwelt' entproblematisiert, wird die innere Natur lebensweltlich zum Rohstoff kommunikativ rationalisierter Prozesse der Sozialintegration.

Ich habe diese Stellen ausführlicher zitiert, um zweierlei deutlich zu machen:

Zum einen, daß der Anspruch, mit dem neuen System/Lebenswelt-Krisenkonzept die Ökologiebewegung und die ökologische Krise in ein erweitertes Krisenkonzept zu integrieren, daran scheitern muß, daß Habermas mit diesem Konzept nur Beziehungen zwischen Teilen des Gesellschaftssystems, das im wesentlichen als Kommunikationszusammenhang begriffen wird, zum Thema machen kann. Die politisch längst thematisierten Aneignungs-, Integrations- und Destruktionsvorgänge an den 'Grenzen' zwischen den Gesellschaftssystemen und deren natürlichen Umwelten bleiben ausgeblendet. Die Theorie unterbietet so das Problembewußtsein der politischen Bewegungen weit.

Das neuere Krisenkonzept wird lediglich um einen zweiten systemtheoretisch konzipierten Krisenmechanismus erweitert - »ausdifferenziert« - der sich von dem Modell der 'Systemkrisen' dadurch unterscheidet, daß er als Teil der Lebenswelt kommunikativ zugänglich sein soll und damit an das lebensweltliche Rationalitätspotential 'anschlußfähig' ist - oder: wäre, würde nicht der überwiegende Teil der Protestbewegungen durch Entdifferenzierungen und einen »jung-« bzw. »neokonservativen Antimodernismus« diese tendentiell aufs Spiel setzen und »die mit sich selbst zerfallene Moderne ihres vernünftigen Gehalts und ihrer Zukunftsperspektiven beraub(en)« (Habermas 1981: 583).

Zum anderen wollte ich zeigen, daß dadurch, daß die neuen Problemlagen nur um den Preis ihrer Aufspaltung in einen lebensweltlichen und einen systemischen Aspekt in Habermas Krisenkonzept aufgenommen werden können, ihr spezifisches Moment verloren geht: die krisenverschärfende Durchdringung und Verschmelzung von Störungen des materiellen und symbolischen Reproduktionsprozesses der Gesellschaft und ihrer natürlichen Grundlagen. Diese Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse kann Habermas weder dem 'System' noch der 'Lebenswelt' zuordnen: Natur ist kein Bestandteil der handlungstheoretisch konzipierten Lebenswelt.

Ich wollte nicht zuletzt auch darauf hinweisen, daß der (wichtige) Versuch, den Ökonomismus marxistischer Krisentheorien zu überwinden, an der Übernahme eines funktionalistisch-systemtheoretischen Krisenbegriffs gescheitert ist - was im übrigen zugleich zu einer Enthistorisierung der sozialwissenschaftlichen Krisentheorie führt. Um den globalen Krisenzusammenhang der gesellschaftlichen Naturverhältnisse durchsichtig zu machen, kann daher nicht auf das Habermas'sche Krisenkonzept zurückgegriffen werden.

Angesichts der systemtheoretischen Verabschiedung eines gehaltvollen Krisenbegriffs möchte ich abschließend vermuten, daß diese Verabschiedung parallel zu der Durchsetzung der - bis in die kritische Theorie der Gesellschaft hineingetriebenen - generalisierten Anwendung der These von der funktional/kommunikativ-rationalen »Ausdifferenzierung der modernen westlichen Gesellschaften« erfolgt ist.

Die Pointe (und 'Politizität') dieser Verabschiedung läge dann darin, daß sie zu einem Zeitpunkt erfolgt, in dem diese Generalthese durch die reale Gesellschaftsentwicklung, die in der ökologischen Krise kulminiert, praktisch und nachhaltig dementiert wird.

8. Umriss einer kritischen Theorie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse

In ihrem Kern ist die ökologische Krise die historische Möglichkeit einer entwicklungsabhängigen, durch gesellschaftliches Handeln erzeugten Selbsterstörung. Daß die ökologische Krise in diesem Sinn in den soziologischen Krisentheorien nicht formuliert werden kann, ist nicht allein auf die jeweiligen theorie-internen Vorentscheidungen zurückzuführen, sei es der System-Lebenswelt-Dualismus von Habermas, sei es die Gesellschafts-Kybernetik von Bühl und anderen. Vielmehr verweist dies auf das »Naturproblem« in der Soziologie als ihr verdrängtes Moment, das in der ökologischen Krise zum 'Naturproblem der Soziologie' geworden ist.

Im Laufe ihrer Geschichte, von den ersten Anfängen im 16. Jahrhundert zu Beginn der modernen Wissenschaften, über die Theoretiker der Aufklärung und die Formulierung von eigenständigen Methoden und Gegenständen bis zur Etablierung der Soziologie als wissenschaftlicher (und universitärer) Disziplin zu Beginn des 20. Jahrhunderts, ist 'Natur' immer stärker in einen Gegensatz zu 'Gesellschaft' gebracht und ausgegrenzt worden.¹ Die 'soziale Gegenständlichkeit' der Soziologie wird in Abgrenzung gegenüber der 'inneren Natur', von sinnlich-subjektiven Wahrnehmungen und ihren individuellen Reflexionsweisen, sowie gegenüber den Gegenständen der äußeren Natur konstituiert: Soziale Tatsachen haben ihren Grund gleichsam in nichts anderem als in der reinen Tatsache der Vergesellschaftung. (Vgl. zum Gesellschafts-Begriff in der Soziologie ausführlich Ritsert 1988)

Seit den 70er Jahren lassen sich zwar verschiedene Versuche zu einer »ökologischen Orientierung« der Soziologie beobachten, die jedoch insgesamt unbefriedigend und unzureichend geblieben sind. (Wehling 1987) Dafür, daß die Naturproblematik offensichtlich nicht in das Kategoriengerüst der etablierten akademischen Soziologie integrierbar ist, lassen sich in Fachdiskussionen immer wieder Belege finden:

Anläßlich des 40jährigen Jubiläums der 'Sozialen Welt' - einer angesehenen soziologischen Fachzeitschrift - hatte der Herausgeber namhafte

Vertreter und Vertreterinnen der Disziplin zu einer »Selbstbestimmung über Zustand und Perspektiven des Faches eingeladen« (Soziale Welt 1/2, 1989). Obwohl in allen Beiträgen mehr oder weniger explizit (und bedauernd) auf den Relevanzverlust der Soziologie (und der Sozialwissenschaften allgemein) verwiesen wird - bis hin zur Diagnose einer »Identitätskrise der Soziologie«² -, findet das Naturproblem keine Erwähnung.

Eine Ausnahme bildet der Aufsatz des Wiener Soziologen L. Rosenmayr (Soziale Welt 1989: 12ff.). Unter ausdrücklichem Bezug auf die ökologische Krise führt er darin das »Unbehagen der Soziologie« zurück auf ihr »krasse(s) Versagen in der Konzeption eines 'mehrwertigen', innerlich differenzierten und spannungsvollen Naturbegriffs« (ebd.: 13). Auf dem Hintergrund einer historisch-kritischen Begriffsgeschichte, die er in Beziehung zu gegenwärtigen methodischen Problemen diskutiert, kommt Rosenmayr zu der weitreichenden Forderung nach der Ausbildung eines neuen soziologischen Paradigmas, das sich interessanterweise nicht nur auf eine 'ökologische' - und in Hinblick auf die Zerstörungsaspekte der 'inneren Natur' für ihn bedeutsamen tiefenpsychologische - *theoretische Umorientierung* in der soziologischen Theoriebildung beschränken, sondern auch einen *neuen praktischen Ansatz soziologischer Forschung* mitumfassen soll: eine konkrete und problembezogene, »disziplinverbindende, methodenpluralistische Spezialforschung« (ebd.: 25).

Auch ohne den starken Bezug auf den Zusammenhang zwischen der »Zerstörungskraft und Selbstzerstörungstendenz der triebhaft bedingten Natur im Menschen« (ebd.: 28) und der Zerstörung der natürlichen (äußeren) Lebensgrundlagen, und ohne Rosenmayrs triebtheoretische Prämissen zu teilen, läßt sich an diesem Text nachvollziehen, wie mit der Thematisierung des Naturproblems die wissenschaftlichen Grundlagen der Soziologie angegriffen sind; durch die ökologische Krise - und die Weise, wie sie gesellschaftlich 'zur Sprache' gebracht wird - werden die Grundlagenprobleme aktualisiert und verschärft.

Aufgefangen werden kann die Grundlagenkrise der Soziologie durch eine kritische Theorie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse: Eine Theorie der *gesellschaftlichen Naturverhältnisse* deshalb, weil nur so der Zusammenhang zwischen kognitiven Naturvorstellungen und materialen Naturbeziehungen, die Verknüpfung zwischen kulturellen Symbolisierungen und materieller Reproduktion, als etwas gesellschaftlich-historisch Hergeleitetes beschrieben werden kann; und weil nur so diese Relationen selbst

wiederum in ein Verhältnis gesetzt werden können zu der 'sozialen Tatsache', daß in den konkreten Formen dieses Zusammenhangs Gesellschaft sich reproduziert und entwickelt als die ökologisch krisenhafte Gesellschaft, in der wir leben; eine *kritische Theorie* der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, weil nur so in den hegemonialen Mustern der gesellschaftlichen Naturverhältnisse die gesellschaftlich möglichen, aber nichtrealisierten Alternativen als durch den Prozess der Hegemonialisierung selbst ausgeschlossene Möglichkeiten beschrieben werden können.

Trotz erster Ansätze³ ist beim aktuellen Forschungsstand der Anspruch an eine kritische Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse derzeit jedoch nur vorläufig, d.h. programmatisch und in Einzelforschungen einzulösen.

Aufgabe eines solchen Theorie- und Forschungsprogramms wäre zunächst zu analysieren, in welchen Formen bestimmte *Modelle* gesellschaftlicher Naturverhältnisse in den gesellschaftlichen 'Subsystemen' hegemonial werden. Den Ausgangspunkt bildet dabei nicht die 'Realabstraktion' eines gesellschaftlichen Naturverhältnisses, sondern je verschiedene Modelle gesellschaftlicher Naturverhältnisse, die in ihren materialen und symbolischen Aspekten zu untersuchen wären.

Modelle lassen sich in diesem Zusammenhang als spezifische, praktische und/oder gedankliche Konstruktionen von 'Wirklichkeit' verstehen, worin Symbolisierungen und materiale und soziale Regulierungen zusammengefaßt sind, und die unter bestimmten pragmatischen Interessen und Handlungsregeln stehen (Stachowiak 1973: 131). Solche Modellkonstruktionen sind selbst historisch veränderlich, sie reichen etwa von religiösen Symbolisierungen der Natur bis zu wissenschaftlich angeleiteten Computersimulationen globaler 'Öko-Systeme'.

In solchen Modellen sind Gesellschaft und Natur immer schon in ein Verständnis zueinander getreten: beide existieren nicht außerhalb dieses Verhältnisses - die Wirklichkeit 'Natur' kann nicht außerhalb von Modellvorstellungen erkannt und analysiert werden. Es gibt somit keinen Zugang zu einer 'Natur an sich', sondern nur die Möglichkeit einer kritischen Analyse der jeweiligen Modelle, in denen Natur symbolisiert und die gesellschaftlichen Naturverhältnisse reguliert werden. Entsprechend kann die Analyse nicht auf den *Leitbegriffen* 'Natur' und/oder 'Gesellschaft' aufgebaut werden, sondern auf der Natur/Gesellschafts-Differenz als *Leitdifferenz*. Daran anschließen kann sich die Entfaltung einer neuen, auf die

Krisenregionen der basalen Naturverhältnisse - Arbeit, Ernährung, Gesundheit, Fortpflanzung, Geschlechterverhältnisse - bezogenen Kritikperspektive, die sich methodisch und heuristisch auf das sozial-ökologische Krisenkonzept stützen kann, wie ich es zu beschreiben versucht habe.

Mit Blick auf die Analyse 'moderner' Wissenschaft und verwissenschaftlichter Technik als hegemonialen Modells gesellschaftlicher Naturverhältnisse läßt sich diese Verbindung von Kritik und Krise der hegemonialen Modellierungen gesellschaftlicher Naturverhältnisse verdeutlichen:

Zum einen verdrängt und marginalisiert wissenschaftliches Wissen zunehmend nicht-wissenschaftliches Wissen in den Bereichen der basalen Naturverhältnisse; diese Verwissenschaftlichung ist ein Teil der ökologischen Krise - nicht nur die Anwendung bestimmter Risikotechnologien und -forschungen im Bereich der 'harten' Naturwissenschaften. Umgekehrt sind die Forschungsprogramme und wissenschaftlichen Beobachtungen, die sich auf den ökologischen Krisenzusammenhang beziehen, selbst nur ein Moment innerhalb des gesellschaftlichen Thematisierungs- und Problematierungsprozesses und damit den Ambivalenzen zwischen objektivierten Krisenanalysen und subjektiver Krisenwahrnehmung ausgesetzt.

Andererseits werden aufgrund der gesellschaftlichen Produktionsbedingungen von Wissenschaft die Modelle, in denen 'Natur' wissenschaftlich und technisch konstruiert wird, in ihrem 'Objektbezug', und genau darin auch in ihrem 'Gesellschaftsbezug', selbst krisenhaft. Im systemwissenschaftlichen Jargon gesprochen: die Wissenschaft erzeugt mehr Probleme als sie lösen kann. Aufgenommen werden kann diese Form der »Verdifferenzierung« kognitiv-rationaler Realitätskonstruktion, in dem die sogenannten *Krisenlösungen* als das begriffen werden, was sie tatsächlich sind: als technisch-wissenschaftliche *Eingriffe* in die sozial-ökologische Krisendynamik, die ohne Selbstreflektion und interne Begrenzungsstrategien immer Gefahr laufen, zukünftig diese Dynamik weiter zu verschärfen. Auch in diesem Sinne ist Wissenschaft Teil des 'selbstdestruktiven' Zusammenhangs der ökologischen Krise.

Ein daran anknüpfender, neuer Ansatz von Wissenschaftskritik als Teil einer kritischen Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse hätte sich wesentlich und unter einem 'rekonstruktiven' Aspekt auf die Beschreibung verschiedener wissenschaftlicher Schlüsselkonzepte (etwa 'Selbstorganisa-

tion', 'Information', 'Evolution') in ihrer Bedeutung für die Gegenstandskonstitution durch natur- und sozialwissenschaftliche Modellistiken zu konzentrieren. Damit wäre ein Gegenstandsbezug auf einer Ebene möglich, in der eine »wirkliche Erfahrung über die Objekte konstituiert wird« (Levi-Strauss 1977: 38) - sei es im Labor, in der industriellen Anwendung oder im Bereich entsprechender Technostrukturen, und in der die 'Objekte' (Dinge, Naturgegenstände, soziale Praxen) von Anfang an - und nicht erst in unmittelbar sozialen Verwendungskontexten - als gesellschaftlich hergestellt und erzeugt erkennbar werden.

Erst in konkreten Forschungsvorhaben und anhand der praktischen Kritik- und Handlungspotentiale, die sie zur Sprache bringen, wird sich entscheiden lassen, welche Tragfähigkeit, welche Reichweite und Grenzen ein solches Theorieprogramm haben kann. In diesen einzelnen Forschungsvorhaben, die gerade nicht mit dem Anspruch umfassender Lösungsstrategien auftreten können, geht es nicht um neue umfassende Sozialtheorien oder Naturmodelle, sondern um *andere Problemwahrnehmungen* in der gegenwärtigen Krisensituation. Sie beziehen sich auf den gesellschaftlichen Krisendiskurs, in dem diese Krise in den verschiedensten Formen, an den unterschiedlichsten Orten und von verschiedenen 'Beobachtern' thematisiert wird sowie auf die empirischen Beschreibungen der Durchdringungsphänomene von 'Natur' und 'Gesellschaft': an den je konkreten Grenzlinien von 'Natur' und 'Gesellschaft' lassen sich jene Verdichtungs- und Durchmischungsphänomene identifizieren, die nicht nur über neue Formen (und ihre Alternativen) der materiellen Regulierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse Auskunft geben können, sondern auch über den damit einhergehenden 'Wandel' im Verständnis und den Vorstellungen (Begriffe, wissenschaftliche Konzepte, kulturelle Symbolisierungen) von Natur und Gesellschaft. Auch für diese »Arbeit an den Grenzen« ist das Krisenkonzept eine Voraussetzung, da es die Aufmerksamkeit auf jene »neuen Objekte« des gegenwärtigen Transformationsprozesses richten kann, deren Existenz sowohl deutungsabhängig sind als auch immer Momente enthalten, die unabhängig von dem jeweiligen Beobachter existieren - von der Klimakatastrophe über den Treibhauseffekt bis zu gesellschaftlich erzeugten Naturkatastrophen; von neuen technisch-wissenschaftlichen Modellierungen von 'Natur' über erweiterte Mensch/Maschinen-Konstruktionen bis zur ökonomisch nutzbaren Rekombination kleinster isolierter

Elementarteilchen in den industriellen Labors und Forschungseinrichtungen.

Die Bündelung dieser Aspekte in den einzelnen sozial-ökologischen Forschungsprojekten zielt auf einen neuen Typ *problembbezogener* und *intervenierender Forschung*. Dies bedeutet einerseits, neue Beziehungen zwischen (etablierter) Wissenschaft und oppositioneller Wissenschaftskritik herzustellen, um so diejenigen erreichen zu können, die in den Labors und Instituten an der Modellierung der Zukunft arbeiten. Zum anderen geht es um die Ausbildung und Stärkung neuer - produktiver - Formen und Orte der politischen Auseinandersetzung über den sozial-ökologischen Krisenzusammenhang und über Alternativen zu den jeweiligen hegemonialen Lösungskonzepten (vgl. Becker/Jahn/Wehling 1991). Dafür ist es unabdingbar, sich gegenüber den sozialen Bewegungen und marginalisierten sozialen Ausdrucksformen zu öffnen und neue Verbindungen, Brücken und Austauschprozesse zwischen wissenschaftlichem und nicht-wissenschaftlichem Wissen zu initiieren und auszubauen. Beides zielt darauf, den forcierten, kulturalistisch verstellten Ausbau technischer Krisenlösungen zurückzudrängen, und sich dem von den globalen Gefährdungen ausgehenden Zwang zur Anpassung an die durch diese Gefährdungen veränderten Lebensbedingungen nicht kritik- und alternativlos auszuliefern.

Mit Blick auf den utopischen Überschuß des Naturbegriffs bei Marx in den Pariser Manuskripten lassen sich in dieser Perspektive die Intentionen eines sozial-ökologischen Krisenkonzeptes mit einer Metapher umschreiben: die 'Welt-Natur' als der 'kollektive Leib' der vergesellschafteten Individuen der Weltgesellschaft.² Dies ist ein Bild, in dem die Erfahrung der Möglichkeit der Katastrophe der Selbstzerstörung zusammenschießt mit den differenten, heterogenen und in sich widersprüchlichen Erfahrungen der je aktuell-gegenwärtigen Befreiung aus dem stummen Zwang der Anpassung an die Enteignung des konkret-sinnlichen Vermögens der vergesellschafteten Individuen in dem unkontrolliert-dynamischen Prozeß des kapitalistisch-technologischen (Selbst-)Schöpfungswahns.

Die Hoffnung auf einen Ausweg aus der ökologischen Krise, der sich nicht als weltgesellschaftliche Verschiebung der Krisenfolgen und damit letztlich als Verschärfung der Krise erweisen wird, läge demnach in der

Idee einer, im Vergesellschaftungsprozess selbst angelegten und erzeugten »Sinnlichkeit für das Gemeinwesen«; eine Vorstellung, in der die konkreten, gegenwärtigen und heterogenen Entwürfe subjektiver Lebensperspektiven und Wünsche mit der Entfaltung ihrer gesellschaftlichen und der Erhaltung ihrer natürlichen Voraussetzungen zusammengedacht werden können.

Anmerkungen

Kapitel 1

- 1 Hinweise darauf geben die vermuteten Zusammenhänge zwischen der Verwendung von fluorierten Chlorkohlenwasserstoffen und dem sogenannten Ozonloch ebenso wie jene über den Ursachenzusammenhang zwischen weltweiter Entwaldung und Klimaveränderungen. Die Schelfmeere, wichtige Produzenten des atmosphärischen Sauerstoffs, aber auch Vermehrungsstätten der marinen Fauna, sind aufgrund von Abwassereinleitungen und Überfischungen in ihrem Bestand bedroht. Schwermetalle und andere Substanzen aus den Fabrikschlotten sind gleichmäßig über den Globus, bis hin zu den Polkappen, verteilt. Und sogar im Regenwasser wurde mittlerweile Atrazin und andere Pestizide nachgewiesen.
- 2 Die kulturalistische Verknüpfung der neuen sozialen Konflikte im Lebensstilkonzept (Schwengel; Berking/Neckel) wird dadurch möglich, daß in der Beschreibung der wachsenden Bedeutung ästhetischer Ausdrucksformen für Politik eine Unterscheidung *nicht* getroffen wird, die eine Unterscheidung ums Ganze ist: nämlich zwischen der *Affirmation* der neuen Alltagsmythen (z.B. in den neuen Mittelschichten) und dem Versuch, qua spielerischer Distanz ihnen etwas neues abzugewinnen (z.B. durch die Punks). So lassen sich dann politische Entscheidungen zu Stilfragen umbiegen.
- 3 In den modernen Systemtheorien wird dieser Auflösungsprozeß reflektiert und zugleich vorangetrieben; von der Differenz zwischen Gesellschaft und Natur bleibt eine Systemdifferenz: Die naturalisierte Gesellschaft und die vergesellschaftete Natur liegen auf einem Kontinuum, in das nach pragmatischen Gesichtspunkten System-Umwelt-Differenzen eingetragen werden können. So wird es möglich, Gesellschaft als reinen Kommunikationszusammenhang zu bestimmen.
- 4 Gegen diese sozialwissenschaftliche/lebensweltliche Metaphorisierung (bis hinein in den Kommunikationsbegriff) sprechen mehrere Ungereimtheiten: Informationelle Sequenzen sind immer an einen stofflichen Träger gebunden, sind ein Mittel zur Intensivierung und Beschleunigung von Stoffwechselprozessen; sie sind auch Teil eines integrierten Prozesses zur Herstellung neuer Stoffklassen und Technostrukturen (Telematik). Dann: Die Metaphorisierung von Information zu dem neuen Zentralbegriff von Kommunikationsprozesses technisiert gleichsam auch die Vorstellung von Kommunikation. Außerdem unterliegt diese Bedeutungsübertragung einem Mißverständnis: Die qualitativen Veränderungen im Verhältnis von materiellen zu immateriellen Prozessen werden als Entkopplung dieser beiden Aspekte aufgefaßt. (Zur Kritik an entsprechenden Sprachregelungen in der Stadtplanungs- und Architekturdebatte vgl. Jahn/Kluge: Die intelligente Stadt 1988, S. 94ff.)
- 5 Diese These geht zurück auf eine Überlegung von E.Becker, die erstmals auf einem Kongreß der Heinrich-Böll-Stiftung Anfang 1989 öffentlich vorgetragen wurde. (E.Becker: Findet die Zukunft der Forschung außerhalb der Universität statt?, *Frankfurter Rundschau* vom 9.2.1989)
- 6 Diesen Begriff entwickelte Foucault anhand einer Auseinandersetzung mit zwei Texten von Kant (»Was ist Aufklärung« (1784) und einen Ausschnitt aus dem

»Streit der Fakultäten«(1798)). (Zit. nach der deutschen Übersetzung, in: *die tageszeitung* v. 2.7.1984, S.10f.)

Kapitel 2

- 1 Seit Mitte des 18.Jahrhunderts ist Krise »Ausdruck einer neuen Zeiterfahrung, Faktor und Indikator eines epochalen Umbruchs«; »Krise wird zur strukturellen Signatur der Neuzeit« (Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 3, S. 617)
- 2 Koselleck kommt das Verdienst zu, Krise als eine geschichtliche Grundkategorie rekonstruiert zu haben. Davon profitiert auch, wer sich dem zugrunde liegenden Geschichtsverständnis nicht anzuschließen vermag.
- 3 Mit der »Krise des Marxismus« in den 70er Jahren wurde dann offensichtlich, daß mit dem marxistischen »Krisenmodell« kein dem Begriff entsprechendes 'Brückenkonzept' zur Seite stand. Schon Hans Jürgen Krahl hat das in einem seiner letzten Aufsätze (»Produktion und Klassenkampf«) gesehen. Er stellt dort die Frage, »ob das Marxsche Modell der Krise wirklich die Vermittlung zwischen der Kritik der politischen Ökonomie als einer revolutionären Theorie der Gesellschaft ... und jenen krisenhaften Unterbrechungen des Produktionsprozesses ... leistet?« (Konstitution und Klassenkampf, Frankfurt 1971, 384f.) und kommt zu einem negativen Ergebnis.
- 4 »Das Wort Krise wird (hier) in einem entwicklungsmäßigen Sinne gebraucht, nicht um eine drohende Katastrophe zu bezeichnen, sondern einen Wendepunkt, eine entscheidende Periode vermehrter Verletzlichkeit und eines erhöhten Potentials ...« (E. Erikson, in: *Jugend und Krise*, Stuttgart 1974, S.95)
- 5 Interessant ist in diesem Zusammenhang das neue Buch von Ulrich Beck, der beide Möglichkeiten auseinanderreißt und zunächst die »Auswegslosigkeit« ausmacht und dann »Gegengifte« sucht. Wie beides sich im einzelnen durchdringt, bleibt unanalysiert.

Kapitel 3

- 1 Die sog. 'neuen sozialen Bewegungen' sind inzwischen ausgiebig in den Sozialwissenschaften zum Thema geworden. Sie gelten allgemein als Ausdruck eines 'Wandels des Politischen'. Dieser 'Wandel' wird aber in der Regel nur als Wandel von politischen Themen und Akteuren beschrieben. Eine Reflektion auf die Veränderung des Politischen selbst findet nicht statt. Um diese Kritik durchsichtig zu machen, müßte ich mich auf einem anderen Kontext, dem der soziologischen Auseinandersetzung mit der 'Krise der Arbeitsgesellschaft', beziehen. Das würde den Rahmen der vorliegenden Arbeit bei weitem sprengen. Und so habe ich, obwohl ich der Literatur zu den neuen sozialen Bewegungen viele Anregungen verdanke, mich nicht systematisch auf sie bezogen.
- 2 In der 1977 - nach dem für die westdeutsche Linke traumatischen »Deutschen Herbst« - einsetzenden Distanzierung von Teilen der ehemaligen Aktivisten von ihrer eigenen Geschichte und der damit einhergehenden erneuten Tabuisierung der gesellschaftlichen Gewaltverhältnisse unterlag eben dieses destruktive Moment einem Prozess, der (in Anlehnung an eine prägnante Formulierung Mario Erdheims) als die »Produktion politischer Unbewußtheit« bezeichnet werden könnte.

- 5 Damit eine These von Enzensberger aus den Anfängen der Ökologiediskussion zu Beginn der 70er Jahre bestätigend, daß nicht die Buchstäblichkeit der Katastrophe, sondern die Unmöglichkeit, ihren Eintritt noch auszuschließen, das zukünftige Krisenbewußtsein prägen wird. Vgl. H.M. Enzensberger, *Zur Kritik der politischen Ökologie*, Kursbuch 33 (1973) S. 1ff.

Kapitel 5

- 1 Bei dem zitierten Ms. handelt es sich um eine überarbeitete Fassung des gleichnamigen Aufsatzes in: H. Leggewie (Hg.): *Angst alleine genügt nicht* Weinheim 1989.
- 2 Einen Einblick in diese Transferprozesse gibt das von L. Trepl herausgegebene Diskussionsheft »Beiträge zum ökologischen Diskurs«, Schriftenreihe des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung, Berlin 1988, u.a. mit Beiträgen von A. v. Gleich, W. Maier, E. Schramm, St. Schultz, L. Trepl und O. Ulrich.
- 3 Diese Interpretation von Naturwissenschaft und Technik als gesellschaftlich-historisches Projekt wird ausführlich entwickelt in: Th. Kluge/B. Schmincke: *Technikphilosophie, Technikgeschichte, Techniksoziologie und Technikfolgenanalyse* Frankfurt 1987, v.a. S. 33-37.
- 4 Die Entstehung, die Metaphorik und selbst Teile der Analysen in der Ökologiebewegung, besonders aber in der Friedensbewegung, sind nur vor dem Hintergrund einer langsam auch ins öffentliche Bewußtsein rückenden Vergegenwärtigung von Auschwitz (allen Versuchen zum Trotz dies zu verhindern (Bitburg/Bergen-Belsen)) verständlich.
In einer Auseinandersetzung mit der Verwendung der »Vernichtungsmetapher« in der Friedensbewegung ließe sich zeigen, wie die Sensibilisierung für die Möglichkeit eines atomaren Krieges mit unbewußten Motiven aus dem Arsenal des kollektiven Gedächtnisses gerade der (west-)deutschen Bevölkerung zusammentrifft und warum 'Angst' als Politisierungseffekt gerade in der BRD eine sehr exponierte Rolle spielt.
Vgl. dazu: Dan Diner: *Die »nationale Frage« in der Friedensbewegung. Ursprünge und Tendenzen*, in: R. Steinweg, *Die neue Friedensbewegung*, Frankfurt 1982, S.83ff.

Kapitel 6

- 1 Zur Auseinandersetzung zwischen den Frauen- und Elterninitiativen nach Tschernobyl und der staatlichen Krisenpolitik vgl. I. Schultz: *Die Folgen von Tschernobyl*, Frankfurt 1987, v.a. S. 10-16.

Kapitel 7

- 1 Zur Frage, inwieweit das reduzierte Krisenkonzept Bühls mit den kybernetischen und soziobiologischen Überlegungen korrespondiert, unter denen er versucht, eine ökologische 'Neuorientierung der Soziologie' zu konzipieren, vgl. P. Wehling: *Ökologische Orientierung in der Soziologie*, Frankfurt 1987, S. 147-164.
- 2 »Die ökologische Knappheit oder die ökologische Krise scheint das eigentliche Problem des Übergangs von der vierten zur fünften Welle zu sein« (Bühl 1984:

- 159).
- 3 »Damit soll nicht behauptet werden, daß die genannten Probleme ... nicht regional und lokal ein wirklich katastrophales (ein an eine »Naturkatastrophe« heranreichendes) Ausmaß annehmen können.« Aber: »Bei allem - durchaus heilsamen - Erschrecken sind das keine Probleme, die nicht mit den verfügbaren technischen und auch wirtschaftlichen Mitteln gelöst werden können« - durch die »Entwicklung und den Einsatz neuer Produktionstechnologien« (!). (Bühl 1984: 170).
 - 4 Wieweit Luhmann, der meint, gänzlich ohne Krisenbegriff oder -modell auskommen zu können, und der (wenn überhaupt) Krise nur in Anführungszeichen schreibt, nicht implizit doch einem Krisenmodell folgt, soll hier unerörtert bleiben. Hinweise darauf finden sich in P. Wehling (1987: 167-177).
 - 5 Einige der Fragestellungen, die in der vorliegenden Arbeit im Zusammenhang mit der ökologischen Krise gestellt werden, werden - bezeichnenderweise - noch am ehesten in dem Kapitel »Identitätskrisen« verhandelt.

Kapitel 8

- 1 Vgl. als Schlüsseltext von E. Durkheim »Die Regeln der soziologischen Methode« (Durkheim 1984).
- 2 So J. Weiß in Anlehnung an A. Gouldner in seinem Beitrag »Die Normalität der Krise« (der Soziologie), in: *Soziale Welt* 1/2 (1989): 128.
- 3 Vgl. Becker et al. (1987), Becker (Hg.) (1990), Reihe sozial-ökologische Arbeitspapiere (1987ff.), Frankfurt; Halfmann (1986), Eder (1988), Oechsle (1988), Holland-Cunz (1991); Ad hoc-Gruppe des 20. Dtsch. Soziologentages (1990) »Kritische Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse« sowie die »Theorie-Werkstatt Frankfurt«, veranstaltet vom Studentischen Institut für kritische Interdisziplinarität (Sifki) an der J.W. Goethe-Universität Frankfurt a.M. und dem Institut für sozial-ökologische Forschung.
- 4 Karl Marx, Pariser Manuskripte, zit. nach eurobuch 25, Berlin-West 1987, insb. S. 58f., 61f., 65.

LITERATURVERZEICHNIS

- Adorno, T.W. (1972), *Soziologische Schriften I* (GA, Bd. 8), Frankfurt/M.
- Adorno, T.W./Horkheimer, M. (1968), *Dialektik der Aufklärung*, Amsterdam
- Ästhetik und Kommunikation (Hg.) (1987), *Zukunft des Politischen*, Heft 65/66, Berlin
- Ästhetik und Kommunikation (Hg.) (1988), *Gentechnologie*, Heft 69, Berlin
- Altvater, Elmar (1973), *Zu einigen Problemen des »Krisenmanagement«*, in: der kapitalistischen Gesellschaft, in: Jänicke, M. (Hg.), *Herrschaft und Krise*
- Anders, Günther (1983), *Die Antiquiertheit des Menschen*, Band 1, München
- Arendt, Hannah (1970), *Macht und Gewalt*, München
- Ashkenasi, Abraham (Hg.) (1988), *Das weltweite Flüchtlingsproblem*, Bremen
- Bahro, Rudolf (1980), *Elemente einer neuen Politik*, Berlin
- Bahro, Rudolf (1982), *Wahnsinn mit Methode*, Berlin
- Barthes, Roland (1974), *Mythen des Alltags*, Frankfurt/M.
- Barthes, Roland (1979), *Elemente der Semiologie*, Frankfurt/M.
- Bebermeyer, Renate (1980), 'Krise' - Composita - verbale Leitformeln unserer Tage, *Muttersprache* 90
- Beck, Ulrich (1986), *Risikogesellschaft*, Frankfurt/M.
- Beck, Ulrich (1988), *Gegengifte*, Frankfurt/M.
- Becker, Egon (1984), *Natur als Politik*, in: Th. Kluge (Hg.), *Grüne Politik*
- Becker, Egon (1987a), *Restrisiko und symbolische Schadensbegrenzung*, *Hessische Jugend* 39
- Becker, Egon (1987b), *Systemdenken in der wissenschaftlichen Ökologie und in der politischen Ökologiebewegung* (Sozial-ökologisches Arbeitspapier 7), Frankfurt/M.
- Becker, Egon (1989), *Findet die Zukunft der Forschung außerhalb der Universität statt?* In: *Frankfurter Rundschau* v. 9.2.
- Becker, Egon (1990a), *Transformationskern und kulturelle Hülle: Wissenschaft und Universität in der ökologischen Krise*, in: *PROKLA* 79
- Becker, Egon (1990b), *Bildung und Überlebenskrise. Skizze zum Zusammenhang von Ökologie, Evolution und Erziehung in der »Dritten Welt«*, in: ders. (Hg.), *Jahrbuch für sozial-ökologische Forschung 1990*
- Becker, Egon (Hg.) (1990), *Jahrbuch für sozial-ökologische Forschung 1990*, Frankfurt/M.
- Becker, E./Jahn, Th. (1987), *Soziale Ökologie als Krisenwissenschaft* (Sozial-ökologisches Arbeitspapier 1), Frankfurt/M.
- Becker, E. et al. (1988): *Soziale Ökologie. Gutachten zur Förderung der sozial-ökologischen Forschung in Hessen*, Frankfurt/M.
- Becker, E./Jahn, Th./Wehling, P. (1991), »Civil Society« und die Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, in: *PROKLA* 84
- Benjamin, Walter (1955): *Einbahnstraße*, Frankfurt/M.
- Benjamin, Walter (1972ff.), *Gesammelte Schriften*, 7 Bde., Frankfurt/M.

- Berking, H./Neckel, S. (1987), Politik und Lebensstile, in: *Ästhetik und Kommunikation* 65/66
- Böhme, Gernot (1979), Die Entfremdung der Wissenschaft in ihrer gesellschaftlichen Aneignung, in: *Wechselwirkung*, Jg.3, Berlin
- Bookchin, Murray (1986), *The Modern Crisis*, Philadelphia
- Bourdieu, Pierre (1982), Die feinen Unterschiede, Frankfurt/M.
- Brückner, Peter (1978a), Über Krisen von Identität und Theorie, *Konkursbuch* 1, Tübingen
- Brückner, Peter (1978b), Versuch, uns und anderen die Bundesrepublik zu erklären, Berlin
- Brückner, Peter (1982), *Psychologie und Geschichte*, Berlin
- Bühl, Walter L. (1984), *Krisentheorien*, Darmstadt
- Conrad, Jobst (1983), *Gesellschaft, Technik und Risikopolitik*, Berlin/Heidelberg/New York
- Cramer, Manfred (1989), *Zur Sozialpsychologie der Umweltzerstörung*, Ms., München
- D'Avis, Winfried (1984), *Neue Einheit der Wissenschaften. Methodologische Konvergenzen zwischen Natur- und Sozialwissenschaften*, Frankfurt a.M./New York
- D'Avis, Winfried (1989), *Formalismus, Signatur unseres Zeitalters?*, unv. Ms.
- Demirovic, Alex (1987), *Demokratie, Ökologie, ökologische Demokratie (Sozial-ökologisches Arbeitspapier 27)*, Frankfurt/M.
- Diner, Dan (1982): Die »nationale Frage« in der Friedensbewegung, in: R. Steinweg (Hg.), *Die neue Friedensbewegung*
- Diner, Dan (Hg.) (1987), *Ist der Nationalsozialismus Geschichte?* Frankfurt/M.
- Diner, Dan (Hg.) (1988), *Zivilisationsbruch. Denken nach Ausschwitz*, Frankfurt/M.
- Durkheim, Emile (1984): *Die Regeln der soziologischen Methode*, Frankfurt/M.
- Eder, Klaus (1988), *Die Vergesellschaftung der Natur*, Frankfurt/M.
- Enzensberger, Hans-Magnus (1973), *Zur Kritik der politischen Ökologie*, in: *Kursbuch* 33
- Erdheim, Mario (1984), *Die gesellschaftliche Produktion von Unbewußtheit*, Frankfurt/M.
- Eriksen, Erik (1974), *Jugend und Krise*, Stuttgart
- Fachschaft Biologie Tübingen (Hg.) (1988), *Ökologie und Politik*, Tübingen
- Fetscher, Iring (1983), *Überlebensbedingungen der Menschheit. Ist der Fortschritt noch zu retten?* München
- Fetscher, I./Münkler, H. (Hg.) (1985), *Politikwissenschaft*, Reinbek
- Foucault, Michel (1976), *Überwachen und Strafen*, Frankfurt/M.
- Foucault, Michel (1984), *Was ist Aufklärung? Was ist Revolution?* In: *die tageszeitung*, 2.7.1984
- Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland* (Hg.: Brunner/Conze/Koselleck) (1982)
- Gorz, Andre (1977), *Ökologie und Politik*, Reinbek
- Gorz, Andre (1980), *Abschied vom Proletariat*, Frankfurt/M.

- Gugenberger, E./Schweidlenka, R. (1987), *Mutter Erde, Magie und Politik*, Wien
- Habermas, Jürgen (1973), *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, Frankfurt/M.
- Habermas, Jürgen (1981), *Theorie des kommunikativen Handelns*, 2 Bde., Frankfurt/M.
- Habermas, Jürgen (1982), *Philosophisch-politische Profile*, 2. erw. Aufl., Frankfurt/M.
- Habermas, Jürgen (1987), *Eine Art Schadensabwicklung*, Frankfurt/M.
- Habermas, Jürgen (1988), *Politik und Kultur: Die neue Intimität*, in: *Merkur*, Heft 2
- Halfmann, Jobst (1986), *Autopoiesis und Naturbeherrschung*, in: H.-J. Unverfehrt (Hg.) (1986), *System und Selbstproduktion*, Frankfurt/M.
- Haraway, Donna (1985), *A Manifesto for Cyborgs: Science, Technology, and Socialist Feminism in the 1980s*, in: *Socialist Review* No 80
- Hauff, Volker (Hg.) (1988), *Stadt und Lebensstil*, Weinheim
- Heinrich, Klaus (1985), *Versuch über die Schwierigkeit nein zu sagen*, Basel/Frankfurt
- Hirsch, Joachim (1990), *Kapitalismus ohne Alternative*, Hamburg
- Historikerstreit (Dokumentation) (1987), München
- Historisches Wörterbuch der Philosophie (Hg.: Ritter/Gründer) (1976)
- Holland-Cunz, Barbara (1991), *Women as Nature's Self-Awarenes - Prospects of the ecofeminist movement*, Vortrags-Ms., Santa Cruz (USA)
- Husserl, Edmund (1982), *Die Krisis der europäischen Wissenschaften und die transzendente Phänomenologie*, Hamburg
- Illich, Ivan (1975), *Selbstbegrenzung. Eine politische Kritik der Technik*, Reinbek
- Illich, Ivan (1978), *Fortschrittsmythen*, Reinbek
- Jänicke, Martin (Hg.) (1973a), *Krise und Herrschaft*, Opladen
- Jänicke, Martin (Hg.) (1973b), *Politische Systemkrisen*, Köln
- Jänicke, Martin (1982), *Was heißt Alternativpolitik in unserer Gesellschaft? In: Landeszentrale f. pol. Bildung in NRW (Hg.) (1982), Ziele für die Zukunft - Entscheidungen für morgen*, Köln
- Jänicke, Martin (1984), *Umweltpolitische Prävention als ökologische Modernisierung und Strukturpolitik*, IUG discussion paper 84-1, WZB, Berlin
- Jänicke, Martin (1986), *Staatsversagen. Die Ohnmacht der Politik in der Industriegesellschaft*, München
- Jahn, Thomas (1990), *Das Problemverständnis sozial-ökologischer Forschung*, in: Becker, E. (Hg.), *Jahrbuch für sozial-ökologische Forschung 1990*
- Jahn, Th./Kluge, Th. (1988), *Die intelligente Stadt*, in: V.Hauff (Hg.), *Stadt und Lebensstil*
- Jahn, Th./Wehling, P. (1989), *Universität als Lebensgelände. Eine politische Aktualisierung der kritischen Theorie*, in: Erd, R. u.a. (Hg.), *Kritische Theorie und Kultur*, Frankfurt/M.
- Jahn, Th./Wehling, P. (1991), *Ökologie von rechts*, Frankfurt a.M./New York
- Kluge, Thomas (1983), *Noch ein Untergang des Abendlandes? Leben und Tod - die unbewußte Renaissance der Lebensphilosophie in der Ökologiebewegung*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 24. Jg.
- Kluge, Thomas (1984), *Grüne Politik*, Frankfurt

- Kluge, Thomas (1985), *Gesellschaft, Natur, Technik - Zur lebensphilosophischen Kritik von Technik und Gesellschaft*, Opladen
- Kluge, Th./Schmincke, B. (1987), *Technikphilosophie, Technikgeschichte, Techniksoziologie und Technikfolgenanalyse (Sozial-ökologisches Arbeitspapier 4)*, Frankfurt/M.
- Kluge, Th./Schramm, E. (1990a), *Das Prinzip Verantwortung als Bedingung einer ökologischen Wasserwirtschaft*, in: Becker, E. (Hg.), *Jahrbuch für sozial-ökologische Forschung 1990*
- Kluge, Th./Schramm, E. (1990b), 'Grenzwerte' und 'Risiko'. Eine Vorstudie zu einer Theorie der Risikofestsetzung, in: Becker, E. (Hg.), *Jahrbuch für sozial-ökologische Forschung*
- Koselleck, Reinhart (1973), *Kritik und Krise*, Frankfurt/M.
- Koselleck, Reinhart (1986), *Einige Fragen an die Begriffsgeschichte von Krise*, in: Michalsky, K. (Hg.), *Über die Krise*
- Krahl, Hans-Jürgen (1971), *Konstitution und Klassenkampf*, Frankfurt/M.
- W.Krohn/P.Weingart (1986), »Tschernobyl« - das größte anzunehmende Experiment, in: *Kursbuch 85*
- Kursbuch 33* (1973), *Ökologie und Politik oder Die Zukunft der Industrialisierung*, Berlin
- Kursbuch 85* (1986), *GAU - Die Havarie der Expertenkultur*, Berlin
- Lagadec, Patrick (1987), *Das große Risiko*, Nördlingen
- Leggewie, Heiner (Hg.) (1989), *Angst allein genügt nicht*, Weinheim
- Lem, Stanislaw (1988), *Ein schlauer, heimtückischer, mörderischer Feind*, in: *Die Zeit* Nr. 43
- Levi-Strauss, Claude (1977), *Das wilde Denken*, Frankfurt/M.
- Luhmann, Niklas (1986), *Ökologische Kommunikation*, Opladen
- Lytard, Francois (1982), *Das postmoderne Wissen*, Bremen
- Marcuse, Herbert (1967), *Der eindimensionale Mensch*, Neuwied
- Marcuse, Herbert (1965), *Kultur und Gesellschaft 2*, Frankfurt/M.
- Marx, Karl (1962), *Das Kapital*, Bd. 1, Berlin/Ost
- Marx, Karl (1987), *Pariser Manuskripte*, Berlin/West
- Mattick, Paul (1974), *Krisen und Krisentheorien*, Frankfurt/M.
- Meyer-Abich, K.M. (Hg.) (1982), *Physik, Philosophie und Politik*, München
- Michalsky, Krzysztof (Hg.) (1986), *Über die Krise. Castelgandolfo-Gespräche 1985*, Stuttgart
- Michelsen, Gerd (Hg.) (1988), *Die Zukunft der Bundesrepublik*, Hamburg
- Moskovic, Serge (1982), *Versuch über die menschliche Geschichte der Natur*, Frankfurt/M.
- Narr, Wolf-Dieter (1973), *Zur Genesis und Funktion von Krisen*, in: Jänicke (Hg.), *Krise und Herrschaft*
- Narr, Wolf-Dieter (1988), *Das unpolitisierte Politikum der Gentechnologie*, in: *Ästhetik und Kommunikation 69*

- Negt, O./Kluge, A. (1981), *Geschichte und Eigensinn*, Frankfurt/M.
- O'Connor, James (1987), *The Meaning of Crisis*, New York
- Oechsle, Mechthild (1988), *Der ökologische Naturalismus. Zum Verhältnis von Natur und Gesellschaft im ökologischen Diskurs*, Frankfurt a.M./New York
- Offe, Claus (1973), »Krisen des Krisenmanagement«. Elemente einer politischen Krisentheorie, in: Jänicke (Hg.), *Krise und Herrschaft*
- Perrow, Charles (1987), *Normale Katastrophen*, Frankfurt a.M./New York
- Prisching, Manfred (1986), *Krisen. Eine soziologische Untersuchung*, Wien
- PROKLA 72* (1988), *Marxismus ohne Marx*, Berlin
- Raschke, Joachim (1985), *Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß*, Frankfurt/M.
- Ricoeur, Paul (1986), *Ist »die Krise« ein spezifisch modernes Phänomen*, in: Michalsky, K., *Über die Krise*
- Ritsert, Jürgen (1987), *Braucht die Soziologie noch einen Begriff der Klasse? Über Max Webers Klassentheorie und neuere Versuche, sie loszuwerden*, in: *Leviathan*, Heft 1, 15. Jg.
- Ritsert, Jürgen (1988), *Gesellschaft*, Frankfurt/M.
- Rosenmayr, Leopold (1989), *Soziologie und Natur*, in: *Soziale Welt*, Heft 1/2, 40. Jg.
- Roth, R./Rucht, D. (1987), *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt/New York
- Scheich, E./Schultz, I. (1987), *Soziale Ökologie und Feminismus (Sozial-ökologisches Arbeitspapier 2)*, Frankfurt/M.
- Schelsky, Helmut (1961), *Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation*, Köln/Opladen
- Schmitt, Carl (1963), *Zum Begriff des Politischen*, Berlin
- Schmitt, Carl (1975), *Theorie des Partisanen*, Berlin
- Schramm, Engelbert (Hg.) (1984), *Ökologielesebuch*, Frankfurt/M.
- Schramm, Engelbert (1987), *Soziale Naturwissenschaft als Modell einer sozialen Ökologie (Sozial-ökologisches Arbeitspapier 3)*, Frankfurt/M.
- Schultz, Irmgard (1987), *Die Folgen von Tschernobyl (Sozial-ökologisches Arbeitspapier 10)*, Frankfurt/M.
- Schultz, Irmgard (1990), »Müll im Kopf«: Twenty years after - Ein kleiner Versuch über den Schmutz, in: E. Becker, (Hg.), *Jahrbuch für sozial-ökologische Forschung 1990*
- Soziale Welt* (1989), Jg. 40, Heft 1/2, Göttingen
- Stachowiak, Herbert (1973), *Allgemeine Modelltheorie*, Wien/New York
- Steinweg, Rainer (Hg.) (1982), *Die neue Friedensbewegung*, Frankfurt/M.
- Sternberger, Dolf (1978), *Drei Wurzeln der Politik*, Frankfurt/M.
- Touraine, A./Dreitzel, H.P. u.a. (1976), *Jenseits der Krise*, Frankfurt/M.
- Trepl, Ludwig (Hg.) (1988), *Beiträge zum ökologischen Diskurs*, Schriftenreihe des IÖW, Heft 15/88, Berlin

- Tugendhat, Ernst (1987), Wie weit sind die Positionen von Nolte und Habermas voneinander entfernt, in: *Niemandsland* 1, Jg. 1, Berlin
- Verba, Sydney (1973), Entwicklungskrisen und ihre Abfolge, in: Jänicke (Hg.), *Politische Systemkrisen*
- Virilio, Paul (1987), Die Spannungsstrategie, in: *Ästhetik und Kommunikation* 65/66
- Wehling, Peter (1987), Ökologische Orientierungen in der Soziologie (Sozial-ökologisches Arbeitspapier 26), Frankfurt
- Wehling, Peter (1991), *Die Moderne als Sozialmythos*, Frankfurt a.M./New York
- Weizenbaum, Joseph (1977), *Die Macht der Computer und die Ohnmacht der Vernunft*, Frankfurt/M.
- v. Weizsäcker, C.F. (1986), Über die Krise, in: Michalsky, K., *Über die Krise*
- Welsch, Wolfgang (1987), *Unsere postmoderne Moderne*, Weinheim
- Wolf, Christa (1987), *Störfall, Darmstadt und Neuwied*
- Wolf, Rainer (1986), *Der Stand der Technik*, Opladen
- Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklung (Kommissionsbericht für die Landesregierung von Baden-Württemberg) (1983), Stuttgart

Aus dem IKO – Verlag für Interkulturelle Kommunikation:

Das Institut für sozial-ökologische Forschung veröffentlicht kontinuierlich die Ergebnisse seiner aktuellen Arbeiten in der Reihe:

Sozial-ökologische Arbeitspapiere (AP)

Bisher sind erschienen Band 1 – 40

Bitte fordern Sie das gesonderte Verzeichnis der Arbeitspapiere an.

Weitere Veröffentlichungen:

Egon Becker, Wolfgang Ruppert

Ökologische Pädagogik – Pädagogische Ökologie

Umwelterziehung und ökologisches Lernen in pädagogischen Krisenfeldern

1987, 214 S., DM 39,80, ISBN 3-88939-133-8

Institut für sozial-ökologische Forschung

Egon Becker (Hrsg.)

Jahrbuch für sozial-ökologische Forschung 1990

1991, 215 S., DM 28,-, ISBN 3-88939-050-1

In den Bildern und Metaphern des ökologischen Krisendiskurses verbindet sich das Wissen um die Nicht-Ausschließbarkeit einer globalen Katastrophe mit aktuellen Ängsten und unverarbeiteten kollektiven Erinnerungen.

Darin spiegeln sich die wissenschaftlich-technischen Veränderungen der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, die gleichsam einen neuen ‚technologischen Schleier‘ vor die Wahrnehmung und Kritik des gegenwärtigen gesellschaftlichen Transformationsprozesses legen.